Montag, 17. Dezember 1984 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 295 - 51.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Mandatsverlängerung: Die Grünen Nordrhein-Westfalens gewährten dem Bundestagsabgeordneten Otto Schily, Mitglied des Flick-Untersuchungsausschusses, eine Mandatsverlängerung bis zum Abschluß der Beweisaufnahme im Ausschuß. Schily sagte, er möchte sein Mandat bis spätestens Ende Juni behalten.

FDP: Mit 393 von 397 Stimmen wählte die FDP Nordrhein-Westfalens den früheren Düsseldorfer Regierungspräsidenten Rohde zum Spitzenkandidaten. (S. 4)

„Friedensbewegung": Der zerstrittene Koordinationsausschuß der „Friedensbewegung" will 1985 eine sogenannte „Beratungsphase" einlegen. (S. 4)

Ost-Berlin: Nach den Worten des Dresdener SED-Bezirkschefs Modrow hat Bonn im Sommer 1984 versucht, einen „Keil zwischen die DDR und die UdSSR zu treiben". Bis zur Erwärmung des Verhältnisses Washington–Moskau sei mit einer „deutsch-deutschen Pause" zu rechnen. (S. 4)

Demonstration: Bei einer Demonstration von mehr als 5000 Kernkraftgegnern gegen die Nuklearbetriebe in Hanau kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. 15 Polizisten wurden dabei durch Steinwürfe verletzt.

Polen: Mit Schlagstöcken und Tränengas ging die Polizei in Danzig gegen mehrere tausend Demonstranten vor, die – angeführt von Lech Walesa und ehemaligen Vertretern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität – nach einem Gedenkgottesdienst für die Opfer der Unruhen von 1970 am Mahnmal vor der Lenin-Werft einen Kranz niederlegen wollten.

Golfkrieg: Irak hat nach eigenen Angaben erneut einen Tanker nahe der iranischen Ölverladeinsel Kharg in Brand geschossen.

Wahlsieg: Bei der Wahl in Belize errangen die Konservativen 21 der 28 Sitze. (S. 5)

Rote Brigaden: Nach zwei mißglückten Raubüberfällen in Bologna und Rom, bei denen zwei mutmaßliche Terroristen getötet wurden, befürchten die Behörden eine Wiederbelebung des Linksterrorismus in Italien. (S. 5)

Selbstmord? Der frühere sowjetische Innenminister Schtscholokow soll Selbstmord begangen haben. In Moskau heißt es, er sollte in Kürze wegen Amtsmißbrauch und Korruption vor Gericht gestellt werden. (S. 7)

Heute: Gespräche zwischen den Parteien in Hessen. – EG-Außenminister beraten über Beitritt Spaniens und Portugals.

ZITAT DES TAGES



» In der Vergangenheit hat sich der Westen oft begnügt mit der psychologischen Erleichterung, die zu weniger Spannungen führt. Jetzt muß die Friedenssehnsucht in Beschlüsse umgesetzt werden, die die Substanz der internationalen Beziehungen verbessern «

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger über die vorgesehenen Abrüstungsgespräche in Genf
FOTO: W.STECHE/VISUM

WIRTSCHAFT

Welthandel: 1984 wird der Welthandel um mindestens acht Prozent steigen, stellt der Gatt-Jahresbericht über den Welthandel 1983/84 fest. Besonders dynamisch habe sich der Handel mit Industriegütern und der Warenverkehr im pazifischen Raum entwickelt. (S. 9)

Importbeschränkungen: Bei den Gesprächen zwischen der EG und den USA in der Frage der Importbeschränkungen für Stahlröhren hat Washington Kompromisse abgelehnt. (S. 9)

Ölverbrauch: Nach vierjährigem Rückgang zeichnet sich 1984 in der Bundesrepublik mit einem Absatz von 102,3 Millionen Tonnen ein um 1,9 Prozent höher Mineralölverbrauch als 1983 ab.

China: Der chinesische Markt soll für Auslandsinvestoren, die fortschrittliche Technologien transferieren oder Substitute für bisherige Importgüter produzieren, geöffnet werden, verlautete in Peking. An einem entsprechenden Gesetz werde gearbeitet. (S. 10)

EG-Agrarmarkt: Nach Einschätzung von Wissenschaftlern des Kronberger Kreises kann der EG-Agrarmarkt nur noch durch das System der freien Marktwirtschaft mit freier Preisbildung gerettet werden. (S. 10)

KULTUR

Van Gogh: „Van Gogh in Arles" – unter diesem Motto stellt das Metropolitan Museum in New York mit einer Flut von Ölgemälden, Zeichnungen und Briefen eine der fruchtbarsten Epochen im Schaffen des Künstlers nach seiner „Flucht" aus Paris vor. (S. 19)

Wilhelm Tell: Sein Talent als Regisseur unterstrich Hansgünther Heyme mit seiner zweiten Inszenierung des „Wilhelm Tell". Hatte er die Rebellen vor 20 Jahren noch als Nazis gesehen, so zeigte er sie jetzt in ihrem zeitgenössischen Zusammenhang. (S. 19)

SPORT

Fußball: Die deutsche Nationalmannschaft gewann das WM-Qualifikationsspiel gegen Malta in La Valletta mit 3:2 (1:1). Deutschland ist damit Gruppen-Erster. (S. 13)

Tennis: Peter Pfannkoch aus Hannover besiegte im Finale der deutschen Hallenmeisterschaften den Bamberger Meinecke mit 6:2, 6:1, 7:6. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Spenden: „Verrohende Sitten" beim *Wettlauf um das Spendenaufkommen* in der Bundesrepublik, das pro Jahr um 3,5 Milliarden Mark liegt, hat das „Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen" festgestellt. *Mißtrauen gegenüber* bestimmten Hilfsorganisationen sei angebracht. (S. 20)

Radikalkur: Nach einem Verkehrschaos ohne Beispiel im vorweihnachtlichen Rom hat sich der Magistrat entschlossen, die Innenstadt probeweise und zeitlich begrenzt für den Privatverkehr zu sperren. Im Frühjahr soll der Ver*such zum* Dauerzustand werden. (S. 20)

Wetter: Heiter bis wolkig. Um drei Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Berlin-Politik wird enger mit Westmächten abgestimmt

„Neue interne Entwicklungen" in der Stadt geben dazu Anlaß

BERNT CONRAD, Bonn

Die drei Westmächte, die Bundesregierung und der Berliner Senat halten es in der gegenwärtigen Lage für besonders wichtig, sich in der Berlin-Politik so eng wie möglich zu konsultieren und zu koordinieren. Nur durch abgestimmte gemeinsame Bemühungen kann es nach ihrer Ansicht gelingen, die Herausforderungen der kommenden Zeit zu bestehen und den Zusammenhang der westlichen Politik in und um Berlin zu bewahren. In dieser Beurteilung waren sich die Außenminister der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik in der letzten Woche bei ihrem Berlin-Treffen am Rande der Brüsseler NATO-Ratstagung einig.

Anlaß der von der sogenannten Bonner Vierergruppe und den beteiligten Außenministerien vorbereiteten Überlegungen waren einerseits die sich „rapide verändernde internationale Lage" und andererseits „neue interne Entwicklungen" in Berlin.

Zu den internationalen Aspekten, die auch West-Berlin nicht unberührt lassen, gehören der sich anbahnende amerikanisch-sowjetische Dialog, die östliche Revanchismus-Kampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland und Besuche westlicher Regierungsmitglieder in Ost-Berlin. So erwägt der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe im April 1985 eine Visite bei der „DDR"-Regierung. In der ersten Hälfte des kommenden Jahres will ferner der französische Premierminister Fabius als erster Regierungschef einer westlichen „Status-Macht" nach Ost-Berlin reisen.

Diese Vorgänge erfordern nach übereinstimmender deutscher und alliierter Ansicht ebenso enge Absprachen wie mit besonderer Aufmerksamkeit registrierte psychologische Veränderungen innerhalb West-Berlins. Darunter verstehen alliierte Experten vor allem ein wachsendes „Umweltbewußtsein", das sich in konkreten Fällen gegen militärische Aktivitäten der Schutzmächte richten kann, und eine zunehmende Unzufriedenheit mit rechtlichen Beschränkungen. Mißstimmung wird vor allem angesichts der Tatsache registriert, daß gegen Entscheidungen nach Besatzungsrecht nicht gerichtlich appelliert werden kann.

Derartige Empfindungen sind nach deutschen und alliierten Eindrücken nicht nur bei Angehörigen der jüngeren Generation, denen die Erfahrungen aus der Nachkriegszeit und der jüngeren Vergangenheit fremd sind, sondern auch in weiteren Kreisen der Bevölkerung anzutreffen. Sie haben offensichtlich den Berliner Senat schon soweit beunruhigt, dass sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen mehrfach – und teilweise mit Erfolg – für eine „Rechtsbereinigung", das heißt für eine Änderung als überholt angesehener alliierter Vorschriften eingesetzt hat.

Die drei Westmächte und die die Bundesregierung halten es nun für erforderlich, über dieses Problem und besonders darüber zu beraten, wie vor allem der jüngeren Generation verständlich gemacht werden kann, daß die alliierte Präsenz und die rechtliche Lage in Berlin die essentielle Grundlage für die Sicherheit und die Wohlfahrt der Stadt bilden.

„SPD versagt gegenüber den Grünen"

Im WELT-Gespräch warnt Geißler vor „Politik auf der Emo-Schiene" / Erfolge der Koalition

MANFRED SCHELL, Bonn

Eine „entschiedenere und vor allem konkretere Auseinandersetzung" mit den Grünen hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler angekündigt. In einem WELT-Gespräch sagte Geißler gestern, dies sei auch deshalb notwendig, „weil hier die SPD auf breiter Front versagt und die Oppositionspolitik, die geistige Auseinandersetzung, einer elitären Minderheit überläßt". Dies werde „einmal möglicherweise ein historisches Versagen der SPD genannt werden müssen".

Ein Teil der Union, räumte Geißler ein, *zeige sich „unbeholfen" im* Umgang mit den Grünen oder habe noch „Berührungsängste". Dies sei völlig unnötig. Zur Zeit erarbeite die CDU-Bundespartei eine „Argumentationsstrategie bis hin zur Kommunalpolitik". Vielen in der Union mache das „emotionale Element" in der Agitation der Grünen zu schaffen, sagte Geißler. „Das ist deswegen wahr, weil die Grünen faschistoid-mythische Rituale auch zum Bestandteil des Stils ihrer Politik gemacht haben. Ich sage nicht, daß die Inhalte faschistisch sind oder faschistoid, obwohl auch totalitäre Elemente inhaltlich zu sehen sind, zum Beispiel der Alleinvertretungsanspruch der Wahrheit, die Ablehnung des Mehrheitsprinzips, die Verschwörungstheorie, die elitäre Moral, Gesetze zu übertreten, wenn dies den eigenen politischen Zielen dient. Das sind auch inhaltliche totalitäre Merkmale."

Geißler: „Die Grünen, die sich als Bewegung, nicht als Partei verstehen, äußern und repräsentieren sich in merkwürdigen mythischen Ritualen wie durch Massengesänge, Händchenhalten, Kerzen anzünden. Eine demokratische Partei verzichtet auf solche Rituale, die Grünen kultivieren solche Dinge."

Deshalb „muß es Aufgabe einer Partei wie der Union sein, nüchtern und ruhig, aber mit Entschiedenheit darauf hinzuweisen – und dies ist auch ein pädagogischer Prozeß –, daß in Deutschland große politische Probleme demokratisch und mit Sachverstand gelöst werden müssen, daß komplexe Probleme differenzierte Antworten erfordern."

Die Gefahr der Grünen liege darin, so sagte Geißler, „daß die Grenze zwischen rationaler und irrationaler Bewältigung der Probleme immer mehr zum Irrationalismus, zur Emotion hin verschoben wird. Die Grünen betreiben eine Politik auf der Emo-Schiene, und dies ist für eine hochindustrialisierte demokratische Gesellschaft das falsche Rezept." Der CDU-Generalsekretär: „Ende der Weimarer Republik haben nicht die redlichen Demokraten gewonnen, sondern diejenigen, die durch verführerische oder falsche Ideen Antworten gegeben haben, Pseudoantworten auf das, was ein französischer Philosoph einmal die große Angst genannt hat. Dieser Fehler darf den Demokraten jetzt am Ende dieses Jahrhunderts nicht noch einmal passieren."

Auf die Frage, ob er mit den Grünen auch nach 1987 im Bundestag rechne, antwortete Geißler: „Die Grünen sind, für sich genommen, nicht von großer Bedeutung. Sie bekommen eine enorme Bedeutung da-

● Fortsetzung Seite 8

Kohl will Versöhnungsgeste am 8. Mai

Gemeinsames Toten-Gedenken mit Reagan auf einem Soldatenfriedhof?

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl möchte zum 40. Jahrestag der Kapi*tulation der Deutschen Wehrmacht* am 8. Mai 1985 gern zusammen mit US-Präsident Ronald Reagan auf einem Soldatenfriedhof in der Bundesrepublik der Opfer des Zweiten Weltkriegs gedenken. *Als Vorbild* denkt er dabei an seinen gemeinsamen Auftritt mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand am 22. September 1984 in Verdun.

Damals hatten Kohl und Mitterrand angesichts der Kriegstoten beider Länder Hand in Hand gelobt: „Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. *Wir sind* Freunde geworden." Eine vergleichbare deutsch-amerikanische Geste im zeitlichen Zusammenhang mit dem Jahrestag der Kapitulation hätte nach Ansicht des Kanzlers große symbolische Bedeutung und würde negativen Folgen der bis dahin vermutlich noch wachsenden antideutschen Revanchismus-Kampagne Moskaus entgegenwirken.

Diese Gedanken hat Kohl, wie in Bonn zuverlässig verlautet, bei seiner dreistündigen Begegnung mit US-Außenminister George Shultz am Samstag in Ludwigshafen-Oggersheim vorgetragen. Kohl möchte, daß Reagan vor oder nach dem vom 2. bis 4. Mai 1985 in Bonn geplanten Weltwirtschaftsgipfel der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abstattet. Dafür hat Shultz offenbar volles Verständnis gezeigt.

Hinter den Wünschen des Kanzlers stehen Besorgnisse der Bundesregierung über denkbare westalliierte oder gar gemeinsame ost-westliche „Siegesfeiern". *Darüber hat Bundesau*ßenminister Hans-Dietrich Genscher schon mit seinen westlichen Außenminister-Kollegen am Rande der NATO-Ratstagung in Brüssel gesprochen und dabei positive Eindrücke gewonnen. Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe bemerkte unter allgemeiner Zustimmung, jedes Land sollte für sich feiern. Wenn die Sowjetunion unbedingt ein west-östliches Jubiläum begehen wolle, dann biete sich dazu am zehnten Jahrestag der KSZE-Schlußakte im August nächsten Jahres in Helsinki eine gute Möglichkeit.

Kohl hatte schon lange vorgehabt, Außenminister Shultz einmal privat in der Pfalz zu bewirten. Dies geschah am Samstag in unverkennbar aufgelockerter Stimmung. Dabei spielten die Abrüstungsgespräche, die Shultz am 7. und 8. Januar in Genf mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko führen wird, eine wesentliche Rolle. Der Kanzler bekräftigte seinen Wunsch, die Beziehun*gen mit der Sowjetunion und den an*deren Staaten Osteuropas auf allen Ebenen zu verbessern. Die Genfer Gespräche seien dafür ein guter Ausgangspunkt.

Der amerikanische Außenminister verabredete mit Kohl enge Konsultationen über den bevorstehenden Dialog mit Moskau.

Gonzalez verteidigt NATO erfolgreich

Parteitag der spanischen Sozialisten folgt mit großer Mehrheit dem Regierungschef

ROLF GÖRTZ, Madrid

Spanien bleibt in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft; seine etappenweise Eingliederung in die militärische Struktur wird sich jedoch schwieriger gestalten als erwartet. Dies ist das herausragende Ergebnis des 30. Kongresses der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, der gestern mit überwiegender Mehrheit Präsident Felipe Gonzalez – seit 10 Jahren Generalsekretär der PSOE – in seinem Parteiamt bestätigte. Eine Protestdemonstration von 5000 Werftarbeitern vor dem der Kongreßhalle gegenüberliegenden Industrieministerium machte deutlich, daß die Regierung Gonzalez auch in ihrer pragmatischen Wirtschaftspolitik ernsten Schwierigkeiten gegenübersteht.

„Ich bin wahrhaft pazifistisch, aber eben deswegen werde ich eine seriöse Verteidigungspolitik für Spanien betreiben." Mehrfach sah sich Spaniens Ministerpräsident Gonzalez gezwungen, mit dem Hinweis auf das Ziel der NATO, nämlich die Erhaltung des Friedens, gegen die Anti-NATO-Fronde seiner Partei Stellung zu beziehen. Zweimal stand die Atlantische Alli*anz in der Nacht zum Sonntag* vor dem Plenum der 769 Delegierten der Regierungspartei zur Debatte.

Zunächst mußte das Plenum über die außenpolitische Grundlinie insgesamt abstimmen. *Schon hier entzün*dete sich die Kritik der „sozialistischen Linken" der Opposition innerhalb der PSOE, als deren Sprecher sich auf dem Kongreß der Chef der sozialistischen *Gewerkschaft UGT*, Nicolas Redondo, mit harter Kritik an Felipe Gonzalez in den Vordergrund schob. Die älteren Parteimitglieder erinnerten sich, daß es Redondo war, der auf dem letzten Parteitag im Exil selbst Gonzalez vorgeschlagen hatte.

In der ersten Runde billigte das Plenum die gesamte Außenpolitik der Regierung mit 412 Stimmen gegen 126 Stimmen bei 42 Enthaltungen. Mit 30 Prozent mußte sich die neutralistische Position der Anti-Atlantiker geschlagen geben. In der zweiten Abstimmung ging es um die bevorstehende Volksabstimmung, in der über den Verbleib und die Zu*kunft innerhalb der* westlichen Verteidigungsgemeinschaft abgestimmt werden soll. Die Linke schlug vor, der Nation den Austritt zugunsten eines bilateralen Systems der Zusammenarbeit *mit den USA und* anderen westlichen Ländern zu empfehlen.

Der Ministerpräsident hielt dagegen: „Ich halte auch heute noch den Beitritt durch die damalige Regierung für verfehlt." So *wie* die *Dinge* nach dem inzwischen vollzogenen Beitritt aber nun einmal stehen, „meine ich aus meiner Verantwortung als Regierungschef, daß wir innerhalb der Allianz mehr für die Freiheit auch anderer Völker tun können".

Die Wahl des Sekretariats am Sonntag machte deutlich, daß dem linken Parteiflügel in Zukunft eine stärkere Position auf der Entscheidungsebene zugestanden wird.

Seite 2: Gonzales nach zwei Jahren

DER KOMMENTAR

Führungsaufgabe

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Im August 1981 würdigte die Berliner SPD den zwanzigsten Jahrestag des Mauerbaus und den zehnten Jahrestag des Berlin-Abkommens auf ihre Weise. Genauer: *Auf Egon Bahrs Weise.* Bahr hielt eine unvergessene Gedenkrede. Sie strotzte vor deutschem Selbstbewußtsein gegenüber den Amerikanern. Sein Kernsatz: „Die Vier Mächte haben ihre originären Rechte über Deutschland gewonnen, bevor ihnen die Macht zuwuchs, zu den *vier Atom-Mächten zu werden*, die für uns wichtig sind." Auf Amerika bezogen, stimmte das geschichtlich nicht. Gleichwohl machte Bahr sich stark: „Wenn Amerika entscheidet, was seine Interessen verlangen, so entscheiden wir, was unsere Interessen verlangen." Das bedeute, „daß die Freundschaft, wie sie sich zu den USA entwickelt hat, die Berufung auf besatzungsrechtliche Relikte verbietet".

Das sagte Bahr ausgerechnet in Berlin. Und er fügte hinzu, das Berlin-Abkommen sei eine große Sache, weil es in der Nachkriegsgeschichte den Augenblick festhalte, da die Sieger nicht mehr imstande gewesen seien, Deutschland-Regelungen vorzunehmen, „ohne die beiden deutschen Staa*ten zu beteiligen". Die geschicht*liche Wahrheit ist in den Memoiren Kissingers nachzulesen: Die Verhandlungen über das Berlin-Abkommen gaben Washington die Handhabe, die Ostpolitik Willy Brandts unter Kontrolle zu nehmen. Mag sein, daß Bahr das noch nicht verwunden hat.

Die Saat ist in Berlin aufgegangen. Die Freiheit der Berliner steht und fällt mit den alliierten Rechten. Dennoch stellen die West-Alliierten und die Bundesregierung einen Stimmungsumschwung fest, den sie als „neue interne Entwicklungen" in Berlin *umschreiben. Dabei mag auch die* eher selbstbewußte als resignierende Toleranz der weltstädtischen Berliner gegenüber den Alternativen, die das Allensbacher Institut registriert hat, eine Rolle spielen. Nur: Wenn die Berliner das Bewußtsein für die Grundlagen ihrer eigenen Sicherheit verlieren, dann wird das gefährlich.

Am 10. März wird in Berlin gewählt. Statt ausfransenden Emotionalitäten womöglich *nachzugeben, hat der Berliner Se*nat eine geistige Führungsaufgabe auszuüben. Hoffentlich fühlt sich Eberhard Diepgen dafür nicht zu jung. Es gilt, den Anfängen zu wehren. Auf die Berliner war noch immer Verlaß, wenn ihr „Regierender" ihnen sagte und begründete, wie die Hauptstadt *der Deutschen am sichersten mit* ihrem schweren Schicksal fertig werden kann.

Warschau: Mit Bonn stehen wir „relativ gut"

DW. Warschau

*Der Vorsitzende des außenpoliti*schen Ausschusses des polnischen Parlaments, Ryszard Wojna, hat am Wochenende nach seiner Rückkehr von einer Sitzung des deutsch-polnischen *Forums in Essen* erklärt, das deutsch-polnische Verhältnis sei zur Zeit „relativ gut". Die polenfreundliche Haltung der SPD, so Wojna, sei bekannt. Er habe jedoch auch bei seinen Gesprächen mit CDU-Vertretern „Anzeichen dafür feststellen können, daß die Regierungsverantwortung beginnt, die CDU dazu zu zwingen, ihr Verhältnis zu Polen zu ändern." Einige seiner Gesprächspartner aus dieser Partei hätten ihm sogar gesagt, die wiederholte Infragestellung der Westgrenze Polens sei „schon nur ein Rückzugsgefecht der CDU", die sich von ihrer Position zurückziehe, die sie Polen gegenüber als Oppositionspartei eingenommen habe. Allerdings glaube er nicht daran, „daß der *nationalistische* Flügel *der* CDU die Absicht hat, die Waffen zu strecken".

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen Liberalen gegen Erklärungen zur Frage der deutschen Ostgrenzen verwahrt. Ohne sich auf eine dieser Äußerungen zu beziehen, sagte Genscher am Wochenende in Gütersloh: „Wir Deutschen dürfen es nicht sein, die jemals das polnische Volk in Unsicherheit bringen, ob es da weiterleben kann, wo heute seine Menschen *eine neue Zukunft aufbauen wollen*." Das Verhältnis der Deutschen zu den Polen habe eine „historische und moralische Dimension".

Technologie: Keine Probleme mit Washington

kie. Bonn

Wird die deutsche Industrie durch amerikanische Gesetze gehindert, in den Besitz dringend benötigter Güter der Hochtechnologie zu kommen? Sorgen dieser Art dominierten in der vergangenen Woche ein eintägiges Seminar, das der Planungsstab des Auswärtigen Amtes in Bonn zusammengerufen hatte. Doch Befürchtungen, daß die USA die Westeuropäer bewußt vom Technologie-Transfer abschneiden und ihr technisches Wissen nicht mehr verfügbar machen, erwiesen sich als nicht stichhaltig: „Es ist noch kein deutscher Lieferwunsch abgelehnt worden", meinte ein Kenner der Materie in Bonn.

Dennoch hat die Bundesregierung dem Vernehmen nach die deutschen Firmen gebeten, man möge Bonn doch über alle Vorfälle informieren, die nach einer Behinderung des freien Austausches von Hochtechnologie aussehen. Der deutsche Partner *möchte die Debatte um diese Frage* von Hysterie und falschen Verdächtigungen befreien und sie auf möglichst verläßliche Fakten und Daten gründen. Nur so könnten sachlich-freundschaftliche Gespräche auch mit Washington geführt werden.

Auch wenn noch kein deutscher Lieferwunsch abgelehnt wurde, so *gibt es doch zahlreiche Berichte von* Zeitverzögerungen und anderen bürokratischen Hindernissen im Wege des „High-Tech"-Handels.

SEITE 8:
Technologie-Zweibahnstraße

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gonzalez nach zwei Jahren

Von Rolf Görtz

Als der Zauberlehrling, der seine Lektion verstanden hat, tritt Spaniens Ministerpräsident Gonzalez auf: Vor zwei Jahren hatte er seinen Wahlkampf mit heftiger Kritik an dem im Sommer 1982 vollzogenen Beitritt der bürgerlichen Regierung zur NATO geführt. Jetzt trat er an, die Genossen davon zu überzeugen, daß die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft die bessere Plattform zur Erhaltung des Friedens biete.

Die Sozialisten Spaniens hatten es ihrem Partei- und Regierungschef übel genommen, daß er diese Position bereits in seinem Bericht zur Lage der Nation dem Parlament vorlegte und die Partei damit festnagelte. Gonzalez aber stand zu seiner Verantwortung und verteidigte seine Position als Staatsmann gegen den radikalen linken Flügel der Partei, dessen Thesen er einmal selbst vertrat, als er sich vor zehn Jahren zum Generalsekretär wählen ließ.

Und weil die spanischen Sozialisten wissen – und es auch offen zugeben – daß sie ohne die charismatische Führerpersönlichkeit ihres Chefs Gonzalez die Macht verlieren würden, beugten sich die meisten seiner Überzeugung.

Nach den Beschlüssen dieses Kongresses läßt sich die Volksabstimmung über das Verhältnis Spaniens zur NATO nicht mehr vermeiden. Das bedeutet, daß die sozialistische Regierung dafür sorgen muß, 38 Millionen Spanier über Aufgabe und Zielsetzung der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft hinreichend zu informieren. Denn bis jetzt lautet die Alternative für den Mann auf der Straße ganz simpel: NATO oder Frieden. Für diese verzerrte Vorstellung sorgt das staatliche Fernsehen.

Die unumgängliche Aufklärungskampagne kann sich aber nicht auf den bekannten Gegensatz rechts pro NATO, links contra NATO beschränken. Felipe Gonzalez weiß nur zu gut, daß er im Wahlkampf 1982 mit seiner Aversion gegen die NATO auch die Sympathien sehr vieler konservativer Spanier gewann. Spanier, die zu sagen pflegen, daß 1914 König Alfons XIII. und 1939 General Franco Spanien dadurch aus den Weltkriegen heraushielten, daß sie sich keiner der kriegführenden Parteien anschlossen.

Kommentator Modrow

Von Carl Gustaf Ströhm

In in den Staaten des „real existierenden Sozialismus" herrschen strenge hierarchische Regeln. Es ist unvorstellbar, daß ein örtlicher Parteifunktionär aus heiterem Himmel Erklärungen zur Außenpolitik abgeben darf – noch dazu mit einer Tendenz, die sich von der bisherigen Linie unterscheidet.

Genau dieser unvorstellbare Fall hat sich jetzt in der „DDR" ereignet. Der SED-Parteisekretär des Bezirks Dresden, Hans Modrow, empfing den amerikanischen Journalisten Henry Tanner. Thema des Gesprächs, dessen Zustandekommen bereits ungewöhnlich war (seit wann pflegt ein örtlicher SED-Funktionär solche Kontakte zur US-Presse?) waren nicht etwa lokale Angelegenheiten, sondern die Deutschlandpolitik.

Der bisher außenpolitisch vollkommen unbekannte Modrow, *der nicht zum Politbüro der SED gehört*, erklärte dem amerikanischen Reporter, Bundeskanzler Kohl habe einen „Keil zwischen die DDR und die Sowjetunion" treiben wollen – und zwar durch seine Deutschlandpolitik. Viele westdeutsche Politiker hätten aus dem Wunsch des SED-Chefs *Erich Honecker nach verbesserten Beziehungen zu Bonn* den „falschen Schluß" gezogen, daß sie die „DDR" von der Sowjetunion trennen könnten. Modrow kündigte dann an, die „DDR" werde sich in Zukunft weniger um Bonn als vielmehr um Kontakte zu anderen westeuropäischen Ländern wie Frankreich, *Italien oder den Benelux-Staaten bemühen.*

Natürlich erklärte Modrow, er sage das alles mit Billigung des Genossen Honecker. Aber seit wann benötigt der Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzende einen Bezirksfunktionär, um gegenüber dem Westen seine Politik zu interpretieren? Warum hat Honecker, wenn er schon selber nicht sprechen wollte, nicht ein Mitglied seines engsten Führungskreises mit dieser delikaten Aufgabe betraut?

Dresden gehört zu jenen Gebieten der „DDR", in denen kein westliches Fernsehen zu empfangen ist und wo besonders orthodoxe Funktionäre am Ruder sind. War der Schuß des Bezirkssekretärs gegen Kohl indirekt auch ein Schuß gegen die Honecker-Linie? War es eine Verbeugung gegenüber dem großen Bruder? Für künftige Personalveränderungen in Ost-Berlin wird man sich den Namen Modrow merken müssen.

Kirche und Markt

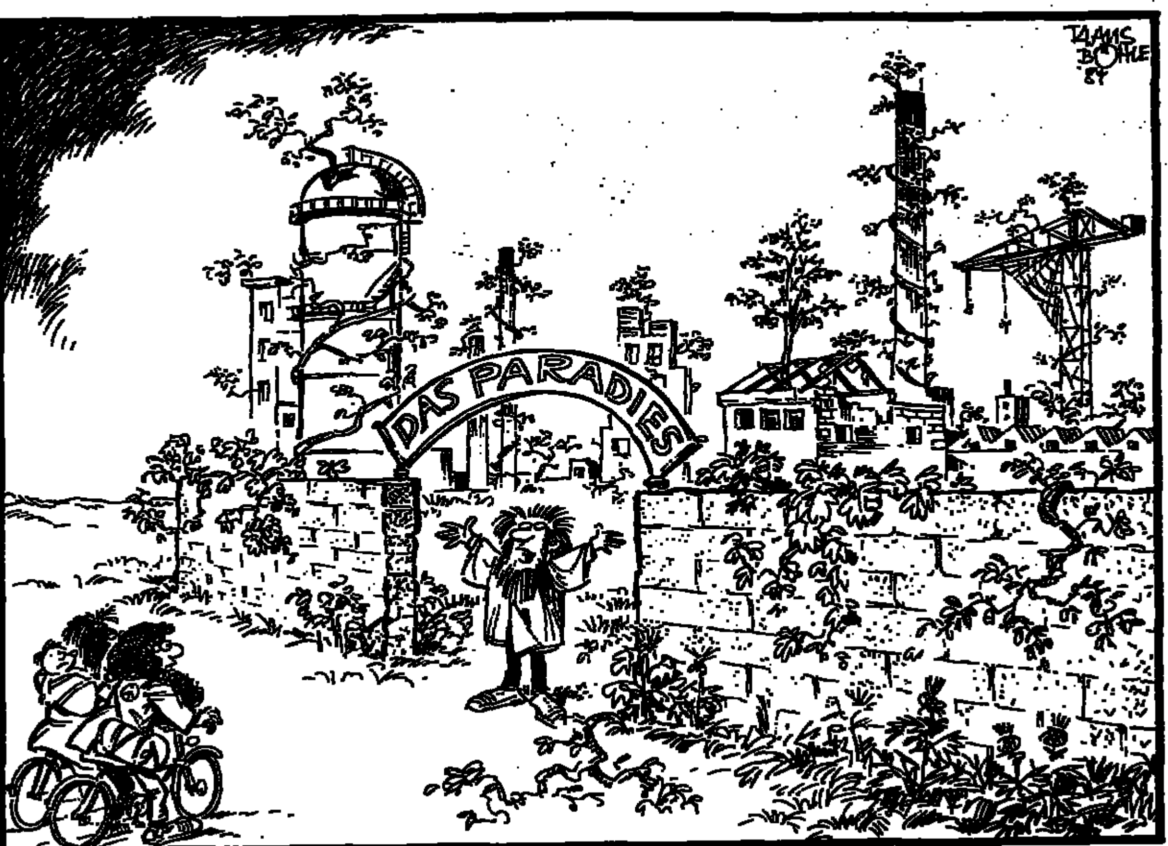
Von Enno v. Loewenstern

Das war bezeichnend. Als der Referent auf dem Symposium „Kirche und Wirtschaft im Dialog über Probleme der Entwickungspolitik" seinen Thema und Zuhörer erschöpfenden Beitrag über Wirtschaft in der Dritten Welt mit einer Serie von Fremdwörtern beendet hatte, fragte ein geistlicher Herr: „Wo ist das Wort Mensch geblieben?" Es war in zweifacher Hinsicht bezeichnend. Zum einen markierte diese Frage die Sprachbarriere, die Kirche und Wirtschaft in der gemeinsamen Grauzone der Entwicklungshilfe trennt. Zum anderen zeigt es einen Lösungsansatz des Dialogs, den Bischöfe und Bosse jetzt dank der Arbeit des Referats Kirche/Wirtschaft im Institut der Deutschen Wirtschaft begonnen haben.

„Ich habe das verhungernde Kind im Arm," sagen die Missionare in ihrer Prophetensprache. „Wir müssen die entsprechende Infrastruktur schaffen, um den Link, den Transport von (Hilfs)-Angebot zur (Not)-Nachfrage zu bewerkstelligen," erwidern die Ökonomen in ihrer gebotenen Sachlichkeit. Wenn beide Seiten ihre Aktiva zusammenlegten, beseitigte das Fehlerquellen, verhinderte Sippenhaft für Industrielle (Bhopal ist nicht die chemische Industrie) *und baute emotionale sowie* ideologische Sperrbezirke ab, erkennbar beim Stichwort Multi. „Die Kirche ist der größte Multi," hieß es dazu in Köln.

Das hochrangig besetzte Symposium kam zu einem Ergebnis, das manche „Befreier" und Pseudotheologen verblüffen wird: die *Kirche muß in der Dritten Welt* die Marktwirtschaft fördern, weil die Ordnungsfunktion und Produktionskraft dieses Systems eine freiheitliche Gesellschaft ermöglicht und so die personale Würde des Menschen zur Geltung bringt. Freilich geht es nicht um einen Brutaloliberalismus nach dem Manchester*modell*, sondern um „Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung". Für staatlichen Dirigismus fanden die Prälaten, Politiker und Aufsichtsräte nur ein Verdikt: Non Placet.

„Das sind Ehen," staunte ein Teilnehmer, als Verantwortliche von Misereor dem Direktor des Instituts, Professor Fels, Applaus spendeten. Warum nicht, wenn Ehen fruchtbar sind und so vielen Kindern in der Dritten Welt helfen?



„Willkommen im Land der Träume!" KLAUS BÖHLE

Genschers Rolle

Von Herbert Kremp

Für Hans-Dietrich Genscher war es immer schwierig, das aufreibende, in die physische Erschöpfung stoßende Geschäft des FDP-Vorsitzenden mit dem Amt des Außenministers zu verbinden. Jede der beiden Aufgaben füllte den Tag, beide zsammen Tag und Nacht. Der Chef des Auswärtigen Amtes leitet eine der wichtigsten und kompliziertesten Behörden; ihr obliegt es, die Stellung der Bundesrepublik gegenüber den Weltmächten, zwischen Nord und Süd, in Europa und in den sich ständig verändernden Konfliktlagen in den verschiedenen Erdregionen zu bestimmen, ohne je einen Zweifel an den einmal getroffenen Grundentscheidungen aufkommen zu lassen. Dies setzt eine genau kalkulierte Reisetätigkeit des Ministers voraus. Wenn man allerdings die bisher sechzehn Reisen Genschers im Jahre 1984 auf Sinn und Gehalt prüft, *kann man sich* des Eindrucks nicht erwehren, daß sie teilweise den Charakter einer Flucht vor den nicht endenwollenden Querelen in seiner existenzbedrohten Partei hatten.

Dabei wird niemand das hohe Pflichtbewußtsein in Zweifel ziehen, das den Minister antreibt. Die außen- und innenpolitische Allpräsenz, die ihm abgefordert wird, läßt Rücksicht *auf die* Gesundheit *nicht* zu. Ungewöhnliche Intelligenz und schnelles Reaktionsvermögen geben ihm die Fähigkeit, die Sättel im Sprung zu wechseln. Wenn es in der Zeit des neuen Regierungsbündnisses Einbrüche im Ansehen gab, dann resultiert dies in erster Linie aus der Pannen-Anfälligkeit der Koalition, aus dem unzureichend überlegten Versuch, eine *Amnestie in den umstrittenen* Spendenfällen zu finden, und aus dem Schweifwedeln in Sachen Buschhaus, woran Genscher beteiligt war. Im Ausland ist dies ebensowenig unbemerkt geblieben wie das Erdbeben in der FDP, in deren Gebäude es klingt, als würden Knorpel gebrochen. In den wesentlichen Fragen der deutschen Politik jedoch, in der Westorientierung *der Bundesrepublik und* in den ordnungspolitischen Prinzipien der Marktwirtschaft, hat Hans-Dietrich Genscher nie geschwankt. Seine eindeutige Ablehnung eines Ersatzes für die verfassungswidrige Investitionshilfeabgabe lieferte dafür den jüngsten Beweis.

Aber der Minister erlebt es nun, daß der Bundeskanzler die „große" Außenpolitik persönlich in die Hand nimmt. Nach der jahrelangen Zusammenarbeit mit Helmut Schmidt, der sich als Weltpolitiker (einer Mittelmacht) und Weltökonom (einer Wirtschafts-Großmacht) empfand, ist das für ihn eigentlich nichts Überraschendes. Aber Helmut Kohl war anders angetreten, als Innenpolitiker sozusagen von Geburt. Darauf kann sich ein Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht beschränken. Daß Außenpolitik dem Kanzler nicht liege, wurde als (unfreundlich gemeintes) Gerücht über den Mann aus der Provinz immer wieder verbreitet – aber sie war ja schließlich auch das Meistergebiet des langjährigen Oberbürgermeisters von Köln, Konrad Adenauer geworden. Die Außenpolitik hat in einem historisch verwundeten, geteilten Land Priorität – das ist ein Gesetz. Generalsekretär Geißler, gewiß ein Innenpolitiker, bestätigte dies jüngst in einem vertraulichen Gespräch. *Danach führt* die Außenpolitik die Rangliste der Themen noch vor der Wirtschaftspolitik, der Umwelt- und der Familienpolitik an: Zwei „harte" und zwei „weiche" Themen, mit denen der Bundeskanzler das Ringen um die Macht 1987 zu bestehen hofft.

Es wäre übertrieben, in dieser Konstellation für Genscher eine Brentano-Rolle vorauszusehen, jene Rolle, die den damaligen, spät ernannten Außenminister so eindeutig hinter den Kanzler Adenauer zurücktreten ließ. Aber ganz abwegig ist der Gedanke nicht. Zwar gibt es in der Außenpolitik zwischen Kohl und Genscher keine Konflikte, aber es gibt Unterschiede des Gewichts und der Gewichtung. Langsam, sehr systematisch zieht das Kanzleramt die Politik gegenüber den USA, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien an sich. Die Europa-Politik macht Kohl zum Gegenstand eines Grand Design, während sein Außenminister sich mehr auf die ständigen Reparaturfälle der EG beschränkt. Kohl sieht in Europa eine historische Aufgabe, Genscher eine technische.


Unterschiede des Gewichts: Kohl *mit Gast Shultz* FOTO: AP

Unter den engen Beratern des amerikanischen Präsidenten changiert das Urteil über den Außenminister. Er gehört dort noch zur Periode des europäischen *„Drängelns"* in der Frage der Rüstungsbegrenzung, die allerdings von Schmidt verkörpert wurde, nicht von Genscher. Man versteht dort nicht immer das Minister-Wort von der „Kontinuität in der Ostpolitik", da dieses Wort allzu ausdeutungsfähig ist. Man hat noch im Ohr, daß es Genscher war, der den Amerikanern vom Grenada-Unternehmen *„abraten" wollte, daß* er Washington vor einer „Politik der Stärke" und „Überlegenheit" warnte und daß er schließlich Skepsis gegenüber der Weltraum-Politik Washingtons äußerte, obwohl es gerade diese und keine andere Politik war, die Moskau an den Genfer Verhandlungstisch zurückbewegte.

Somit wird es deutlicher, daß der Außenminister sich auf Seitenthemen wie Südafrika, Mittelamerika und Naher Osten (nicht mehr so stark) sowie auf die Vereinten Nationen kapriziert, wo er alljährlich einen Wirbel von Gesprächen veranstaltet, zu welchem Zweck auch immer. Daß die Amerikaner alles tun werden, um Nicaragua nicht zum zweiten Kuba werden zu lassen, *mag die Sorgenfalten auf seiner* Stirn vertiefen. Hinsichtlich der Seerechtskonvention konnte er sich nicht durchsetzen. Der Gedanke an ein noch so begrenztes deutsches Engagement außerhalb des NATO-Bereichs (Minensuche im Golf zum Beispiel), bereitet ihm nur Sorgen, die Absage der Warschau-Reise nur Schmerzen. Asien sparte er aus der Reise-Diplomatie dieses Jahres aus, obwohl er die Bedeutung der Region erkennt.

Das Bild, das der dienstälteste Außenminister nach Gromyko, der höchste deutsche Diplomat mit den besten Personenkenntnissen bietet, weist also Züge der Unsicherheit auf. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dem verdienstvollen Politiker ein schweres Jahr bevorsteht.

IM GESPRÄCH Eugen Seibold

Originelles bieten

Von Peter Philipps

Der Dienst in internationalen Organisationen ist in den Reihen deutscher Koryphäen der Wissenschaft eher die Ausnahme, auch weil in der Heimat Auslands-Aktivitäten selten honoriert werden. Frankreich macht der so export- und damit vom Ausland abhängigen Bundesrepublik Deutschland vor, wie man etwa die europäischen supranationalen Organisationen in seine Personal-Strategie einbeziehen kann.

Zu den immerhin beachtlichen Ausnahmen gehört die Wahl Eugen Seibolds zum neuen Präsidenten der Europäischen Wissenschaftsstiftung (ESF) in Straßburg. Der 66jährige gelernte *Meeresbiologe, bis Ende 1985* zugleich auch weiterhin Präsident des ESF-Mitglieds Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), folgt dem Technokraten Hubert Curien – einst auch Leiter der französischen Weltraumbehörde –, der zum französischen Forschungsminister ernannt wurde.


Deutsch als Wissenschaftssprache erhalten: ESF-Präsident Seibold FOTO: DIE WELT

Der schwergewichtige Deutsche, der bei seiner Wahl zum DFG-Präsidenten vor vier Jahren sein Forschungslabor an der Kieler Universität mit dem Sessel des Wissenschaftsmanagers tauschte, ist in der Internationale der Wissenschafter ein Mann von hohem Ansehen. Fußend auf einem Schatz profunder Bildung, ausgestattet mit festen Überzeugungen und klarem Blick, hat er oft genug durch seine verbindliche Gesprächsführung schwierige Situationen lösen helfen. Er weiß um die Notwendigkeit der Weltoffenheit von Wissenschaftlern und fordert von seinen Kollegen den „Blick über den Zaun des eigenen Fachs und Fachbereichs, des eigenen Ländchens, der Bundesrepublik. Das ist die Erfahrung, die man überall lernen kann: daß aber auch überall mit Wasser gekocht wird".

Aber er legt sich anderen auch quer in den Weg mit einem Plädoyer: „Wo *immer möglich und richtig, sollten* wir Deutsch als Wissenschaftssprache beibehalten. In eine wirkliche sprachliche Isolation geraten wir nur dann, wenn wir nicht mehr viel Originelles und Wichtiges zu bieten haben".

Bei der DFG ist Seibold hauptsächlich mit der Förderung einzelner Forschungsvorhaben oder wissenschaftlicher Nachwuchskräfte befaßt. Knapp eine Milliarde Mark steht ihm dafür zur Verfügung. Sein Jahresetat im neuen europäischen Amt liegt bei einem Bruchteil, bei knapp zehn Millionen Franc. Aber es geht für die ESF auch weniger um die Förderung von aufwendigen Forschungsprojekten als vielmehr um das Knüpfen eines engen Netzes zwischen den Forschern im gesamten freiheitlichen Europa, wobei Jugoslawien einbezogen ist. Den Maßstab, den er dabei anlegen will, hat Eugen Seibold bereits vorgegeben: „In aller Offenheit auch auf Schwächen und Lücken hinweisen. Qualität und Notwendigkeit müssen vor dem Bedürfnis nach Harmonie und nichtsachlichen Kompromissen stehen."

Dies wäre auch die Orientierung des Deutschen für ein Projekt, das der erste ESF-Präsident, Lord Brian Flowers, während der letzten Jahrestagung *nachdrücklich* zur Belebung auch dieser Organisation ins Gespräch brachte: die Gründung einer Europäischen Akademie der Wissenschaften.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Lübecker Nachrichten

Sie kommentieren den Hungerstreik in Prag:

Man kann sich ausmalen, wie entsetzt die Unterhändler über die Sturheit der Prager Botschaftsflüchtlinge sind. Offenbar können sich die politischen Professionellen nicht in die Gemütsverfassung von Männern und Frauen hineinversetzen, die ganz einfach Angst *haben*, wieder dorthin zurückzukehren, woher sie gekommen sind.

DAILY EXPRESS

Die Londoner Zeitung beschäftigt sich mit der Weigerung eines amerikanischen Bundesrichters, einem Begehren nach Auslieferung des wegen Ermordung eines britischen Soldaten in Nordirland verurteilten Angehörigen der IRA stattzugeben:

Der Richter argumentiert, daß „die provisorische IRA über eine Organisation sowie über eine Disziplinarordnung und eine Kommandostruktur verfügt". Das gilt auch für *die* Mafia ... Wenn IRA-Killer in Amerika mit Mord davonkommen, dann könnten Mafia-Mörder mit denselben Argumenten politisches Asyl in Britannien beanspruchen. Das amerikanische Justizministerium sollte das außergewöhnliche Urteil von Richter Sprizzo anfechten. Wenn es so bestehenbliebe, dann hieße dies, Terroristen allenthalben zu ermutigen.

BERLINER MORGENPOST

Sie analysiert die Lage vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus:

Die SPD bietet ein Bild programmatischer Auszehrung und taktischer Orientierungslosigkeit. Warnend hat der Sozialdemokrat Walter Sickert, früherer Präsident des Abgeordnetenhauses und langjähriger Berliner DGB-Vorsitzender, seine Stimme erhoben. Er spricht vielen gestandenen Sozialdemokraten aus dem Herzen, die sich in der Tradition von Friedrich Ebert und Ernst Reuter fühlen und die fürchten, daß ein Bündnis der SPD mit den Alternativen die Partei spalten würde. Linken Genossen wie Jürgen Egert stehen grüne Koalitionsschmiede wie Otto Schily politisch näher als der eigene Spitzenkandidat Hans Apel. Und Egert ist nur einer von vielen, die sich, nicht nur in Berlin, nach einer alternativen Umarmung sehnen ... Hans Apel *wandelt durch Berlin noch immer* wie ein Fremdling, nur halbherzig angenommen von den hiesigen Genossen.

LA STAMPA

Die Turiner Zeitung meint, daß Malta zum Brückenkopf kommunistischer Staaten wird:

Mit der Salamitaktik, eine Scheibe heute, eine morgen, war die Regierung Maltas bislang in kleinen Schritten in Richtung Osten gegangen. In der vergangenen Woche hat sie alle Zurückhaltung aufgegeben. Sie brach die Brücken zu London (den *Briten wurde die Säuberung des Hafens* von La Valletta von den Schiffswracks aus dem Krieg verweigert) und zu Rom (Ultimatum zur Erneuerung des Wirtschaftsabkommens und Rauswurf der Militärmission) ab. Sie warf sich gleichzeitig ohne Rücksicht in die Arme der Sowjets und der Libyer. Gleichzeitig wurden Abkommen mit Nord-Korea, China, Bulgarien, der CSSR, mit Po*len und Albanien unterzeichnet.*

Eine Vision von Olympia am grünen Strand der Emscher

Hier fliegen keine Briketts, aber auch keine fünf Ringe / Von Eberhard Nitschke

Im Rennen um die Originalität der Argumente liegt man ganz vorne: „Es stimmt nicht, daß die Briketts hier durch die Gegend fliegen", hat der Chef eines SPD-Unterbezirks und Chef der Dortmunder Westfalenhalle, Hermann Heinemann, unter Anspielung auf das Image des „Ruhrpotts" gesagt, als im Sommer offenbar wurde, daß hier ein ehrgeiziges Ziel angestrebt wird. Eine Gruppe von Ruhrgebiets-Oberbürgermeistern hat für den schlotereichen und krisengeschüttelten Distrikt die Olympischen Sommerspiele 1992 gefordert.

Noch ein Rekord! Denn das hat es auch noch nicht gegeben, daß sich beim Olympischen Komitee keine Stadt um die Ehre bewirbt, sondern gleich eine ganze Gegend. Inzwischen ist zwar klargestellt worden, daß die Oberbürgermeister irgendjemanden quasi als Sprecher benennen müssen, der dann das olympische Wort auch für die anderen Mitbewerber *führen darf, zum Beispiel* Wanne-Eickel oder Gelsenkirchen. Aber an dem schon vor Jahren ins Auge gefaßten Ziel wird beharrlich festgehalten. Mit der Drucksache 10/2019 des Bundestages, über die Ende letzter Woche im Parlament die Debatte eröffnet wurde, fordert die SPD-Fraktion, im Haushalt 1985 „ausreichende Mittel bereitzustellen, um die Bewerbung der Städtegemeinschaft des Ruhrgebietes um die Ausrichtung der XXV. Sommerspiele 1992 auch finanziell zu fördern und zu unterstützen". Begründung: Es handele sich „um eine außergewöhnliche internationale sportliche Maßnahme von gesamtstaatlicher Bedeutung".

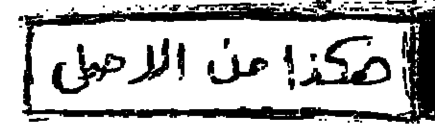
Vorerst blieb das gesamtstaatliche Echo freilich schwach. Zu sehr haben in den letzten Monaten schon Leute wie Willi Weyer als Präsident des Deutschen Sportbundes und Willi Daume, Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, Wasser in das olympische Feuerchen zwischen Duisburg und Dortmund gegossen. *Ihr Hinweis, daß bei der Entscheidung* auf internationaler Ebene Bewerber wie der Favorit Barcelona, Paris oder Belgrad den Lorbeer erhalten dürften, fand in Bonn die Entsprechung, daß man die Sache ohne größeres Aufheben an die Ausschüsse überwies.

Immerhin, „FDP und CDU reklamierten die Idee für sich", meldeten die Nachrichtenagenturen. Das muß wohl so sein. Denn im Ruhrgebiet fliegen derzeit tatsächlich keine Briketts durch die Gegend, sondern politische Argumente. Eine Landtagswahl rückt heran. Die Oberbürgermeister der Ruhrstädte stellt traditionell die SPD. Per Saldo, könnte die Überlegung sein, ist eine pompöse Selbstdarstellung unter Vorführung der wirklich imponierenden Sportstätten-Infrastruktur, auch wenn man nur letzter Sieger wird, ganz nützlich. Wobei man sich sogar auf das Wort des verstorbenen CDU-Oppositionsführers im Düsseldorfer Landtag, Heinrich Köppler, berufen kann, der den Gedanken der Ruhr-Olympiade als „zu gut, um Gegenstand parteipolitischer Kontroversen zu werden", bezeichnet hatte.

Da es zum olympischen Geist gehört, das Dabeisein höher zu stellen als den Sieg, wird man in den nächsten Monaten noch viele Bekundungen von Wohlwollen für die Olympischen Spiele am grünen Strand der Emscher hören. *Zum Ritual aller* Bewerber gehörte es immer schon, den eigenen Standort als im Baulichen bereits perfekt darzustellen. Die Ruhrstädte haben auf engstem Raum in Jahren des locker fließenden Geldes soviel Stadien, Regattabahnen, Mehrzweckanlagen und Hallen gebaut, wie sie sonst wohl kaum eine so eingegrenzte Region vorweisen kann. Nur: Mit dem Anwachsen der Folgekosten für die nicht recht ausgelasteten Prachtbauten sinken die Steuereinnahmen. Da stimmt es schon, wenn in der Begründung für den SPD-Antrag in Bonn steht: „Die Initiative hat große Zustimmung in der Bevölkerung, der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, bei den gesellschaftlichen Organisationen und den politischen Parteien gefunden."

Daß der Kreis der Befürworter größer werden könnte, davor hat Willi Daume rechtzeitig gewarnt. „Das Nationale Olympische Komitee geht davon aus", sagte er, „daß es an Rhein und Ruhr Verständnis findet für seine Argumentation und für die gegebenen Realitäten". Man sei froh, wenn man für 1992 die Winterspiele nach Berchtesgaden bekomme. In der Diskussion um mehr tauchte das Wort „Größenwahn" auf.

Der Flop, der niemand daran hindern kann, nun für das Jahr 2000 die Fackel und die Forderung hochzuhalten, wird aber mit einer für die SPD wichtigen Arabeske verziert sein: Bonn muß nach Lage der Dinge „nein" sagen zu einer „Finanzierung der Vorbereitungskosten". Damit läßt sich bei schlichten Gemütern möglicherweise im großen Landtagsmarathon etwas ausrichten.



Moskau im Dezember: Hochbetrieb für Pfandhäuser, Saison für kleine Wünsche und Sehnsucht nach dem „starken Mann"

Und wieder wird gejubelt, wenn Stalin winkt



Zentrum der Sowjet-Macht: Im Kreml fallen die Entscheidungen, auf dem Roten Platz feiert sich die politische Führung FOTO: JUPP DARCHINGER



Zentrum der sowjetischen Konsumwelt: Das Kaufhaus Gum – Mischung aus Jugendstil-Bahnhof und Barock-Kirche FOTO: MANFRED VOLLMER



Ein Kriegsheld bei der Siegesparade: Marschall Schukow am 24. Juni 1945 auf dem Roten Platz FOTO: DIE WELT

Von R.-M. BORNGÄSSER

Zackige Militärweisen klingen auf, gehen in die Füße, vernebeln die Köpfe. In dem vom gleißenden Scheinwerferlicht erhellten Foyer des Lichtspielhauses „Pionier" am Kutusowki-Prospekt sieht man überwiegend hohes Militär und Veteranen, die zur Uraufführung des Films „Marschall Schukow" gekommen sind, mit dem in Moskau das 40jährige Jubiläum der „Befreiung vom Faschismus" eingeläutet wird.

Die ersten Reihen im Kino sind für das Militär reserviert. Jubel brandet auf, als dann die Kriegsveteranen, ordensschwer, sich ihren Weg zum Platz bahnen. Die blassen Kadetten aus der nahen Militärschule „Soworow" marschieren den alten Haudegen entgegen und überreichen rote Nelken. Patriotische Reden und Fanfarenklänge bilden die Ouvertüre zum Film: Er ist ein Machwerk aus Wochenschau-Aufnahmen, Privatfotos, von Schukows Adjutanten aufgenommen (erstmals gezeigt), und gestellten Spielszenen.

Dargestellt wird Schukow, unter dessen Kommando Berlin eingenommen wurde, von dem bekannten sowjetischen Schauspieler Michail Alexandrovitsch Uljanow, einem Mimen, den sich der Marschall noch zu seinen Lebzeiten, als der Streifen bereits vorbereitet wurde, zum „Ebenbild" ausbedungen hatte. Man sieht Schukow (1896–1974), den Bauernsohn aus Kaluga, wie er zum „Helden der Sowjetunion" und schließlich zum Oberbefehlshaber der sowjetischen Armee aufsteigt. Mit pathetisch-heroischer Gestik schmettert er seine Befehle.

Der Film beginnt mit der Zerstörung des Berliner Reichstags und endet, nach der deutschen Kapitulation, mit der Siegesparade auf dem Roten Platz. Natürlich hebt das Kriegsdrama erst 1941 mit dem Angriff der deutschen Armee an – der zwei Jahre vorher abgeschlossene Hitler-Stalin-Pakt und die darauffolgende fünfte Teilung Polens treten nicht ins Bild.

Das erstaunliche für westliche Beobachter ist, daß in diesem Film Stalin erstmals wieder in voller Größe und Montur gezeigt wird. Jedesmal, wenn sein Bild erscheint, brandet im Publikum wildes Händeklatschen auf. Als am Schluß Marschall Schukow auf einem Schimmel im Galopp über den Roten Platz prescht und Stalin in Großaufnahme von der Tribüne herabwinkt, erreicht die Begeisterung ihren Höhepunkt.

Ein neuer Stalin-Frühling scheint sich anzubahnen – eingeleitet durch die Rückkehr von Swetlana Stalina, der Tochter. Der Eindruck dieser Renaissance wird verstärkt durch Gespräche mit jungen Moskauern, die sich allesamt nach einem „starken, gesunden Mann" sehnen, „so einer, wie er es war". Rechtzeitig zu den Siegesfeiern wacht der von Chruschtschow 1956 entthronte Stalin zur neuen Kultfigur auf.

Beim Verlassen des Kinos fegt der Wind schneidend kalt ins Gesicht. Gebeugt, tief vermummt unter der Pelzmütze, der „Schapka", mit großen Taschen beladen, hasten die Menschen mit geröteten Gesichtern in einem nie enden wollenden Zug den Kutusowski-Boulevard entlang. Graue, feuchte Nebelschwaden wehen von der nahen Moskwa. Das Thermometer bewegt sich gegen minus zwanzig Grad.

Vom Frost scheinbar unberührt, stehen breitbeinig Milizionäre mit Pelzkappen und Stöcken in der Hand am Straßenrand und achten auf den Verkehr. Lastwagen und Militärfahrzeuge überwiegen. Die Körpersprache der Uniformierten zeigt, wer hier Herr der Lage ist. Moskau im Dezember.

*

Auf dem breiten Kutusowski-Prospekt mit seinen schmutziggrauen Schneerändern und gefrorenen Eisplatten merkt man wenig vom nahenden Weihnachtsfest. Anders am Roten Platz, wo selbst an diesem trüben Wintertag die vergoldeten Zwiebeltürme der Kirchen noch warm aufschimmern. Hier prangen mächtige, buntgeschmückte Tannenbäume – nicht Christbäume, sondern Neujahrsbäume, seit dieser Teil der Flora nach der Oktoberrevolution säkularisiert wurde. Nun ist der Tannenbaum wieder zu Ehren gekommen, nachdem er als traditioneller Kulturgegenstand der „hinweggefegten" bürgerlichen Gesellschaft unduldsame Jahre überstanden hat.

In den Tannenbaum-Geschäften müssen die Käufer zwei bis acht Stunden Schlange stehen, um ein Bäumchen zu ergattern. An den Bahnhöfen gibt es neuerdings scharfe Kontrollen. Wer mit einem Tannenbaum dem Zug entsteigt, muß die Quittung eines Försters vorweisen. In der Sowjetunion achtet man verstärkt auf Waldfrevel, und immer mehr Stimmen plädieren für die geruchlosen Plastikbäumchen, die im nahen Kaufhaus Gum für vier Rubel zu erstehen sind, aber bei den Käufern wenig Anklang finden.

Hier, in dem staatlichen Warenhaus, ist am frühen Nachmittag der festtägliche Einkaufsbummel in vollem Gange. Menschenmengen durchmahlen wie ein breiter Strom, Körper an Körper, schiebend und schubsend, die langen Gangschluchten dieses um die Jahrhundertwende entstandenen Gebäudes mit dem hohen Glasdach und offenen Querbrücken – eine pittoreske Mischung aus Jugendstil-Bahnhof und Barockkirche.

Der stärkste Ansturm herrscht bei der aufgebauten Modelleisenbahn, die allerdings nur zur Dekoration dient. Zu kaufen gibt es lediglich ein paar Einzelteile zu horrenden Preisen. In Zuckerguß, Gummi, Plastik und auf unzähligen Postkarten, für jedermann erschwinglich von zwei bis zwölf Rubel, lächeln indes Väterchen Frost „Ded Moroz" und seine zarte Gefährtin, die Snegurtschka, das Schneeflöckchen. Populär sind die beiden erst seit der Jahrhundertwende; kurz nach der Revolution als bourgeoise Erscheinung verschrien, sind sie heute wieder gern gelitten.

Wer seine Sprößlinge zum Elka-Fest, dem russischen Tannenbaumfest, mit diesen Gestalten leibhaftig beglücken will, muß sich allerdings beeilen. Das Moskauer Kombinat für Dienstleistungen mit dem altrevolutionären Namen „Morgenröte Nummer 2" veröffentlichte bereits vor einer Woche in der Lokalpresse achtzehn verschiedene Telefonnummern, unter denen der alte Mann mit Rauschebart und das lichte Geschöpf mit den langen blonden Locken ins Haus bestellt werden können. Je kürzer vor dem Jahreswechsel, desto teurer ist die Dienstleistung: Am Vormittag des 31. Dezember sind Väterchen Frost und Schneeflöckchen nur noch für sechs Rubel zu haben.

*

Da die Moskauer gern und gut feiern und die Neujahrsnacht neben dem Revolutionstag (7. November) und dem 1. Mai als das wichtigste Fest im sowjetischen Kalender gilt, investieren die Leute viel Geld in das opulente Silvestergelage, das von den „Sakusskis", den kalten Platten, über Entenbraten und fette Cremetorte bis zum Champagner reicht. Aber Geld ist knapp. Daher haben in diesen Tagne die Pfandleihen und „Kommissionsgeschäfte" Hochbetrieb.

In der Puschkin-Straße, der behaglichen Schäbigkeit Alt-Moskaus, sind in einem Hinterhof die breiten Stufen zum zentralen Moskauer Leihhaus ausgetreten. Säuerlich-qualmiger Geruch von Armut, durchsetzt von der Penetranz der Desinfektionsmittel, schwängert die Luft. Kaltes Neonlicht enthüllt den bröckelnden Putz und den Schmutz an den Wänden. Da helfen auch keine Lenin- oder Marx-Porträts.

Auf den aneinandergereihten Wartebänken sitzen alte Frauen und Männer, Tschechow-Figuren mit grauen, müden Gesichtern. Langes Warten und Schlangestehen an den einzelnen Schaltern. Ein Schild klärt auf, daß keine unsaubere, reparaturbedürftige Ware, keine orthopädischen Schuhe und keine Pelze ohne Firmenetikett angenommen werden. Diebe haben es schwer, etwas loszuwerden. Ein anderes Schild kündet davon, daß derzeit keine Teppiche beliehen werden, denn das Lager sei voll.

Großes Gedränge vor dem Schalter für Gold- und Silberwaren, an dem eine flinke Schätzerin mit Lupe und Apothekerwaage die dargereichten Bestecke und Uhren taxiert. Höchstens vier Monate kann ein Wertgegenstand beliehen werden. Bei einhundert Rubel Leihwert werden 40 Kopeken für die Bewahrung verlangt. Mehr als 200 Rubel werden für keinen Gegenstand gezahlt.

Gedränge auch zwei Häuser weiter im „Kommissionsgeschäft", wo man für erworbene Berechtigungsscheine die versetzten Gegenstände erwerben kann. Der Laden, mit schönster Holztäfelung aus besseren Zeiten ausgeschlagen, starrt von Ständern mit Bekleidungsstücken: Vom unförmigen Mieder einer korpulenten Dame (zwei Rubel), von synthetischen Pelzmänteln (200 Rubel) schweift der Blick zu einem braunen Samtkleid, das für Sekunden den Grauschleier des allgegenwärtigen Sozialismus wegwischt und eine Ahnung vom alten Rußland verbreitet, reicht das Angebot bis zu Pelzmützen in allen Varianten (80 bis 280 Rubel) und zum nach Mottenpulver riechenden Edelpelz zu 1000 Rubel. In ein Pfandhaus oder ein Kommissionshaus zu gehen bedeutet offenbar keine Schande. Nur Soldaten und Angestellte von Bahn, Post, Aeroflot und Marine dürfen nichts verpfänden.

*

Moskau im Dezember. In der Oper spielt man „Iphigenie auf Tauris" und „Eugen Onegin". Eine Karte für eine Aufführung zu ergattern ist so schwierig, wie eine Apfelsine aufzutreiben oder in der Lotterie zu gewinnen. Es ist immer das gleiche Problem: Trotz der großen Anzahl von Theatern und Kinos reichen die Karten für die Millionen Moskauer nicht aus. In stummen Reihen stehen die Menschen an. Doch Irena, meiner fröhlichen Begleiterin aus der Ukraine, die nichts von der üblichen Moskauer Reserviertheit an sich hat, war es mit leichten Bestechungsrubeln gelungen, Karten für den Film „Vogelscheuche" (Tschutschelo), gestaltet von Regisseur Roland Bykow, zu erhalten.

Der Film feiert derzeit in Moskau wahre Triumphe, bringt Gemüter in Wallung und entläßt die Jungen und Alten mit tränenüberströmten Gesichtern. Es ist die Geschichte des Schulmädchens Lena in einem Provinzort, die von ihren Klassenkameraden so schwer mißhandelt wird, daß sie mit ihrem Großvater den Ort verläßt. Ein Film ganz ohne sozialistischen Optimismus. Der Held verliert, das vielgepriesene Kollektiv erweist sich als böser Flop. Die Jungen Pioniere werden als wahre Monster dargestellt: rücksichtslos, sadistisch, gleichgültig und faul. Am Schluß hört man: „Wir sind wie Tiere", so die Anführerin gegen Lena, „man könnte uns für Geld vorführen."

Ein überaus bemerkenswerter Film mit traumhaft poetischen Bildern. Und die Resonanz ist enorm. „Ein harter, scharfer, polemischer Film", urteilte die Zeitung „Sowjetskaja Rossija", und im „Neuen Leben" heißt es, „die Erwachsenen sind bestrebt, ihre Konsumsphäre auszubauen (geistige Werte sind da nicht mit einbegriffen). Genauso handeln dann unsere Kinder." In der Gewerkschaftszeitung „Trud" wiederum bekennt die junge Hauptdarstellerin (übrigens die Tochter des Popstars Alla Pugatschowa): „Ich habe viel gelernt, ich fühle mich der Lena sehr nahe."

*

Moskau im Dezember. Auf dem Schwansee drehen die Eisläufer ihre Pirouetten. Die stehengebliebenen Palais in dieser Gegend erinnern an die Pracht des alten Moskau, das durch neue, zweckmäßige Bauten allmählich ausgelöscht wird. Nur die Brautpaare scheinen für kurze Stunden vom Wandel der Zeiten unberührt: Auf den Lenin-Bergen mit dem weiten Blick über die Stadt strahlen die Frauen unter ihren gewaltigen Gazehüten und trotzen in ihren dünnen rosa, hellblauen oder weißen Brautkleidern dem Eiswind. Im Angesicht ihrer Stadt lassen sie die Korken der Champagnerflaschen knallen und prosten den Fremden zu: „Nasdorowje".

Neuer Übergang verkürzt Fahrt nach Berlin

hrk. Herleshausen/Berlin

Autoreisen nach Berlin aus dem hessischen und südwestdeutschen Raum verkürzen sich jetzt um rund 45 Minuten. So lauten die ersten Erfahrungswerte mit dem neuen Autobahnabschnitt an der innerdeutschen Grenze bei Herleshausen (Hessen) und Wartha (Thüringen). Bonn hatte die 7,5 Kilometer lange Strecke einschließlich einer 800 Meter langen Brücke über die Werra mit 268 Millionen Mark bezahlt.

Die Eröffnung dieses Abschnittes fand auf Wunsch der „DDR" in der Nacht zum Samstag ohne jedes Zeremoniell statt. Berlins Bundessenator Rupert Scholz sprach von einem „positiven Datum" in den innerdeutschen Beziehungen. Zugleich wies er auf den unzumutbaren Zustand der Südstrecke der Autobahn Berlin–Hof hin, „der nicht länger hingenommen werden kann". Wünschenswert sei zugleich eine bessere Ausschilderung der „DDR"-Autobahnen auf Orte in der Bundesrepublik.

Nach westlichen Quellen wandte die „DDR" allein rund 20 Millionen Mark auf, um den neuen Grenzübergang mitten auf der Autobahn nahe der Werra-Brücke zum Bestandteil der dort verlaufenden „modernen Grenze" zu machen. Allein elf riesige Flutlichtscheinwerfer tauchen das Gelände bei Dunkelheit in helles Licht. Quer über die Autobahn verläuft eine hydraulische Schnellsperre, die Durchbrüche in Richtung Westen vereiteln soll.

1985 keine neue „Friedensaktion"?

dpa, Bonn/Osnabrück

Die „Friedensbewegung" in der Bundesrepublik plant vorerst keine neuen Aktionen. Der seit Ende November zerstrittene Koordinationsausschuß der Bewegung einigte sich darauf, 1985 zunächst in eine sogenannte Beratungsphase einzutreten. Der Ausschuß folgte damit einem Antrag von acht christlichen und bürgerrechtlichen Organisationen.

Hintergrund dieser Kompromiß-Entscheidung ist die Verärgerung innerhalb der „Friedensbewegung" über die in diesem Jahr geleistete Arbeit. Aus Sorge um eine zu einseitige parteipolitische Ausrichtung war die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste Ende November aus dem Ausschuß ausgetreten, der seit 1981 Demonstrationen für Frieden und Abrüstung organisiert. Sieben weitere bürgerrechtliche Organisationen hatten sich ebenfalls zurückgezogen und nur noch einen Beobachterstatus eingenommen. Der Ausschuß einigte sich, daß künftige Aktionen nur noch beschlossen werden können, wenn die Mehrheit der Mitgliedsorganisationen dafür und nicht mehr als 15 Prozent dagegen sind. Noch strittig ist die Forderung der christlichen Antragsteller, das Bonner Büro des Koordinationsausschusses aufzulösen.

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) vertrat am Wochenende die Auffassung, die „Friedensbewegung" weise „Zeichen des Verfalls" auf. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte er, die öffentliche Resonanz der Bewegung sei deutlich geringer geworden, die Welle der Angst klinge ab. „Die Menschen begreifen, daß unsere Politik den Frieden sichert und nicht den Krieg bewirkt."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Berliner FDP nimmt Hürde für die Wahlen

Auch der Bezirk Charlottenburg stellte eine Liste auf

hrk. Berlin

Knapp drei Monate vor den Berliner Wahlen am 10. März, bei denen es um die Weiterarbeit der CDU/FDP-Regierung geht, räumten die Berliner Liberalen jetzt die vorletzte Hürde vor ihrer endgültigen Wahlbeteiligung beiseite. Beim Landesparteitag vor drei Wochen hatte sich, wie berichtet, mit 71 Delegierten ein knappes Drittel gegen eine Wahlbeteiligung ausgesprochen. Jetzt stellte der Bezirk Charlottenburg als vorletzter FDP-Kreis eine Liste auf.

Die linke FDP-Hochburg, wo die heftigsten Kritiker der Bonner Wende und des Tolerierungskurses der Berliner FDP-Fraktionsmehrheit von 1981 beheimatet sind, rang sich jedoch nur zu einer Minimallösung durch.

Im zuständigen Gremium, dem Bezirksausschuß mit 25 Mitgliedern, wurde in einer Debatte zunächst der Zustand der Gesamtpartei auf Bundesebene und auf dem Berliner Terrain, vor allem eine angeblich zu „rechte" Justiz- und Deutschlandpolitik von Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) beklagt. Für das lokale Parlament, die Berzirksverordneten-Versammlung, stellte das Gremium vier Kandidaten auf. Weil die FDP beispielsweise, wie in neun weiteren der zwölf Berliner Bezirke, nicht mehr im Bezirksrathaus vertreten ist, müssen zunächst aber 100 Unterschriften aus der Bevölkerung beigebracht werden, um sich spätestens bis zum 31. Dezember überhaupt als Partei zur Bezirkswahl anmelden zu können.

„Keine Chance"

Bei der entscheidenden Debatte, wie der Landes-FDP zu möglichst vielen Zweitstimmen in Berlin zu verhelfen sei, einigte sich die Runde schließlich darauf, wenigstens eine Bezirksliste einzureichen. Auf ihr rangieren der Bezirksvorsitzende Otto Hofmann und der Sprecher der „Jungliberalen", Bernd Bollmus. Allerdings wird es zum erstenmal, seit sich die Freien Demokraten an freien Wahlen in Berlin beteiligen, in einem Bezirk keine Direktkandidaten geben.

„Wir haben darauf verzichtet, in den sechs Wahlkreisen eigene Direktkandidaten aufzustellen, weil sie doch keine Chance haben", sagte der frühere Landesgeschäftsführer Heinz Kaschke zur WELT. Charlottenburg war noch 1979 und 1981 eine Domäne der Liberalen. Der Bezirk lag mit seinen Erst- und Zweitstimmen stets in der Berliner FDP-Spitzengruppe.

Da Charlottenburg jedoch eine Bezirksliste einreicht, können in diesem aussichtsreichen Bezirk am 10. März 1985 zumindest FDP-Zweitstimmen abgegeben werden. Nachdem nunmehr die Wahlmöglichkeit der FDP in elf von zwölf Berliner Bezirken gesichert ist, steht am kommenden Mittwoch die Entscheidung im Bezirk Tiergarten bevor. Aus den Reihen der 42 Mitglieder, die der FDP dort verblieben sind und sämtlich zum linken Spektrum zählen, stammte der Parteitagsantrag, am 10. März auf eine Wahlteilnahme zu verzichten.

65 000 Stimmen notwendig

Der Ausgang der Bezirksausschuß-Sitzung scheint völlig offen, zumal eine am vergangenen Samstag einberufene Geheimsitzung keine endgültige Klärung ergab. An dieser Zusammenkunft nahmen FDP-Chef Walter Rasch, Sprecher des linken Parteiflügels, und FDP-Rechte teil, die sich als Abgeordnetenhauskandidaten für diesen City-Bezirk zur Verfügung stellten. Möglicherweise beschränkt sich die Tiergartener FDP darauf, lediglich auf Bezirksebene anzutreten. Auch bei einem Boykott in Tiergarten will die FDP-Landesspitze unverdrossen weiterkämpfen, um die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Dafür sind in den zwölf Bezirken rund 65 000 Stimmen notwendig.

Inzwischen bekräftigte Vize-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe (Berlin) in einem Interview mit der „Berliner Morgenpost" erneut seinen Optimismus, die bisherige CDU/FDP-Koalition werde es schaffen, „wenn die FDP es schafft". Zugleich kritisierte er die Haltung der CDU, die sich eine Strategie der absoluten Mehrheit „offenhalten" wolle: „Ich kann nur eindringlich vor diesem Irrweg der Selbstüberschätzung warnen. Zusammen werden wir es packen; auf sich und die CDU allein gestellt, wird Eberhard Diepgen bald sehr alt aussehen."

Er rechne mit einem „passablen" FDP-Ergebnis im März. „Denn bis zum Wahltag werden noch mehr Berliner erkennen, daß nur der Einzug der Liberalen ins Schöneberger Rathaus verhindert, daß die Stadt unregierbar wird."

Ein Trennungsstrich zur SPD

Koalitionsaussage für die CDU / FDP-Landesparteitag bestätigt Rohde

WILM HERLYN, Gütersloh

Mit ihrer eindeutigen Koalitionsaussage, ihrem Programm für die Landtagswahl 1985 und der Benennung ihrer Spitzenvertreter hat die nordrhein-westfälische FDP am Wochenende einen endgültigen Trennungsstrich zwischen sich und ihrem früheren sozialdemokratischen Partner gezogen. Unbestrittenes Ziel ist es, „die Sozialdemokraten nach 19 Jahren an der Macht in der Regierung abzulösen", sagte der mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigte Spitzenkandidat Achim Rohde. „Wenn die CDU uns dabei hilft, ist sie uns willkommen."

Rohde machte in dem einhellig von den Parteitagsdelegierten in Gütersloh unterstützten Beschluß deutlich, daß die Liberalen der SPD nicht zur Verfügung stehen: „Gelingt uns die Ablösung der von den Sozialdemokraten gestellten Regierung nicht, so gehen wir in die Opposition." Der Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher bekräftigte die Koalitionsaussage indirekt, der stellvertretende Landesvorsitzende Otto Graf Lambsdorff setzte sich vehement dafür ein. Genscher sagte, die FDP sei erst in zweiter Linie ein Koalitionspartner, aber liberale Politik könne im Hinblick auf die enge Verzahnung von Bund und Land „nur aus einem Guß sein".

Lambsdorff hingegen unterstrich, es gebe nur die Alternative der Bonner Koalition der bürgerlichen Mitte oder die Frage nach einem rot-grünen Bündnis. Wer eine andere Koalitionsdiskussion anzettele, der habe den politischen Zeitgeist verschlafen. „Alles andere ist politisch irreal." Er mahnte die FDP: „Sehen Sie sich die Behandlung der nach der Kommunalwahl übrig gebliebenen FDP-Ratsherren durch die SPD an, die jetzt kalte Rache für „ihre Mißerfolge in Bonn nimmt". Er räumte aber auch ein, daß die Suche nach einem Koalitionspartner „nicht aus lauter Liebe" geschehe. Dabei erinnerte er an die „irrlichternden Positionen" des westfälischen CDU-Chefs Kurt Biedenkopf, der erst kürzlich erklärt hatte, nur längere Betriebsbesetzungen seien illegal.

Genscher gab für die kommenden Landtagswahlen im Saarland, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen die Losung aus. Es gehe um „mehr oder weniger Freiheit", um die „Stärkung der Freiheitsrechte und die Rechte des einzelnen" und um die „Bewertung von Leistungswillen".

Diese Ziele setzt auch das Wahlprogramm der Liberalen an Rhein und Ruhr. Es fordert mehr Marktwirtschaft und Eigeninitiative mit dem Schwerpunkt einer verstärkten Mittelstandspolitik. Gleichzeitig verbindet es damit auch eine Absage an die Montan-Mitbestimmung und setzt dafür „fortschrittlichere Mitbestimmungsregelungen, die auch für andere Industriebetriebe gelten". Generell müsse gelten: „Individuelle Mitbestimmung am Arbeitsplatz durch Betriebsvereinbarungen statt kollektiver Mitbestimmung nach Vorschrift."

Als weitere Schwerpunkte nennt das Programm ein „neues Bündnis zwischen natürlichem Umweltschutz, Technologie und dem Wirtschaftsaufschwung", Wettbewerb und Leistung in Schule und Hochschule und „Schluß zu machen mit aller Gleichmacherei".

Auch die Landesreserveliste, die die Delegierten gestern beschlossen, demonstriert eine neue, nicht aufgezwungene Geschlossenheit und den Willen, einen neuen Anfang zu machen. Nach Rohde folgt auf Platz zwei der Wirtschaftsexperte Horst-Ludwig Riemer. Er ist neben Wolfram Dorn der einzige, der vor 1980 dem Düsseldorfer Landtag angehörte. Der ehemalige Fraktionschef Wolfgang Heinz konnte sich auch in Kampfabstimmungen nicht durchsetzen.

„Ein Keil zwischen Moskau und uns"

Dresdener SED-Chef erhebt im „International Herald Tribune" schwere Vorwürfe gegen Bonn

hrk. Berlin/Bonn

In den Augen der Ostberliner Führung ist der Zustand der innerdeutschen Beziehungen nicht mehr der wichtigste Gradmesser und die Voraussetzung für Stabilität in Mitteleuropa. Die SED zielt über Bonn hinaus und will künftig noch systematischer als bisher ihre Beziehungen zu NATO-Staaten wie Frankreich, Italien oder Belgien pflegen und ausbauen. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, im Sommer 1984 versucht zu haben, einen „Keil zwischen die DDR und die UdSSR zu treiben". Bis zur endgültigen Erwärmung zwischen Moskau und Washington tritt voraussichtlich eine deutsch-deutsche „Pause" ein.

Mit diesen Erkenntnissen kehrte jetzt Henry Tanner, Korrespondent der „International Herald Tribune" (Den Haag), von einem Gespräch mit dem einflußreichen Dresdener SED-Bezirkschef Hans Modrow zurück. Der 56jährige Modrow war vor seiner Berufung an die SED-Spitze dieses wichtigen „DDR"-Bezirks mit seinem technisch-wissenschaftlich-künstlerischen Potential und einer kritischen evangelischen Landeskirche von 1971 bis 1973 als Nachfolger des tödlich verunglückten Werner Lamberz Chef der Agitprop-Abteilung im SED-Zentralkomitee. Modrow gilt als ein in seinen Äußerungen moderater Gefolgsmann Honeckers.

Das Blatt schreibt, das Gespräch habe ergeben, daß die „DDR"-Führung der Bundesregierung vorwirft, Ost-Berlin von Moskau getrennt haben zu wollen, und deutsch-deutsche Politik aufgrund dieser Erfahrungen nun nicht mehr den höchsten Stellenwert („immediate priority") genieße.

Ost-Berlin habe offenkundig beschlossen, gegenüber Bonn erst dann wieder aktiv zu werden und größeres Interesse an besseren Beziehungen zu bekunden, wenn die ersten Ergebnisse der amerikanisch-sowjetischen Kontakte 1985 sichtbar werden.

Tanner zitiert Modrow in seinem Bericht, den das US-Blatt auf die Titelseite hob, mit den Worten, Honeckers Einsatz für ein besseres innerdeutsches Klima sei von Bonner Politikern gründlich mißverstanden worden: „Sie zogen daraus den falschen Schluß, daß sie uns von der Sowjetunion trennen könnten", sagte Modrow. Wörtlich: „Wir glaubten, die Zielscheibe eines wohlüberlegten Versuchs zu sein, zwischen uns und Moskau einen Keil zu treiben."

Modrow beklagte weiter Äußerungen westdeutscher Politiker im Hinblick auf das Offenhalten der deutschen Frage: „Wenn Leute über die Wiedervereinigung reden und zu den Grenzen von 1937 zurückkehren wollen, dann zerstören sie ihre Glaubwürdigkeit, und der Dialog zwischen uns wird unmöglich."

Seite 2: Kommentator Modrow

Grüne schrauben Forderungen noch höher

AP/dpa, Frankfurt

Das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Grünen als neues Dauerthema der deutschen Innenpolitik blieb auch am Wochenende in der Diskussion, wobei beide Seiten nach dem Bruch des rot-grünen Bündnisses in Hessen und vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die Fronten absteckten. Einen Tag vor den Spitzengesprächen zwischen den politischen Parteien in Hessen äußerte sich die SPD zudem skeptisch über die Möglichkeit einer großen Koalition in Wiesbaden.

In Nordrhein-Westfalen beschloß die Landesdelegiertenkonferenz der Grünen am Samstag den Ausstieg aus der Kernenergie und die grundlegende Umstrukturierung der chemischen Industrie als „Schlüsselforderungen" an die SPD zu richten, falls der amtierende Ministerpräsident Johannes Rau nach der Landtagswahl die Stimmen der Grünen zu seiner Wiederwahl benötigen sollte. Eine überwältigende Mehrheit der rund 300 grünen Delegierten stimmte dafür, den Kurs der Partei soweit festzulegen, daß für jegliche Art von Zusammenarbeit mit einer anderen Partei die beiden Schlüsselforderungen Voraussetzung sein sollten.

Am heutigen Montag trifft der hessische Ministerpräsident Holger Börner in getrennten Gespächen mit dem CDU-Landesvorsitzenden und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann sowie dem FDP-Vorsitzenden Wolfgang Gerhardt zusammen. Zu Beginn der Woche ist ferner eine Unterredung der hessischen SPD-Spitze mit Vertretern der Grünen vorgesehen. Die Erwartung, daß grundsätzlich zu den Gesprächen Börners mit CDU und FDP auch noch einmal zwischen Sozialdemokraten und Grünen geredet werde, äußerte auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Sonntag im Deutschlandfunk.

Nach den Gesprächen werde man sehen, „was aus der Wundertüte herauskommt", eine große Koalition halte er für unwahrscheinlich. Zur Diskussion der Grünen über ihr Verhältnis zu den Sozialdemokraten sagte Brandt, die Grünen sollten endlich sagen, was sie wollten oder nicht wollten. „Wenn sie nichts praktisch mitgestalten wollen, dann scheiden sie durch ihre Entscheidung, nicht die Entscheidung der SPD, aus der Frage der Zusammenarbeit, die über das Kommunale hinausgeht, aus."

Beim WDR blühen die Spekulationen um den neuen Intendanten

Von ERICH VOGT

Funk-Signale streut der Westdeutsche Rundfunk in die Öffentlichkeit wie kein anderer. Über 4000 Mitarbeiter im In- und Ausland und ein Etat von über einer Milliarde Mark sorgen dafür, daß der WDR immer auf Sender ist. Richtig stolz war Intendant Friedrich-Wilhelm Freiherr von Sell (SPD) auf seinen Sender, bot er doch neben solider Berichterstattung auch immer „ein Stück Abenteuer". Jetzt hat von Sell den Karren hingeworfen, aus „gesundheitlichen Gründen" schrieb er dem WDR-Verwaltungsratsvorsitzenden Theodor Schwefer. Ab 1. Juli 1985, neun Monate früher als geplant, soll es nur noch den Privatmann von Sell geben (WELT v. 15. 12.).

Mit seiner Rücktrittserklärung hat von Sell das Personalkarussell in Bewegung gebracht. Wird ein „Profi" oder „Parteimensch" den Sender übernehmen und mit ihm die sich verändernde medienpolitische Szene in Deutschland prägen? Oder wird aus der „einstigen Bastion erfindungsreicher Programmacher" nur noch eine gigantische Provinzanstalt ihre Signale in die Lande senden?

Die Stimmung ist nicht gut beim Kölner Sender. Dabei haben die gehandelten Nachfolger durchaus Profil. Allen voran Friedrich Nowottny, der Mann hinter dem „Bericht aus Bonn", der mit seiner locker-ironischen Berichterstattung einen hohen Beliebtheitsgrad in der Öffentlichkeit erreicht hat. Für Nowottny ist die WDR-Intendanz jedoch („noch") kein Thema. Ins Gespräch bringen will er sich nicht, und angerufen hat ihn auch noch keiner der sieben Verwaltungsräte (je drei Unions- und SPD-Vertreter und Willi Weyer von der FDP), die das Problem jedoch in aller Kürze anpacken wollen.

„Ins Gespräch bringen" wollen sich auch die anderen „Gehandelten" nicht. Die Gründe für die selbstverordnete Schweigsamkeit sind verständlich. Für Günter Gaus – vor seinem Einstieg in die Politik – einst Programmchef beim Südwestfunk, wäre alles andere ein „schlechter Stil". Klaus Bölling, von dem man weiß, daß auch er gerne in den Journalismus zurück möchte, um dort „etwas zu bewegen", sieht das nicht anders. Zur Zeit steht er jedoch noch bei Hans Apel in Berlin im Wort. (Aber auch beim Bremer Sender stand Bölling 1973 als Intendant im Wort. Das hinderte ihn jedoch nicht, nach knapp viermonatiger Amtszeit den Intendantenposten beim NDR anzuvisieren.) Öffentlich wird sich Bölling diesmal wohl im Zaume halten.

Im WDR hat der Journalist Bölling immer noch viele Freunde. Auch dürfte er die SPD hinter sich wissen. Fraglich ist indes, ob Bölling nach seinen heftigen Attacken gegen FDP-Chef Genscher die entscheidende Stimme des „Königsmachers" Willy Weyer bekommen wird. FDP-Mann Weyer hat zwar in der Kampfabstimmung um den WDR-Chefredakteursposten im Dezember 1983 mit der SPD für Gerd Ruge gestimmt, aber eine Signalwirkung für die anstehende Intendantenwahl hat dieses Weyer-Votum sicherlich nicht.

Hoch im Kurs beim WDR steht auch der stellvertretende Intendant des NDR in Hamburg, Jobst Plog. SPD-Mitglied Plog gilt in Journalistenkreisen als „Mann der Zukunft", der nach anfänglichen Startschwierigkeiten aus dem Schatten seines Intendanten Räuker (CDU) getreten ist und sich in medienpolitischen Fragen immer schon etwas weiter vorgewagt hat als seine Partei. Aber auch Plog will sich nicht ins Gespräch bringen. Gespräche führen würde er aber, „wenn es dafür eine gesicherte Grundlage gibt".

Anders als die SPD hat die CDU gewisse Starthemmungen bei der Nachfolgefrage gezeigt. Ein gewichtiges Wort dürfte jedoch – wenn benannt – CDU-Mitglied Olaf von Wrangel mitreden. Wrangel hat nach seiner Tätigkeit im Bundestag erstaunlich schnell den Weg zurück in den Journalismus gefunden. Als NDR-Hörfunk-Programmdirektor hat er sich bei allen Parteien einen guten Namen gemacht. Er gilt überdies im Hause als Profi und absolut loyal. Neben Wrangel wird auch der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Dieter Weirich, genannt.

Ob es allerdings bei der Suche nach einem neuen WDR-Intendanten bleibt, ist heute noch keineswegs sicher. Unmittelbar nach von Sell will auch WDR-Fernsehchef Heinz-Werner Hübner ausscheiden, und Fernseh-Chefredakteur Gerd Ruge hat bereits signalisiert, daß er nur ungern über 1985 hinaus im Amte bleiben würde. Vom Schnüren eines großen Personalpaketes wird deshalb im Sender und den Parteizentralen immer häufiger geredet.

Wenn die SPD auch künftig den Intendanten stellen sollte, so der Proporz-Poker im siebenköpfigen Verwaltungsrat, könnten die Christdemokraten möglicherweise den Erben des parteilosen Hübner stellen. Wenn der nach allen Seiten offene Friedrich Nowottny nicht könnte (weil Intendant), ständen mit Chefredakteur Joachim Sobotta von der CDU-nahen „Rheinischen Post" in Düsseldorf und „Report"-Moderator Franz Alt überaus profilierte Kandidaten zur Verfügung. Sobotta und Alt könnten jedenfalls mit einem positiven SPD-Votum rechnen.

Besorgnis über Verhärtung der Ausreise-Praxis

DW. Berlin/Bonn

Unter Antragstellern in Ost-Berlin und der „DDR", die in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen wollen, gehen Gerüchte über eine bevorstehende Verhärtung der Ausreise-Praxis durch die Behörden um. Es heißt, Ost-Berlin wolle zunächst die internationale Entwicklung abwarten.

Nach Informationen aus Ost-Berlin soll sich die Zahl der Übersiedlungsgenehmigungen im Dezember dagegen merklich erhöht haben. Reisende berichteten, zahlreiche Bekannte, die sich seit geraumer Zeit bemühten, die „DDR" zu verlassen, hätten nunmehr die Erlaubnis erhalten.

Bundeskanzleramtschef und Minister Wolfgang Schäuble hatte am Wochenende in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk auf die Rekordzahl von 40 000 Ausreisenden aus der „DDR" im laufenden Jahr hingewiesen: „Das ist ein Vielfaches dessen, was in den Vorjahren möglich gewesen ist."

UN-Truppen bleiben weiter auf Zypern

dpa, New York

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einstimmig das Mandat für die UNO-Friedenstruppen auf Zypern um weitere sechs Monate bis zum 15. Juni 1985 verlängert. Die 2347 auf Zypern stationierten UNO-Soldaten gehören Einheiten aus Kanada, Österreich, Dänemark, Finnland, Irland und Schweden an. UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar hat in einem Bericht an den Sicherheitsrat erklärt, die Anwesenheit der UNO-Truppen auf Zypern sei unerläßlich, wenn auf der Insel auch künftig Ruhe herrschen solle. Perez de Cuellar sagte ferner, bei den Vorgesprächen in New York zwischen dem Präsidenten von Zypern, Spyros Kyprianou, und dem Leiter der türkisch-zypriischen Volksgruppe, Rauf Denktasch, habe sich die türkisch-zyprische Seite in Verfassungs- und Territorialfragen aufgeschlossener gezeigt.

Emigranten: Kuba und Washington einig

AFP, Washington

Die USA und Kuba haben sich nach monatelangen Verhandlungen auf eine Lösung in der Frage der kubanischen Emigranten geeinigt. Während sich Havana zu einer Wiederaufnahme von 2746 in den USA „unerwünschten" Kubanern – Kriminelle und Geisteskranke – verpflichtete, versprach Washington die Erteilung von Einwanderungsvisa für kubanische Regimegegner und Verwandte von bereits in den USA lebenden Exilkubanern. Die bei dem Amtsantritt Ronald Reagans abgeschaffte jährliche Immigrationsquote für Kubaner soll nun auf 20 000 festgesetzt werden. Unter Ex-Präsident Carter hatte sie 4000 betragen. Das Weiße Haus betonte, dieses erste Abkommen mit dem Castro-Regime sei strikt auf die Frage der Emigranten beschränkt. Sie bedeute keine Änderung der US-Politik gegenüber Kuba. Revolutionsführer Castro hingegen maß dem positiven Abschluß der New Yorker Gespräche, die im vergangenen Sommer nach dem Havana-Besuch des farbigen Bewerbers um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, Jackson, aufgenommen worden waren, eine weit größere Bedeutung bei.

Embargo gegen Pretoria blieb wirkungslos

Südafrika fühlt sich als Zielscheibe einer weltweiten Kampagne

M. GERMANI, Johannesburg

Der UNO-Beschluß, das Waffenembargo gegen Südafrika aus dem Jahre 1977 zu verdichten und künftig auf Importe von in Südafrika hergestelltem Militärmaterial zu verzichten, wird in politischen Kreisen Südafrikas als ein weiterer Schritt in der weltweit wachsenden „Anti-Südafrika-Kampagne" angesehen.

In den USA ist dieser Trend seit der Wiederwahl Präsident Reagans spürbar. Damit hatten sich Hoffnungen vor allem liberaler Kreise in den Vereinigten Staaten, das strategisch wichtige Land am Kap wirtschaftlich und politisch in die Knie zu zwingen, vorläufig zerschlagen. Bereits zu Beginn des Jahres wurde in dem Bericht der Quäker-Organisation „American Friends Service Commitee" gegen die Apartheid festgestellt, daß das Waffenembargo praktisch wirkungslos geblieben war. Unter der Regierung Carter war der Verkauf von militärisch wichtigen Rüstungsgütern wie gewisser Flugzeugtypen, Lastwagen, Computer und Radar-Installationen verboten. 1981 wurde diese Anordnung aufgehoben. Dem Quäker-Bericht zufolge wurden zwischen 1981 und 1983 Waren von US-Firmen im Wert von 38 Millionen Rand nach Südafrika verkauft. Schwarzafrikanische Staaten wie Zimbabwe und Sambia erhielten dagegen in diesem Zeitraum lediglich Lieferungen im Wert von 1,8 Millionen Rand.

Autark bei Munition

Auf dem internationalen Weltmarkt für Waffen hat sich Südafrika nach Einführung des Verkaufsverbotes nach Angaben des Vorsitzenden der „Armaments Corporation of South Africa" (Armscor), Kommandant Pieter Marais, so weit durchgesetzt, daß es es von „einer damals kaum nennenswerten Produktion auf 143 verschiedene Munitionstypen brachte und somit autark wurde".

Auf der Fida '84, der internationalen militärischen Luftschau in Chile, stellte Armscor eine bisher einzigartige Entwicklung vor, die Luft-Luft-Kukri-Rakete, die vom Piloten mittels eines Helmvisiers ins Ziel gebracht wird. In „Janet's Defence Review" wurde vor allem auf ein Feldradio hingewiesen, das innerhalb einer Sekunde dreißigmal seine Frequenzen wechselt und somit ohne den entsprechenden jeweiligen Code nicht abgehört werden kann.

In einem Gespräch mit der WELT sagte ein bekannter Waffenexperte, daß es trotz der UNO-Resolution weiterhin einen Markt im internationalen Waffenhandel, nun allerdings über „geheime Kanäle", geben wird. Ebenso wie die Tschechoslowakei Jagd- und Sportwaffen über ihre „Mercuria"-Verkaufsorganisation in Österreich auf dem weiten südafrikanischen Markt absetzen kann, wird es den Südafrikanern über Umwege weiterhin möglich sein, ihre Produkte zu verkaufen.

Wichtige Rohstoffe

Von besonderer Bedeutung für den Welthandel ist der Mineralreichtum des Landes, vor allem an Kobalt und Vanadium. Sie werden bei der Herstellung von Raketenantriebsmotoren bei hohen Temperaturen zur Stahlhärtung beigefügt. Südafrika ist der größte Manganlieferant der Welt, ebenso wie für Vanadium (40 Prozent des Weltvorkommens) und Ferrochrom. Lediglich Zaire kann als weiterer nennenswerter Kobaltproduzent genannt werden. Bei Uran und Antimon steht Südafrika an zweiter Stelle im Weltexport.

Die Johannesburger Tageszeitung „The Star" berichtete, Südafrika habe den Niederlanden, die maßgeblich an dem UNO-Beschluß mitgewirkt hatten, gedroht, seine Importe holländischer Produkte zur Waffenherstellung einzustellen. Damit würde Holland ein Millionengeschäft verlieren.

Der südafrikanische Präsident Pieter Botha sagte angesichts der zunehmenden Kritik in den USA an der Apartheid-Politik, „keine stille Diplomatie oder lautes Geschrei" könnten Pretoria davon abbringen, seinen Weg nach Gerechtigkeit zu suchen und selbst seine Entscheidungen zu treffen. Damit widersprach er der Ansicht Reagans, seine „stille Diplomatie" habe jüngst die Entlassung von 14 ohne Gerichtsurteil inhaftierten Apartheidgegnern bewirkt.

Sein Außenminister Roelof „Pik" Botha beschuldigte im Staatsfernsehen die USA einer „selektiven Moral". Er machte klar, daß seine Regierung sich nichts von ausländischen Mächten vorschreiben lasse und Pretoria über eine politische Reform selbst entscheide.

USA für IWF-Aufnahme Polens

Weiterer Schritt zur bilateralen Normalisierung / Beitritt öffnet Zugang zu Krediten

H.-A. SIEBERT, Washington

Die USA wollen jetzt einer Aufnahme Polens in den Internationalen Währungsfonds (IWF), der 147 Mitgliedstaaten zählt und zur Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten zinsgünstige Beistandskredite gewährt, zustimmen. Wie ein Mitglied der Reagan-Administration in Washington bestätigte, hat der amerikanische Geschäftsführer in Warschau, John Davis, das polnische Außenministerium bereits unterrichtet.

Präsident Ronald Reagan hatte diesen Schritt schon Anfang August angekündigt, machte ihn damals jedoch von einer „kompletten und sinnvollen Abwicklung der Amnestie, die eine positive Atmosphäre schafft", sowie von „bedeutsamen Fortschritten bei der nationalen Aussöhnung" abhängig.

Auslöser für den weiteren Abbau der im Dezember 1981 bei der Einführung des Kriegsrechts verhängten Sanktionen ist die Freilassung der Gewerkschaftsführer Piotr Mierzewski und Bogdan Lis, die im Juni nach der Verteilung von Flugblättern verhaftet worden waren.

Das Ja der USA, die über ein Fünftel der Stimmen in der multinationalen Organisation verfügen, würde Polens Aufnahme in den IWF garantieren, zumal die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien Warschaus Beitritt schon seit langem unterstützen.

Für Polen, das im Westen inzwischen mit 35 Milliarden Dollar (etwa 108 Milliarden Mark) verschuldet ist, bedeutet die Mitgliedschaft auch den Zugang zu neuen Bankdarlehen. Der Umfang der möglichen Ziehungen auf die Kredittranchen des Fonds hängt davon ab, welche Quote Warschau als Kapitalanteil erhält. Grob gerechnet, könnten Polen IWF-Kredite in harten Währungen bis zu drei Milliarden Dollar zur Verfügung stehen.

Eine Aufnahme in den Währungsfonds öffnet Warschau auch die Tür zur Mitgliedschaft bei der Weltbank, was bei Ausschreibungen nützlich ist. Polen hat beiden Organisationen, die 1944 in Bretton Woods, New Hampshire, gegründet worden sind, früher angehört. Moskau zwang das Land aber 1950 zum Austritt. Mitglied des IWF sind Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und China.

Den Aufnahmeantrag hat Warschau am 10. November 1981 gestellt; er wurde dann durch ein einstimmiges Veto der großen Industriestaaten auf Eis gelegt. Die Aufnahmebedingungen des Fonds sind streng. So muß Polen genaueste Angaben über Sozialprodukt, Außenhandel, Devisenguthaben, interne Preise, Volkseinkommen und Wechselkursrelationen machen. Durchschaubar würde also die Struktur der Ostblockwirtschaft. Kredite erhält Warschau wiederum nur, wenn die Regierung wirtschaftspolitische Auflagen akzeptiert.

Im Wege der Normalisierung hat Polen bisher von den USA Fischfangrechte in amerikanischen Gewässern und die Landerechte der Fluggesellschaft Lot zurückerhalten. Wiederaufgenommen wurde der Wissenschaftsaustausch. Noch offen ist, wann Washington das Verbot staatlicher Lieferkredite aufhebt und Polen wieder die Vorteile der Meistbegünstigungsklausel einräumt.

Konservative in Belize vorn

SAD, Miami

In dem mittelamerikanischen Staat Belize ist am vergangenen Wochenende eine Ära zu Ende gegangen: Der sozialdemokratische Politiker George Price verlor nach zwanzigjähriger Regierungszeit Wahlen gegen die konservative Opposition des Senators Manuel Esquivel. Price wird in Zukunft auch nicht mehr im Repräsentantenhaus sitzen, weil er nicht einmal seinen Wahlkreis gewinnen konnte.

Der neue Premier dieses mit 17 000 Einwohnern kleinsten Landes der Region errang mit seiner Vereinigten Demokratischen Partei (UDP) 21 der 28 Parlamentssitze. Die restlichen sieben Mandate gingen an die bisher regierende Vereinigte Volkspartei.

Manuel Esquivel profitierte von den Verschleißerscheinungen der Price-Administration. Der neue Mann will die Wirtschaftskrise durch verstärkte Privatinitiativen überwinden. Noch immer garantieren 1700 britische Soldaten die Sicherheit gegen die Territorialansprüche der Nachbarnation Guatemala.

Rote Brigaden aktiv

Mehrere Raubüberfälle / Auftakt neuen Linksterrors?

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Lebt der Linksterrorismus in Italien wieder auf? Nach zwei mißglückten Raubüberfällen in Rom und Bologna stellen sich Fahndungsbehörden und Öffentlichkeit besorgt diese Frage. In Rom versuchte ein Kommando der Roten Brigaden, die Tageseinnahmen eines Supermarktes an sich zu bringen, in Bologna wollten zwei Frauen, die offenbar zu der linksterroristischen „Autonomia"-Bewegung gehören, einen Juwelierladen ausplündern. Beide Überfälle schlugen fehl.

In Rom setzten sich zwei bewaffnete Wachen eines Geldtransportunternehmens zur Wehr, als sie vor dem Supermarkt von den Rotbrigadisten angegriffen wurden. Bei einer Schießerei erlitten sie zwar selbst lebensgefährliche Verletzungen, töteten aber einen der Banditen und verletzten die seit Jahren gesuchte Terroristin Cecilia Massara, die dann gefaßt werden konnte. Drei oder vier weitere Terroristen konnten fliehen – allerdings ohne die erhoffte Geldbeute.

In Bologna griff der überfallene Juwelier zur Waffe. Er erschoß eine der Terroristinnen und verletzte die andere schwer.

Die römische Aktion wurde in einem anonymen Anruf an einen Mailänder Privatsender von den Roten Brigaden reklamiert.

Von der politischen Polizei werden die beiden Überfälle als möglicher Auftakt einer neuen Terrorkampagne interpretiert. Offensichtlich sei die römische Kolonne der Roten Brigaden dabei, sich zu reorganisieren und plane Aktionen, für die sie viel Geld brauche.

Auf der anderen Seite wird freilich darauf hingewiesen, daß der römische Überfall viel dilettantischer vorbereitet und ausgeführt worden sei als frühere Aktionen der Roten Brigaden.

Sowohl Innenminister Scalfaro als auch Polizeistellen hatten in den vergangenen Monaten wiederholt vor der Gefahr einer Reorganisierung des Terrorismus und vor einem Nachlassen der Wachsamkeit gewarnt.

Athen erneuert Kritik an Washington

rtr, Athen

Griechenlands Ministerpräsident Andreas Papandreou hat den Vereinigten Staaten vorgeworfen, sie wollten ihre militärische, wirtschaftliche und politische Macht auf die ganze Welt ausdehnen und anderen Staaten aufdrängen. Vor Vertretern seiner sozialistischen Partei sagte Papandreou, das griechische Volk müsse erzogen werden, die Unabhängigkeit des Landes zu erhalten. „Für jeden Staat, der nicht gehorcht, für jede unabhängige und souveräne Politik wird eine Konfrontation vorbereitet", sagte Papandreou.

Der griechische Regierungschef begrüßte zwar das im Januar geplante Treffen zwischen US-Außenminister George Shultz und dessen sowjetischem Amtskollegen Andrej Gromyko, bezweifelte jedoch, daß es dabei zu rechten Fortschritten kommen werde. „Es gibt keine greifbaren Anzeichen einer echten Änderung mit den Zielen Entspannung und Abrüstung am Horizont", sagte Papandreou. Die USA hatten den NATO-Partner Griechenland kritisiert, weil er einige Positionen der Sowjetunion bei Abrüstungsfragen unterstützt.

Peking setzt Reformen fort

AFP, Peking

Die Leiter der chinesischen Staatsbetriebe müssen sich künftig um die Erneuerung ihres Mandats bewerben, das auf maximal vier Jahre festgesetzt werden soll, berichtete die chinesische Nachrichtenagentur „Neues China" unter Berufung auf ein Rundschreiben der Pekinger Regierung. Dem Rundschreiben zufolge soll das Mandat höchstens zweimal erneuert werden. Ausschlaggebend sollen dabei die Verdienste des Mandatsträgers sein. Die Leiter der Staatsbetriebe sollen andererseits das Recht zum Rücktritt erhalten. Die neue Maßnahme reiht sich in die Serie von neuen Reformen ein, die auf dem 3. Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober beschlossen worden waren. Diese Reformen zielen auf eine größere Rentabilität der chinesischen Betriebe ab.

17.12.84

Der Jahresabschluß steht vor der Tür. Trotz allem hat Herr Hoffmann heute seinen Weihnachtsurlaub auf die Canaren gebucht. Das erstemal seit 3 Jahren macht er wieder Urlaub und freut sich sogar darauf. Er weiß, daß in seiner Firma alles wohl bestellt ist. Herr Hoffmann hatte etwas sehr Kluges getan. Er hat sich einen SPERRY PC angeschafft, der ihm nicht nur seine Jahresbilanz erstellte, sondern ihm auch das Mehr an Leistungen, Funktionen und Möglichkeiten bietet, mit dem er das ganze Jahr über rationell und effektiv arbeiten kann. Mit dem SPERRY PC bekam Herr Hoffmann durchgetestete Anwendungsprogramme, die ihm quasi auf Knopfdruck Liquiditäts-, Erfolgs- und Kostenanalysen erlauben und damit unternehmensinterne Entscheidungsgrundlagen liefern. Darüber hinaus kann er alle für ihn wichtigen steuer- und handelsrechtlichen Auswertungen abrufen. Er sieht sofort auf einen Blick, was machbar ist. Herr Hoffmann weiß auch, daß er sich auf seinen SPERRY PC verlassen kann, denn die Sperry Funktionsgarantie sichert ihm ein einwandfreies Arbeiten. Ohne Pannen. Auch übermorgen noch. Herr Hoffmann ist zu Recht stolz auf seinen SPERRY PC. So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen.

Wenn auch Sie ein Führungsinstrument wie den SPERRY PC brauchen, um beruhigt in Urlaub fahren zu können, schicken Sie den Coupon an Sperry.

Sperry PC

Der SPERRY PC: Nutzung des größten Softwareangebots, 100% kompatibel durch gängigste Betriebssysteme MS-DOS und Concurrent CP/M-86, 7 Modelle ab 128 K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turboschalter", einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-3, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus.

Name ____________

Firma ____________

Position ____________

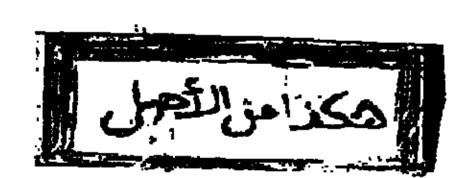
Straße ____________

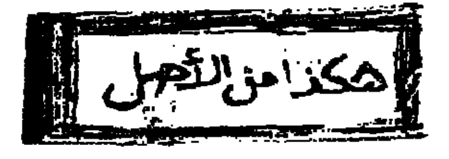
PLZ/Ort ____________

Telefon ____________

Sperry. Die Computer-Profis: Wir glauben an die bessere Idee.







Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Richter und Reform

„Der Verteiler der Nation"; WELT vom 12. Dezember

Mit Bewunderung habe ich die Äußerungen von Professor Zeidler als oberstem unparteiischen Verfassungsrichter zur „Steuergerechtigkeit" vernommen. Ist es nun die von ihm beklagte Rücksicht auf die „Klientel" *oder Betriebsblindheit* oder Parteidisziplin, die über die wohl größte „Steuerhinterziehung" und Vorenthaltung von Mitteln zur Finanzierung des Sozialbudgets den Mantel des brüderlichen Verschweigens deckt?

Hunderte von Firmen, Gewerbebetrieben u. ä. verschaffen sich gegenüber gleichen Unternehmen einen milliardenschweren Vorteil, indem sie unter die Decke der „Gemeinnützigkeit" schlüpfen und dem Staat die Steuermittel vorenthalten, so etwa:

● Beamtenheimstättenwerk (BHW) konkurriert mit allen anderen Bausparkassen. Das BHW zahlte Milliarden an Steuern nicht, die Wüstenrot, Schwäbisch Hall u. a. entrichten.

● Co op, Konsum und andere Verbrauchermärkte drücken sich gleichfalls vor Milliardensteuern, die Edeka, Spar, Aldi u. a. aufbringen, obwohl sie mit Co op im Wettbewerb sind.

● Die Volkswohl-Versicherung zahlt keine Einkommensteuern usw., wohl die Mitbewerber Allianz, Gerling u. a.

● Die Bank für Gemeinwirtschaft denkt gar nicht daran, der Gemeinwirtschaft (nämlich dem Sozialstaat) zu Steuergeldern zu verhelfen, während Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank u. a. dem Staat Milliarden Steuern zahlen.

● Baugesellschaften wie Neue Heimat oder Vermietkonzerne wie die sogenannten „Gemeinnützigen" haben sich vor Steuerzahlungen in Milliardenhöhe gedrückt, während andere Baugesellschaften, ja selbst kleine Rentner mit „ihrer Altersversorgung im eigenen Miethaus", zu den größten Steuerzahlern gehören. Dabei sind die „Gemeinnützigen" meist mit ihren Mieten höher, in der Verwaltung langweiliger und im Verhalten gegenüber ihren Mietern kleinlicher!

Und da beißt sich die Katze in den eigenen Schwanz, oder ist es auch bei Herrn Zeidler die „Rücksicht auf die Klientel", die ihn jene Mammutwohnkonzerne der „Gemeinnützigen" (?) und Neue Heimat mit jenen kleinen Hausbesitzern in einen Topf werfen läßt, welche nach 30 Jahren Schuldzinszahlung und Tilgung endlich *mit erreichten zusätzlichen* „Rentenbeträgen aus Mieten" ihre 40jährige LVA-Rente etwas aufbessern, wobei sie nie in die Nähe jener Pensionen kommen, die der öffentliche Dienst seinen Privilegierten schon nach 20 Jahren ohne besondere Aufwendungen garantiert!

Herzlichst
J. Wedes,
Berlin 33

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist meines Erachtens ungewöhnlich, daß sich der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes mit Steuerrecht befaßt, denn an sich hat er doch völlig andere Aufgaben. Die Steuerpolitik als solche ist schon schwie*rig genug*, und es gibt wohl kein Steuergesetz, das hundertprozentig allen Schichten der Bevölkerung gleiche Gerechtigkeit zukommen läßt. Wenn *Herr Zeidler* meint, daß der jetzige Spitzensteuersatz von 56 Prozent ja nicht mit ehernen Lettern geschrieben *sei*, so ist dem zu entgegnen, daß die 56 Prozent sich noch um Kirchensteuer, Gewerbesteuer usw. erhöhen. Wenn man die Steuerschraube noch weiter nach oben dreht, wird das unternehmerische Interesse immer geringer und die Schattenwirtschaft nimmt weiter zu, was ja auch die letzten Jahre beweisen.

Nach meiner Ansicht haben wir in Gerhard Stoltenberg einen Bundesfinanzminister, der sein Handwerk versteht und der es ja auch endlich einmal schafft, daß in den nächsten Jahren die Einkommensteuer in zwei Etappen gesenkt wird. Seine Vorgänger haben dies leider nicht fertiggebracht.

Mit freundlichen Grüßen
G. A. Vrancken,
Krefeld

„Vorausgebühr"

Sehr geehrte Redaktion,

vor einigen Jahren ging die Bundespost dazu über, den Fernsprechteilnehmern moderne Telefonapparate verschiedener Modelle anzubieten. Diese Apparate konnten wahlweise gegen eine monatliche Gebühr mietweise oder einen „einmaligen Kaufpreis" käuflich erworben werden.

In diesen Tagen nun geht den Fernsprechteilnehmern, die sich zum Kauf eines solchen Apparates entschlossen haben, ein vorgedrucktes Schreiben zu, in welchem die Fernmelderechnungsstellen in bemerkenswert verklausulierter Form auf eine „benutzungsrechtliche Änderung bei Sprechapparaten" durch die 25. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung hinweisen. Danach will die Bundespost den von den Fernsprechteilnehmern gezahl*ten Kaufpreis als „Vorausgebühr für* 96 Monate behandeln", d. h. der Kauf wird für null und nichtig erklärt und künftig wird – nach Ablauf der 96 Monate – für die gekauften Apparate eine Benutzungsgebühr erhoben.

Es geht hier nicht darum, ob die Post sich verkalkuliert hat, als sie ihren Kunden die Apparate zum Kauf anbot, und ob die künftige Erhebung von Gebühren wirtschaftlich begründet sein könnte.

Es geht hier darum, daß der Bundespostminister mit einem erschreckenden Mangel an Gefühl für Rechtsstaatlichkeit einen der Grundsätze unseres Rechts aus den Angeln heben will. Er meint, er könne den Fernsprechteilnehmern auf dem Verordnungswege ihr rechtmäßig erworbenes Eigentum wieder wegnehmen! Wohin sind wir bloß gekommen?

Mit freundlichem Gruß
K. Rompf,
Emkendorf 1

Wort des Tages

„Die Nächstenliebe ist das Mittel, Gottesliebe zu beweisen. Jeder Nächste, der Hilfe bedarf, hat von Gott eine Anweisung an den Nächststehenden, der helfen kann. Wir alle sind zur Liebe geboren."

Johann Michael Sailer, deutscher Theologe (1751–1832)

Vorbild von 1923

Zu einem Zeitpunkt, an dem einerseits Sozialleistungen gekürzt werden, andererseits der Bundestag eine Diätenerhöhung plant, ist vielleicht nachfolgender historischer Brief interessant:

„Der Reichspräsident

Berlin, den 15. Oktober 1923

Hochgeehrter Herr Reichskanzler!

Im Hinblick auf die finanzielle Lage des Reiches und den Ernst unserer Zeitverhältnisse habe ich mich entschlossen, mit Ablauf dieses Monats bis auf weiteres auf die Hälfte der mir zustehenden Aufwandsgelder zu verzichten. Ich bitte den Herrn Reichsfinanzminister entsprechend zu verständigen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung bin ich

Ihr sehr ergebener

Ebert"

Zur Nachahmung empfohlen!

Mit freundlichen Grüßen
Klaus-Peter Sauer,
Hamburg 80

Anderes Urteil

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich kann den Bericht von Herrn Guratzsch in der WELT vom 28. November über die Berliner-Ausstellung „Siedlungen der zwanziger Jahre" nicht ohne Protest ad acta legen. In den Jahren 1926–33 war mein Vater, Martin Wagner, Stadtbaurat von Groß-Berlin, und es war er, der einen wesentlichen Beitrag zu diesen Siedlungen und zum Entstehen besserer, menschlicherer Wohnquartiere leiste*te. Zu den genannten Siedlungen ge*hört eigentlich auch die schon 1918–20 entstandene Lindenhofsiedlung, die er als Stadtbaurat von Berlin-Schöneberg baute.

Ich sehe nichts zu beanstanden an den Begriffen: Gesundheits- und Wohnungsfürsorge oder Rationalisierung und Einsparung. Es ging darum, Alternativen zur Berliner-Mietskaserne (mit den unmenschlichen Hinterhöfen) zu finden und zu bauen, nicht um neue Menschen zu fabrizieren oder die Städte umkrempeln zu wollen. Daß Gropius der Wortführer einer solchen Bewegung gewesen sein sollte, ist blanker Unsinn. Die „Hohenpriester", die nach „ihrem Mekka" gefahren sind, kamen übrigens *fast alle vollständig desillusioniert zu*rück. Und was den Berliner Volksmund anbetrifft, so habe ich dessen Urteil über die Siedlungen anders im Gedächtnis. Ich wohnte nämlich in einer solchen, in Eichkamp, bis 1933, als Hitler den Menschen umkrempelte.

Ich weiß nicht, was Herr Guratzsch eigentlich will. Man vermißt konstruktive Gegenvorschläge in seiner Tirade. Offensichtlich hat er keine.

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Wagner,
Hamburg 13

Soziale Marktwirtschaft als Programm der Zukunft für die Dritte Welt

Wirtschaft und Kirche suchen nach neuen Wegen zur Lösung der „Jahrhundert-Aufgabe"

MANFRED NEUBER, Köln

In der Entwicklungspolitik führen nicht mehr Ideologen das große Wort. Die Diskussion um unsere Hilfe für die Dritte Welt ist sachlicher geworden, und der neue Pragmatismus gewährleistet eine wirksamere Unterstützung. Dieses Fazit läßt sich aus *einem Symposium* von Vertretern der Kirche und der Wirtschaft über die Entwicklungshilfe ziehen.

Zwei Tage lang suchten Bischöfe und Manager nach Mitteln und Wegen zur Lösung der „Jahrhundert-Aufgabe". Übereinstimmend wurde erklärt, die „Hilfe zur Selbsthilfe" müsse verstärkt werden. An den Entwicklungsländern liege es, so ruinöse Fehler wie die Vernachlässigung ihrer Landwirtschaft zugunsten einer übereilten Industrialisierung abzu*stellen.*

Als wichtigste Frage für die Partnerschaft zwischen Nord und Süd stellte sich diese: Ist die soziale Marktwirtschaft übertragbar? Ein Plädoyer in diesem Sinne hielt Professor Jürgen B. Donges vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Zwar könne kein Konzept unbesehen übernommen, jenes jedoch ordnungspolitisch angewandt werden. Die Marktwirtschaft sei allen Systemen mit staatlicher Lenkung überlegen.

Donges nannte Tansania als abschreckendes Beispiel, und er warnte andere Entwicklungsländer vor der Sackgasse forcierter Import-Substitution. Der Bundesregierung gab er zu bedenken, ob Wirtschaftshilfe *nicht generell an Auflagen zur Effi*zienz-Kontrolle gebunden und die Unterstützung der ärmsten Länder besser direkt und ohne bürokratischen Schwund gewährt werden sollte.

Vorreiter-Funktion

Zur Rolle der transnationalen Unternehmen in Entwicklungsländern gab es auf dem Symposium, das vom Institut der deutschen Wirtschaft in *Köln gemeinsam mit der* Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung veranstaltet wurde, einen fairen Diskurs. Auch die Diskutanten benutzten das Kürzel „Multis" nicht als verbale Keule, und man hütete sich davor, im Hinblick auf das Gasunglück in Indien sie zu Unheilsbringern in der Dritten Welt zu stempeln.

Die katholische Kirche habe ein unbefangenes Verhältnis zu den Multis, sagte Prälat Helmut Josef Patt, sie sei selber ein „multinationales Unternehmen". Er rügte die „verfluchte Selbstsicherheit ideologischer Propagandisten", merkte aber kritisch an, manche Konzerne erlägen der „Versuchung kolonialer Gebärde" und *drängten den Völkern einen* fremden Lebensstil auf.

Für Volkswagen do Brasil vermochte Direktor Wolfgang Sauer die Reizfrage „Herrschaft der Giganten?" zu entkräften. Überzeugend legte er die Vorreiter-Funktion seines Betriebes in der Lohn- und Sozialpolitik dar. Mit Bedauern erwähnte der VW-Chef, daß es in Brasilien an der Kirche liege, wenn kein Dialog über die gesellschaftliche Entwicklung zustande komme.

Das überraschte nicht, nachdem der brasilianische Klerus in anderem Zusammenhang zu Wort gekommen war. Weihbischof Bonaventure Kloppenburg aus Bahia, der die Befreiungstheologie verteidigte, stellte die Kirche als „einzige tatsächliche Opposition" zum bald abtretenden Militärregime hin, während Bischof Aloisio Sinesio Bohn aus Nuevo Hamburgo nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung rief und es bedauerte, daß das Wohlstandsgefälle in Brasilien und in der Welt größer werde.

Mit ergreifender Demut schilderten die Kirchenmänner die Not der Armen in der Dritten Welt, und sie würdigten die Unterstützung durch *die verschiedenen Hilfswerke.* Ihnen muß es einen Stich ins Herz gegeben haben, als der Nestlé-Sprecher Klaus Schnyder anderntags Adam Smith zitierte: „Zum Wohlstand kommt ein Volk nur durch getane eigene Arbeit." Daran mangelt es in Brasilien nicht minder als am täglichen Brot.

Prälat Paul Bocklet, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, sieht in der katholischen Soziallehre einen Wegweiser aus der Unterentwicklung. Sein evangelischer Kollege Heinz-Georg Binder, Bevollmächtigter des Rates der EDK in Bonn, unterstreicht, wie wichtig günstige Rahmenbedingungen sind, um eine erfolgreiche Entwicklungspolitik betreiben zu können.

Das wird besonders deutlich in der nüchternen Sicht des Bankers. Reinhold Stößel von der Dresdner Bank rät, die öffentliche Entwicklungshilfe den volkswirtschaftlichen Erfordernissen in den Empfängerländern stärker anzupassen. Ein hohes Maß an Rechtssicherheit sei unerläßlich für ein Investitionsklima, das ausländisches Kapital in die Dritte Welt ziehe. Nachdrücklich setzt er sich für *offene Märkte ein und* moniert wie andere Redner den zunehmenden Protektionismus.

Kritik an der EG

Heftige Kritik findet in diesem Fo*rum* auch die EG-Agrarpolitik. Überschüsse würden mit der „höheren Weihe" als Nahrungsmittelhilfe in der Dritten Welt abgesetzt, solche Unterstützung wirke aber als „süßes Gift" und untergrabe die Selbstachtung der Notleidenden. In Agrarindustrien mit Monokulturen wird eine Hauptursache für die Landflucht und das Slum-Elend gesehen.

Wolfgang von Geldern, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, macht für die Versorgungsprobleme besonders in Afrika sozialistisch orientierte Wirtschaftssysteme verantwortlich. Zuvor hatte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, die Volksrepublik China wegen ihrer Hinwendung zur Marktwirtschaft gelobt. Daran sollte sich die Dritte Welt ein Beispiel nehmen.

Während die katholischen Repräsentanten aus Übersee sich zum Anwalt der Benachteiligten aufschwingen, vertreten die in Köln anwesenden Sprecher der evangelischen Kirche eher eine konservative Position. So der Präses i. R. der Evangelischen Kirche von Westfalen, Hans Thimme: „Die Kirche ist für alle da, nicht nur für die Armen." Er hebt auch die soziale Marktwirtschaft als „Programm der Zukunft" für die Dritte Welt hervor.

Zu kurz kam in dem Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft die Fra*ge der Geburtenkontrolle. Das lag* mehr an selbst auferlegter Zurückhaltung als an den vielfach berufenen Sprachbarrieren. Den einen ging es in der „wertenden Prophetensprache" um das Einzelschicksal, für das die Ökonomen keine Betroffenheit aufbringen können, weil sie sich an nüchternen Maximen orientieren.

Seite 2: Kirche und Markt

Schtscholokow unauffällig beigesetzt

dpa, Moskau

Der ehemalige sowjetische Innenminister Nikolai Schtscholokow ist am Samstag ohne die üblichen Zeremonien in aller Stille beigesetzt worden. In sowjetischen Kreisen kursierten Gerüchte, wonach Schtscholokow, der 14 Jahre sowjetischer Innenminister war, im Alter von 74 Jahren Selbstmord begangen haben soll. Schtscholokow hatte seinen Posten als Innenminister bereits 1982 kurz nach dem Amtsantritt Jurij Andropows verloren, als dieser eine breite Kampagne gegen Amtsmißbrauch und Korruption einleitete. Vor wenigen Wochen verlor Schtscholokow, der im vergangenen Jahr aus dem Zentralkomitee entfernt wurde, auch seinen Rang als Armeegeneral.

Nach Informationen aus sowjetischen Kreisen sollte in Kürze gegen ihn ein Gerichtsverfahren eröffnet werden. Gerüchten zufolge soll auch Schtscholokows Frau nach seiner Absetzung Selbstmord begangen haben.

Reagan will Contras weiter unterstützen

AFP, Washington

Präsident Ronald Reagan hat jene *Kongreß-Mitglieder, die einen vorläu*figen Abbruch der amerikanischen Finanzhilfe an die anti-sandinistische Guerrilla bewilligt hatten, als „sehr unverantwortlich" bezeichnet (WELT v. 15./16. 12.). Die von Reagan geforderte Hilfe war zum ersten Mal im vergangenen Mai vom Kongreß verabschiedet worden und seither dreimal am Widerstand des von Demokraten beherrschten Repräsentantenhauses gescheitert. Er werde für die Wiederaufnahme und Erhöhung dieser Unterstützung kämpfen, betonte der Präsident in einem am Samstag von der Wochenzeitung „Human Events" veröffentlichten Interview. Die Sandinisten hätten ihr Versprechen, Nicaragua eine demokratische Regierung zu geben, niemals wahrgemacht. Das nicaraguanische Volk wurde „einem totalitären marxistisch-leninistischen Staat unterworfen". Zur eventuellen Einrichtung und Anerkennung einer nicaraguanischen Exilregierung meinte der US-Präsident, diese Möglichkeiten seien im Gespräch, brächten jedoch einige ernsthafte Probleme mit sich.

Personalien

ABSCHIED

Ignaz Kiechle, Bundesernährungsminister, hat den belgischen Botschaftsrat ***Josef van Mullem*** verabschiedet, der seit 1974 Landwirtschaftsattaché seines Landes in Bonn war und in gleicher Funktion nach London geht. Der auch sportlich und künstlerisch engagierte Diplomat war sieben Jahre Sprecher der in der Bundeshauptstadt akkreditierten 38 Landwirtschaftsattachés von 30 Nationen aus Ost und West.

VERANSTALTUNG

Barbara Genscher, Frau des Außenministers, lud zum inzwischen traditionellen Weihnachtskaffee in die Bad Godesberger Redoute ein: Das Treffen der Damen ist das einzige im Bonner Jahr, bei dem alle Frauen der in Bonn akkreditierten ausländischen Botschafter zusammenkommen, eine Gelegenheit für viele, sich kennenzulernen. Gast des Nachmittags war die bekannte amerikanische Sängerin **Diane Belden**, die mit *internationalen* Weihnachtsliedern unterhielt. Die Frage jedoch bleibt bestehen, warum dem Protokoll des Auswärtigen Amtes bei solchen Weihnachtsfeiern nie in den Sinn gekommen ist, vor einem so großen Kreis aus West und Ost einmal Weihnachtsbräuche und Sitten aus Deutschland vorzustellen.



Von links: Lidija Semjonowa, Frau des sowjetischen Botschafters, und Barbara Genscher. Beide Damen tauschten Geschenke aus. In der Mitte Dorothea Gräfin von der Schulenburg, Frau des Bonner Protokollchefs. FOTO: EVI KEIL

EHRUNGEN

Der Ludger-Westrick-Preis für 1984 ist dem Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands verliehen worden. Der mit einer Prämie von 10 000 Mark verbundene Preis werde für besondere Verdienste um die Partnerschaft in der gewerblichen Wirtschaft und um den sozialen und inneren Frieden verliehen. Das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands habe mit seinem Wirken diesen Zielen gedient. Der Preis wird am 11. Januar im Neuen Schloß in Stuttgart überreicht. Das Christliche Jugenddorfwerk wurde 1947 von Professor **Arnold Dannemann** mit einem Stammjugenddorf in Schloß Altenstein bei Vaihingen an der Enz gegründet. Es gilt als das größte Bildungs- und Ausbildungswerk der Bundesrepublik. Derzeit leben in 112 Jugenddörfern 78 250 Jugendliche. Seit der Gründung sind etwa 1,2 Millionen junge Menschen aus- und weitergebildet worden, darunter auch Behinderte.

*

Sechs Ernennungsurkunden überreichte der Bischof von Augsburg, Dr. **Josef Stimpfle**: Zu päpstlichen Ehrenprälaten wurden ernannt der Stadtpfarrer von St. Ulrich und Afra in Augsburg, Monsignore **Wunibald Hitzler**, und der Stadtpfarrer von St. Lorenz in Kempten, Monsignore **Albert Lupp**. „Kapläne seiner Heiligkeit", also Monsignore, wurden der Direktor der Akademie für Gemeindepastoral in Neuburg, **Konrad Lachenmayr**, Stadtpfarrer **Walter Mixa** in Schrobenhausen, Stadtpfarrer **Johann Mutzel** in Nördlingen und Stadtpfarrer **Edmund Keck** in Bad Wörishofen.

BERUFUNG

Dr. rer. pol. **Werner Gries**, Ministerialrat und Sprecher im Bundesministerium für Forschung und Technologie, ist seit kurzem bei Minister **Heinz Riesenhuber** auch Leiter des Leitungsstabes und damit „rechte Hand" des Ministers. In den Bereich des Sprechers fallen Parlaments- und Kabinettsangelegenheiten.

Lage in Prag zugespitzt

Nach Rehlinger will sich nun Genscher einschalten

DW. Bonn/Prag

In Bonn herrscht die Befürchtung, daß sich die Situation in der Prager Botschaft der Bundesrepublik wegen der starren Haltung Ost-Berlins und der grundsätzlichen Weigerung vieler Flüchtlinge, in die „DDR" zurückzukehren, noch verschärfen könnte. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der – wie das Auswärtige Amt in Bonn formell bestätigte – morgen zu einem dreitägigen Besuch in die CSSR reist, wird dort auch die Lage in der Botschaft ansprechen.

Wie Regierungssprecher Peter Boenisch mitteilte, sind die 40 Hungerstreikenden aus dem Freskensaal der Botschaft, wohin sie sich am Freitag zurückgezogen hatten, in ihre bisherigen Quartiere zurückgekehrt. Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Innerdeutschen Ministerium sagte gegenüber der „Bild am Sonntag": „Wir müssen befürchten, daß ein harter Kern auch Weihnachten noch in der Botschaft ist." Rehlinger verwies nochmals darauf, daß die „DDR" allen Flüchtlingen Straffreiheit zugesagt und zugesichert habe, „daß sie nach einer Rückkehr in die DDR ihren Ausreiseantrag bei den zuständigen Behörden stellen können". Diese Anträge würden dann auch bearbeitet. Der Staatssekretär äußerte die Hoffnung, daß sich die Mehrheit der Flüchtlinge in der Botschaft nicht von „einer kleinen, aber tatkräftigen Minderheit zu falschen Entscheidungen zwingen läßt". Der Hungerstreik sei jedenfalls kein geeignetes Mittel zur Durchsetzung der Ausreiseforderung.

„Bild am Sonntag" berichtete ferner, auch gut informierte Regierungskreise in Bonn seien inzwischen davon überzeugt, „daß die DDR-Führung mit dem Einsatz von Agenten dem Drama in der Botschaft ein Ende in ihrem Sinne machen will". Hungerstreiks und Ausschreitungen unter den Verzweifelten würden offenkundig von Agenten des Staatssicherheitsdienstes der „DDR" geschürt.

In der Botschaft der Bundesrepublik in Budapest sollen sich gegenwärtig noch 14 „DDR"-Bewohner aufhalten, in der Warschauer Botschaft sieben.

„Sozialdemokraten versagen"

● Fortsetzung von Seite 1

durch, daß sich die SPD als Transmissionsriemen zur Verfügung stellt. Wenn hier die SPD weiter versagt, wenn ihre Führung nicht die innere Kraft besitzt, sich mit den Sympathisanten einer solchen Politik in den eigenen Reihen energisch auseinanderzusetzen oder wenn sie nicht die Auseinandersetzung mit den Grünen sucht, dann werden die Grünen auch nach 1987 im Parlament sitzen."

Es sei „Sache der SPD", so meinte Geißler, „dem Arbeiter klarzumachen, wie die SPD im Bündnis mit diesen politischen Neandertalern die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland als moderne und humane Industriegesellschaft sichern will".

Kritisch äußerte sich Geißler auch zur Berichterstattung weiter Teile des „öffentlich-rechtlichen Medienspektrums" über die Grünen. „Als eine Abdankung der kritischen journalistischen Verantwortung empfinde ich die fast in der Manier der ewigen Anbetung praktizierte Hofhaltung, in die sich Bereiche der öffentlich-rechtlichen Medien den Grünen gegenüber eingeordnet haben".

Zur Zusammenarbeit in der jetzigen Regierungskoalition sagte Geißler, auch aus der Sicht der CDU sei dieses Bündnis über das Jahr 1987 hinaus angelegt. Dies sei auch die Auffassung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Zu dieser Koalition „gibt es keine erkennbare Alternative. Es sei denn, der eine oder andere Koalitionspartner zerstört sich selber. Das kann man ja nie hundertprozentig ausschließen."

Er, Geißler, gehe fest davon aus, daß die FDP 1987 wieder den Sprung in den Bundestag schaffen werde. „Ich habe überhaupt keinen Zweifel daran, daß die FDP es schaffen wird, aber die Koalition darf ihre Grundlagen nicht verlassen." Auf den Einwand, daß die ungelöste Führungsfrage bei der FDP die Partei derzeit in einem problematischen Erscheinungsbild belasse, antwortete Geißler: „Die Führungsfrage ist nicht ungelöst." Martin Bangemann sei der voraussichtliche Nachfolger Genschers. Die Führungsmannschaft der FDP setze sich aus „erfahrenen und auch am Erfolg dieser Koalition interessierten Persönlichkeiten" zusammen, wobei er an erster Stelle Wolfgang Mischnick nannte.

Geißler sagte in dem WELT-Gespräch, „ich bin überzeugt, daß wir die Bundestagswahl 1987 gewinnen werden". Vier Gründe berechtigten ihn zu diesem Optimismus. Die Koalition werde darstellen können, ungeachtet „des einen oder anderen Fehlers, der im Regierungsvollzug gemacht worden ist", daß sich die Situation grundlegend geändert habe.

Abschließend machte Geißler vier Aussagen:

- „Der nationalistische Neutralismus, der weite Teile der SPD ergriffen und der Helmut Schmidt *letztendlich* gestürzt *hat*, hat sich nicht durchgesetzt. Sondern das Bündnis wurde gefestigt. Dadurch ist der Friede sicherer geworden. Wir haben uns gegen enorme Widerstände durchgesetzt und den Menschen wieder das Gefühl der äußeren und inneren Sicherheit geben können."
- „Wir sind aus den roten Zahlen herausgekommen und haben Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und hohe Exportchancen. Wir haben damit die Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit mit den USA und Japan geschaffen und insofern sind unsere Arbeitsplätze auch sicherer geworden."
- „Beim Umweltschutz haben wir das Ruder herumgeworfen, nachdem die vorhergehenden Regierungen geschlafen haben. Innerhalb von zwei Jahren sind die wichtigsten umweltpolitischen Entscheidungen bis hin zum abgasarmen Auto getroffen worden."
- „Und als vierten Grund für unseren Erfolg 1987 nenne ich die Neubewertung der Familie durch Erziehungsgeld und die Anerkennung von Erziehungsjahren."

Technologie-Handel zwischen Amerika und Europa als Zweibahnstraße

Vorwürfe – und was davon übrigbleibt

Von THOMAS KIELINGER

Die Wogen europäischer, speziell deutscher Sorgen zu glätten eilte am Dienstag vergangener Woche ein Fachmann aus dem Stab Lionel Olmers, vom US-Handelsministerium, nach Bonn. Auf einem eintägigen „Brainstorming", vom Planungsstab des deutschen Außenministeriums veranstaltet, ging es um die heikle Frage des Technologie-Transfers aus den USA nach Westeuropa. Ein West-West-Problem, dessen Auswirkungen bündnisintern schwieriger zu handhaben sein dürften als die leichter verständlichen Beschränkungen, die den Technologiehandel von West nach Ost kontrollieren.

Spätestens seit der Hein-Studie vom Juni dieses Jahres – genannt nach dem Verfasser, Werner Hein, der im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie von Washington aus die „Beschränkungen des internationalen Technologietransfers durch die USA" untersuchte – existiert in Bonn so etwas wie ein regierungseigenes Problembewußtsein. Doch öffentliche Belehrungen an die Adresse der USA, Westeuropa nicht quasi zu einem drittklassigen Handelspartner zu degradieren, kamen von anderer Seite. Beispielsweise in einem Memorandum des EG-Ministerrats vom 16. Oktober 1984 und in einem Entschließungsantrag der SPD im Deutschen Bundestag vom 25. Oktober. Die Bundesregierung gab sich zurückhaltender. Ende November reiste AA-Staatssekretär Ruhfus nach Washington, um sich an Ort und Stelle mit dem amerikanischen Gegenüber auszusprechen.

Mit Nüchternheit und Augenmaß, Gelassenheit und realistischer Perspektive sucht man in Bonn jetzt eine Zwischenbilanz zu ziehen. Erstes Gebot ist die Sicherung verläßlicher Fakten und Daten. Diesem Zweck dient eine Anfrage der Bundesregierung bei deutschen Unternehmen, doch bitte ganz genau festzuhalten und mitzuteilen, welchen vermeintlichen Erschwernissen seitens des US-Handelspartners sie unterliegen und welche konkreten Fälle von Kooperationsverweigerung sie dingfest machen können.

Hochschnelle Rechner

In Wahrheit gibt es nämlich von solchen Vorfällen krasser Verweigerung des Transfers von Hochtechnologie bisher recht wenig, wenn überhaupt etwas zu berichten. „Es ist noch kein deutscher Lieferwunsch abgelehnt worden", heißt es dazu aus berufenem Bonner Mund.

Diese Formulierung ist natürlich pikant. Lieferwünsche betreffen bekanntes Material, bekannte Komponenten aus dem Bereich der „High Tech". Wie aber steht es mit Technologien, die man uns noch gar nicht angeboten hat, die wir noch gar nicht kennen? Hier muß man eher ein Mehr als Weniger vermuten: Die US-Forschungen in der Informations- und Biotechnik, bei Halbleitern oder bei hochschnellen integrierten Schaltkreisen gehen geradezu in Quanten-Sprüngen voran. Aladins Wunderlampe liegt in den Händen von Leuten, die mit atemberaubendem Schritt die Grenzen der Grundlagenforschung erweitern und Neuland von riesiger Ausdehnung erobern.

Über weiten Bereichen davon liegt die Einschränkung „Geheim, Militärisch relevant", so daß der Zutritt selbst für Wissenschaftler in den USA streng kontrolliert, teilweise beschnitten wird. Modellfall ist das vom Pentagon inspirierte regierungsamtliche Forschungsprogramm zur Entwicklung sehr schnell arbeitender integrierter Schaltkreise (VHISC = very high speed integrated circuit). Es verdankt sein Entstehen nicht von ungefähr dem großen Schock, den die USA erlitten, als Japan gegen Ende der 70er Jahre ankündigte, es nähere sich den Computern der fünften, der superschnellen Generation.

Übermut und Unsicherheit

Diese Herausforderung glich dem für die Entwicklung der Technologie in den USA so entscheidenden Sputnik-Schock von 1957: Sie galvanisierte die Energien von Regierung, Wirtschaft und der universitären Forschung. Es ist, als Information am Rande, die Erinnerung wert, daß beispielsweise IBM und Siemens noch 1957 in der Entwicklung der Computer-Technik gleichauf lagen. Doch als die Raumforschung in den USA zum nationalen Großprojekt avancierte, begann sich dieses Wettrennen zugunsten der amerikanischen Position zu verändern.

Das VHISC-Programm soll unter anderem dem US-Verteidigungsministerium bis 1986 erlauben, Schaltkreise von 0,5 Micrometer Größe zur Steuerung in allen wesentlichen Waffensystemen einzubauen. Die dabei zu verwendenden Mikrochips können dann bis zu vier Millionen Einheiten speisen und Waffen-Treffgenauigkeit von unvorstellbarer Präzision erzielen. Das Know-how, das aus solchen Durchbrüchen für die zivile Industrie abfällt, ist noch gar nicht abzusehen. Inzwischen aber hält das Pentagon seine schützende Hand über das Projekt, das übrigens auch in der Planung der strategischen Verteidigung (SDI) eine zentrale Rolle spielt. Ein Ministerium, das allein im laufenden Haushaltsjahr 34 Milliarden Dollar für die Forschung bereithält, wird sich die Beeinflussung des Technologietransfers nicht so leicht aus der Hand winden lassen.

An diese und andere Grundzüge, die das amerikanische Technologie-Verhalten erklären helfen, erinnerte der Mann aus dem US-Handelsministerium in der vorigen Woche in Bonn. In den USA ist die Außenwirtschaft viel stärker als bei uns von Erwägungen der nationalen Sicherheit bestimmt. Während in der Bundesrepublik alles zum Export freisteht, was nicht verboten ist, gilt in Amerika eher die umgekehrte Devise.

Von einem Technologie-Boykott westeuropäischer Firmen durch amerikanische Regierungs- und Wirtschaftskreise heute kann dennoch überhaupt nicht gesprochen werden. Schließlich befehden sich in Washington das Verteidigungs- und das Handelsministerium. Letzteres wünscht sich – wie die Europäer – eine Liberalisierung der Kontrollmaßnahmen, weil der Handel in Technologie einen dynamischen Zweig der US-Wirtschaft darstellt. Man erkennt dies auch an dem Druck, den die Amerikaner über die Gatt-Runde auf ihre überseeischen Handelspartner ausüben, vermehrt Technologie und Dienstleistungen in die Rahmenbedingungen von Gatt aufzunehmen.

Dehnung von Lieferzeiten bei Waren der Hochtechnologie erklären sich in Washington mehr aus „Unsicherheit und Übermut" von Bürokraten, wie es ein Teilnehmer der Dienstag-Runde in Bonn ausdrückte, als aus dezidierten Akten der Verweigerung. Der Übermut wächst aus dem Vorschriftenwust, während die Unsicherheit aus der Angst des jeweiligen Beamten entsteht, ob er nicht irgendwo zwischen die Kompetenzen rivalisierender Ministerien falle.

Ein weiteres Hemmnis sind die Auslegungsvorschriften des Exportgesetzes von 1978 und seine Novellierungen, vor allem das Prinzip der „Extraterritorialität": die Gültigkeit amerikanischen Rechts bei Weitervergabe von Wirtschaftsgütern jenseits der US-Grenzen. Endabnehmerklauseln und Re-Export-Erschwernisse (bei Weitergabe an Drittländer) bilden weitere Hürden.

Ganz uneinheitlich verfahren die Amerikaner bei den Auflagen zur Sicherheitsüberprüfung, die sie ihrem europäischen Gegenüber bei High-Tech-Lieferungen abverlangen. Der Großrechner für Berlin machte keine Schwierigkeiten; ebenfalls unterliegt der US-Großrechner der Kernforschungsanlage in Jülich keinen Auflagen. Die nationalen Sicherungsmaßnahmen wurden als ausreichend akzeptiert.

Anders liegt der Fall des superschnellen Rechners der Fa. Control Data, den das Hamburger Max-Planck-Institut für Metereologie in der Klimaforschung einsetzen möchte.

Mit Risiken nach vorn

Hier verlangen die USA eine penible Auflistung sämtlicher Wissenschaftler, die nicht nur in Hamburg, sondern auch von außerhalb der Forschungsstätte über ihre jeweiligen Terminals Zutritt zum Rechner haben würden. Das bedeutet Sicherheitsüberprüfung bis zum x-ten Glied des Benutzerkreises.

Weitere Beschwernisse der Europäer: Ihre Forscher dürfen zuweilen nicht publizieren, wenn sie in den USA an sensitiven Entwicklungsprojekten teilgenommen haben. Oder es bleiben europäische und japanische Teilnehmer von amerikanischen Technologie-Seminaren ausgeschlossen. Nie ganz stillzulegen ist der Verdacht, US-Firmen suchten hinter dem Schutzmantel von Kontrollvorschriften Wettbewerbsvorteile für sich herauszuschlagen. Auch fühlen sich amerikanische Töchter europäischer Firmen bei Aufträgen innerhalb der USA (etwa seitens der Regierung) benachteiligt.

Bei all diesen Problemen versprachen die amerikanischen Teilnehmer an der Bonner Diskussionsrunde in der vorigen Woche Abhilfe. Das Problem des Hamburger Rechners scheint sich, wie es heißt, „der Lösung zuzubewegen". Die Fragen der Teilnahme an Technologie-Kongressen läßt sich über diplomatische Kanäle lösen. Überhaupt kann die West-West-Lieferung im Quidproquo-Verfahren verbessert werden: Die Europäer versprechen bessere Sicherheitsmaßnahmen, damit vor allem die amerikanische Sorge wegen Weitergabe an östliche Staaten aufgefangen wird, gegen Lockerung des Transfers von West nach West. Die Extraterritorialität müßte freilich eingeengt werden. Und an der Zweibahnstraße gilt es festzuhalten. Die Europäer müssen ihre unveräußerlichen Interessen immer wieder anmelden: Daß man beispielsweise in der eigenen Weltraumforschung ohne amerikanische Elektronik gar nicht weiterkommt.

Frage der Mobilität

Was bleibt für den alten Kontinent zu tun? Der Bundesregierung schwebt vor, nach amerikanischem Muster verstärkt die Förderung von Großprojekten zu betreiben. Doch damit verbessert man noch nicht die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Steuern und Sozialabgaben machen beispielsweise in der Bundesrepublik ein Viertel mehr am Bruttosozialprodukt aus als in den USA. Und das berühmte Risikokapital, selbst wenn es vermehrt verfügbar gemacht würde, prallt noch immer an den übersteigerten Sicherungen ab, mit denen in Deutschland ein verfügbarer Arbeitsplatz ausgestattet ist – was die Schaffung neuer Jobs abschreckt.

Das sieht man inzwischen auch in Bonner Regierungskreisen. „Wir müssen die Rahmenbedingungen verbessern, Flexibilität der Arbeitszeit, Leistungsantriebe etc. erzielen." Der amerikanische Projektleiter eines universitären Forschungszentrums beispielsweise ist mehr Manager als Beamter, mehr leistungsorientierter Unternehmer als unkündbarer Verwalter. Die enorme Vervielfachung etwa kleiner High-Tech-Firmen in den USA wäre ohne Arbeitsplatzmobilität und auch Arbeitsplatzrisiko gar nicht denkbar gewesen.

So liegt hinter allen Vorwürfen gegenüber den USA, ob sie berechtigt sind oder nicht, immer die Gretchenfrage an Europa selber: Wie hältst du es mit deiner eigenen Zukunft? Die Antwort kann nicht mehr Dirigismus und Vermehrung high-tech-orientierter Steuergelder heißen.

Gorbatschow und Thatcher bereden Ost-West-Lage

DW. London

Das sowjetische Politbüro-Mitglied Michail Gorbatschow ist gestern mit der britischen Premierminister Margaret Thatcher auf deren Landsitz Chequers zu einem Arbeitsessen zusammengetroffen. Gorbatschow, der in der sowjetischen Parteiführung als Nummer zwei gilt, hatte bei seiner Ankunft in London die Absicht bekundet, mit Frau Thatcher ein offenes Gespräch über Möglichkeiten zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen zu führen. Die Frage der Weltraumrüstung bildete nach Auffassung britischer und sowjetischer Kreise ein zentrales Thema des Treffens. Gorbatschow wolle Frau Thatcher bitten, sich bei den USA für ein Verbot von Weltraumwaffen einzusetzen. An dem Treffen nahm Außenminister Sir Geoffrey Howe teil, mit dem Gorbatschow heute noch einmal gesondert konferieren wird.

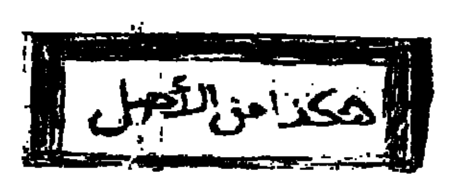
Frau Thatcher sagte vor Beginn ihres Treffens mit Gorbatschow für 1985 eine etwas günstigere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen voraus. Sie begründete ihren Optimismus mit dem Hinweis darauf, daß „die Russen nach Präsident Reagans Wiederwahl zum Abrüstungs-Verhandlungstisch zurückkehren". Sie wolle Gorbatschow sagen, „daß wir ein weit geringeres Rüstungsniveau in der Welt wollen, reduziert auf einer ausgewogenen und überprüfbaren Grundlage."

Gorbatschow äußerte auf dem Londoner Flughafen Heathrow außerdem, die sowjetische Führung sei der Ansicht, daß es auch bei einer noch so komplizierten Weltlage Möglichkeiten gibt, einen Atomkrieg zu vermeiden. Keine dieser Möglichkeiten dürfe vernachlässigt werden. Es gebe keinen Waffentyp, den zu beschränken und zu verbieten die Sowjetunion nicht bereit wäre, sofern dies auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geschehe. Die Sowjetunion habe niemals militärische Überlegenheit angestrebt. Beim Besuch Gorbatschows handelt es sich um den ersten Aufenthalt eines hochrangigen sowjetischen Politikers in Großbritannien seit dem Besuch des inzwischen verstorbenen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin im Jahr 1967.

„Prawda": Grüne ignorierten Raketen

dpa, Moskau

In einer Bilanz zum Parteitag der Grünen hat das sowjetische Partei-Organ „Prawda" gestern bemängelt, daß wichtige Fragen wie die „Massenbewegung" gegen die Stationierung von US-Raketen, das Wettrüsten und die „Militarisierung" der Bundesrepublik nur am Rande behandelt worden seien. Stattdessen hätten die Grünen viel über die Zusammenarbeit mit der SPD diskutiert. Sie hätten ernste organisatorische Schwächen und kein klares Programm. Doch bescheinigt die „Prawda" den Grünen, eine Bewegung mit überwiegend linker Ausrichtung zu sein. Sie unterstützten wichtige Friedensinitiativen Moskaus wie die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums, das C-Waffen-Verbot sowie das Einfrieren und die Senkung der Militärausgaben.



Weg in die Irre

adh. – Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten fordert ein Gesetz, das Einwegflaschen und Getränkedosen verbietet. Eine wachsende Zahl mittelständischer Einzelhändler ruft nach einer gesetzlichen Regelung, die den sogenannten Verkauf unter Einstandspreis unterbindet. Die Liste der Anlässe, die Interessengruppen nach dem Gesetzgeber rufen läßt, kann leicht verlängert werden.

Allen diesen Verstößen gemeinsam ist, daß die Rufer vorgeben, nur das Interesse der Allgemeinheit im Auge zu haben; in der Tat ist es jedoch meist nur der – vermeintliche – eigene Vorteil. Offensichtlich übersehen jene, die so rasch mit dem Ruf nach dem Gesetzgeber bei der Hand sind, daß sie indirekt nach „mehr Staat" rufen, was doch angeblich niemand möchte. Und was auch nicht in unser Wirtschaftssystem paßt.

Alle, die da rufen, unterstellen irrigerweise, daß der Übervater Staat oder eine von ihm initiierte anonyme Institution besser weiß als der einzelne Bürger, was für eben jenen Bürger „gut" ist.

Die Preisprüfungsbehörde, die untersucht, ob die Händler nicht billiger verkaufen als sie einkaufen? Eine erschreckende Vorstellung genau wie die gesetzlich vorgeschriebene Verpackung für den täglichen Liter Milch. Die Gewöhnung an staatliche Gängelei ist bei den vorgeblich mündigen Bürgern offenbar schon so groß, daß die Empörung klein bleibt.

Das ist schade. Denn je mehr Bereiche der Staat mit Gesetzen und Verordnungen besetzt, um so kleiner wird der Freiraum für den einzelnen. Das gilt auch für Regelungen, die vordergründig nur Unternehmen treffen.

Strukturwandel in Italien

Von GÜNTER DEPAS, Mailand

Im Hintergrund aller Fusionen und Firmenübernahmen in Italien steht, was Mario Schimberni, der Präsident von Italiens größtem Chemiekonzern, Montedison, als Aufgabe der Zukunft bezeichnet. Die Notwendigkeit nämlich, angesichts der weltweiten Konkurrenz auf allen nationalen und internationalen, privaten und staatlichen Ebenen der Industrie zu neuen Formen der Zusammenarbeit zu gelangen.

Der Erneuerungs- und Anpassungsprozeß, den die italienischen Unternehmen in dieser Hinsicht gegenwärtig durchmachen, trägt dieser Forderung weitgehend Rechnung. Mit dem im Gange befindlichen Strukturumbau geht zielstrebig die Durchdringung der internationalen Absatzmärkte einher, mit Joint-venture-Vereinbarungen, Zusammenschlüssen und Partnerschaften, an denen italienische Unternehmen weit öfter aktiv als passiv beteiligt sind.

Die Gründe für diese plötzliche Massierung sind vielfältig. Zum Teil wie etwa im Falle des Kreditinstituts Banca Cattolica del Veneto und des Versicherungskonzerns RAS standen und stehen die Bemühungen der Mutterholding im Hintergrund, die von ihnen kontrollierten Firmengruppen neu zu ordnen und den Restbestand nach Verkauf von Beteiligungen auf eine dringend notwendige solidere Finanzgrundlagen zu stellen.

Bei anderen, beispielsweise Olivetti und IBP, ist es der Zwang zur Erweiterung der Absatzmärkte, in noch anderen Fällen wie Zanussi und Magrini beides zugleich: Die Anlehnung an Partner, die größere Kapitalkraft besitzen und gleichzeitig die Voraussetzungen mitbringen, um durch Kooperation die Kosten zu senken und das Marketing aggressiver zu betreiben.

An diesem Prozeß gezielter Internationalisierung und Verflechtung mit ausländischen Märkten und Partnern haben nicht nur die privaten Unternehmen Anteil, sondern auch die staatlichen Betriebe.

Wie der Präsident der Staatsholding IRI, Romano Prodi, vor wenigen Tagen in der Abgeordnetenkammer in Rom erklärte, ist im Falle der Staatsunternehmen der staatliche Mehrheitsaktionär allerdings stets darauf bedacht, daß dabei „die Internationalisierung nicht zur Kolonisierung ausartet".

Grundsatz bei allen Joint-venture-Abkommen, die staatliche Betriebe oder Holdings mit ausländischen Firmen abgeschlossen haben, zuletzt beispielsweise das Elektronikunternehmen Elsag mit dem US-Konzern IBM, ist es deshalb, daß der italienische Partner die Mehrheit hält.

Von ähnlichen Vorstellungen geprägt ist auch der Entwurf für eine Gesetzesvorlage, der in Parlamentskreisen gegenwärtig die Runde macht und voraussichtlich als Grundlage für eine entsprechende Gesetzesinitiative dienen wird, die Industrieminister Renato Altissimo in Aussicht gestellt hat. Zwar schweigt sich der Entwurf darüber aus, wie hoch die Beteiligungsquote der ausländische Partner in Zukunft maximal sein darf.

Um so deutlicher formuliert er die Garantien, die Auslandspartner gewähren müssen, wenn sie sich an italienischen Unternehmen beteiligen wollen. Unter anderem sollen Ausländer die Verpflichtung übernehmen, vorhandene Forschungsstätten in Italien zu belassen und hier alle Investitionen durchzuführen, die zur technologischen Erneuerung erforderlich sind, die Produktion und nicht nur die Montage oder den Vertrieb in Italien zu unterhalten und die für die Fertigung notwendigen Rohstoffe auf dem italienischen Markt einzukaufen.

Im Hintergrund der jetzt ins Auge gefaßten gesetzlichen Regelung der Partnerschaften mit und der Beteiligungen durch Ausländer steht – einer Erklärung des italienischen Industrieministers zufolge – das Desinteresse der italienischen Regierung an solchen ausländischen Investitionen, die lediglich auf eine Stärkung ausländischer Macht oder Marktpositionen in Italien gerichtet sind, hauptsächlich wenn sie sich auf Produktionszweige mit „geringem strategischem Wert, geringem Kapitaleinsatz und Verwendung armer Technologien" beziehen.

Um möglichen Kolonisierungstendenzen dieser Art einen Riegel vorzuschieben, ist in Regierungs- und Parlamentskreisen daran gedacht, bei Partnerschaften mit ausländischen italienischen und EG-Interessenten ein generelles Vorkaufsrecht einzuräumen.

Der Haken daran ist allerdings, wie viele der in letzter Zeit offenkundig gewordenen Fälle gezeigt haben, daß es zu wenige italienische Kapitalgeber gibt, um alle Sanierungswünsche zu befriedigen und die Vorstellungen von Internationalisierung, die meist weit über die EG-Grenzen hinausreichen, zu erfüllen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Handelsgespräche mit den USA ohne Einigung

Brüssel beklagt, daß die Amerikaner keine Kompromißbereitschaft zeigen

WILHELM HADLER, Brüssel

Deutlich verhärtet haben sich die Positionen im Handelsstreit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Washington. Bei ihren jährlichen Konsultationsgesprächen mit der EG-Kommission hat die amerikanische Regierung in der Frage der Importbeschränkungen für Stahlröhren keinerlei Bereitschaft zum Kompromiß erkennen lassen. In der Agrarpolitik steuert sie ganz offen einen Kurs an, der die Europäer von wichtigen traditionellen Absatzmärkten verdrängen soll.

Der Meinungsaustausch, an dem auf amerikanischer Seite Außenminister Shultz, Landwirtschaftsminister Block, Handelsminister Baldrige, Präsident Reagans Beauftragter für internationale Verhandlungen Brock und der Unterstaatssekretär im Finanzministerium McNamar teilnahmen, fand nach Angaben von EG-Präsident Gaston Thorn in einer erheblich angespannteren Atmosphäre statt als die vorausgegangenen Treffen im gleichen Kreis. Schuld daran waren offenbar nicht zuletzt kritische Äußerungen, die der designierte Kommissionspräsident Jacques Delors am Vortag an die Adresse der Amerikaner gerichtet hatte.

Delors hatte in einem Interview Beziehungen zwischen den USA und der EG als „abscheulich" charakterisiert und Washington Aggressivität und Selbstsicherheit vorgeworfen. Während früher Frankreich unter zu viel Ideologie gelitten habe, scheine die Ideologie nunmehr den Atlantik überquert zu haben. „Die Bibel in einer Hand, in der anderen Hand den Revolver" – so Delors – „ertrage ich nicht".

Gleich zu Beginn der Brüsseler Konsultationen sorgte daher Außenminister Shultz für eine harte Gangart, als er diese Kritik (ohne direkten Hinweis auf Delors) zurückwies und den entscheidenden amerikanischen Beitrag zur Sicherheit Europas hervorhob. Auch in der abschließenden Pressekonferenz klang auf beiden Seiten immer wieder Gereiztheit an.

Beim Thema Stahlröhren haben die EG und Washington nach den Worten Thorns „kein Terrain für eine Übereinkunft" gefunden. Auch in Kontakten am Rande der offiziellen Konsultationsrunde wurde klar, daß die amerikanische Regierung nicht einlenken will. Brock sagte vor der Presse: „Wir hatten eine Verabredung" (über die freiwillige Beschränkung europäischer Ausfuhren), „wir mußten deshalb handeln." Dieser Auffassung widersprach EG-Vizepräsident Davignon. Die Gemeinschaft betrachtet den einseitigen Einfuhrstopp als Gatt-widrig. Sie behalte sich entsprechend den internationalen Regeln das Recht auf Kompensationen vor.

Bereits heute wird der Rat des Genfer Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens auf Antrag der EG über den Streit beraten. Die Kommission hofft auf eine Empfehlung, Ausgleichsverhandlungen aufzunehmen, was ihr die Möglichkeit geben würde, den Amerikanern eine Liste mit handelspolitischen Kompensationsforderungen zu präsentieren. Sie berechnet den Schaden, der durch die Importbeschränkungen entstanden ist, bis Ende 1985 auf rund 700 Mill. Dollar.

Langfristig noch mehr Sorgen bereiten dürfte den EG-Politikern der von der amerikanischen Delegation angekündigte Kurswechsel in der Agrarpolitik. Der amerikanische Landwirtschaftsminister kündigte praktisch das in der Tokio-Runde erzielte Übereinkommen auf, wonach Agrarsubventionen so lange nicht beanstandet werden, wie der exportierende Staat die Beihilfen nicht zur Erlangung eines unangemessenen Maßanteils einsetzt. Washington hält seine Landwirtschaft für stark genug, auch ohne Subventionen konkurrieren zu können.

Block sagte, die neue US-Administration wolle den amerikanischen Bauern künftig weder Mengen noch Preise garantieren und auch keine Überschußprodukte mehr einlagern. Dafür werde sie sich aber dafür einsetzen, daß amerikanische Erzeugnisse freien Zugang zu den Weltmärkten erhielten und zwar unabhängig von traditionellen Marktanteilen anderer Länder.

US-AKTIENMÄRKTE

Der Jahresend-Spurt hängt von Diskont-Senkung ab

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein Aufatmen ging am Freitag durch die Wall Street, als die US-Zentralbank für November ein erneutes Anziehen der Industrieproduktion meldete. Mit 0,4 Prozent war das Plus zwar moderat, aber nach dem Rückgang um insgesamt ein Prozent in den beiden vorausgegangenen Monaten schien plötzlich die helle Konjunktursonne. Als ein positives Zeichen wurde auch die wieder größere Verschuldungsbereitschaft der amerikanischen Verbraucher gewertet, die eine Konsumpause eingelegt hatten. Netto nahmen sie im Oktober 6,3 Mrd. Dollar Ratenkredite auf, verglichen mit 4,3 (Mai 10,2) Mrd. Dollar im September.

Auf die Zahlen reagierten das Weiße Haus und die US-Aktienmärkte euphorisch. Für Larry Speakes, Präsident Reagans Sprecher, „sind jetzt die Aussichten für ein stetiges Wirtschaftswachstum im neuen Jahr exzellent". Institutionelle Anleger, auf die 80 bis 90 Prozent der Umsätze entfallen, starteten einen Spurt, dem später aber die Luft ausging, als weitere Daten den Übermut dämpften. Dennoch scheint die Talfahrt gestoppt: Nach einem Verlust von 57 Prunkten in den beiden Vorwochen stieg der Dow-Jones-Industrie-Index im Wochenverlauf um 12,70 (Freitag 7,07) auf 1175,91, der breitere Nyse-Index um 0,40 (0,50) auf 93,92 Punkte.

Ob sich das Wachstumstempo in Amerika wieder beschleunigt hat, wird sich am Mittwoch zeigen, wenn das Handelsministerium in Washington seine erste Blitzprognose für die Entwicklung des Bruttosozialprodukts im vierten Quartal freigibt. In der Juli/September-Periode betrug die reale Zunahme nur 1,9, im ersten Halbjahr jedoch 8,6 Prozent. Heute berichtet das Federal Reserve Board außerdem über die industrielle Kapazitätsauslastung. Was bedenklich stimmt, ist die im November um jeweils 0,3 Prozent gesunkene Produktion von Baumaterialien und Investitionsgütern. Außerdem liegt die Erzeugung immer noch um 0,6 Prozent unter dem August-Niveau.

Hinzu kommt, daß die Lagerbestände sich in den USA im Oktober um kräftige 0,8 Prozent erhöht haben, verglichen mit nur 0,1 Prozent im Vormonat. Hier wirkte sich das Weihnachtsgeschäft aus. Jetzt kommt es darauf an, daß die Umsätze mit den Beständen Schritt halten. Nach Auskunft des Einzelhandels entspricht der Dezember bisher jedoch nicht dem Novemberergebnis (plus 1,8 Prozent).

Es empfiehlt sich also, die US-Konjunkturlage mit großer Vorsicht zu beurteilen. Selten waren die Ökonomen so zerstritten, und die Voraussage des American Enterprise Institute, wonach 1985 eine Wachstumrezession wahrscheinlich ist, hat einiges Gewicht. Nur dann ist eine Börsenrallye sicher, wenn die Zentralbank den Diskontsatz wirklich senkt. Er beträgt zur Zeit 8,5 Prozent.

AUF EIN WORT

„Das Messejahr 1984 hat es deutlicher als je zuvor gezeigt: Immer mehr mittelständische Unternehmen nutzen mit Erfolg internationale Messen für den Kontakt mit neuen Märkten. Auch ganz kleine Firmen sollten den Zugang zu internationalen Messen suchen."

Dieter Ebert, Hauptgeschäftsführer der Messe- und Ausstellungs-Ges. m.b.H., Köln — FOTO: DIE WELT

BUNDESLÄNDER

Einnahmen sind wieder gestiegen

PETER JENTSCH, Bonn

Die günstige Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der Bundesländer in den ersten drei Quartalen dieses Jahres hat eine weitere Senkung des Finanzierungsdefizits um vier Milliarden auf 11,5 Milliarden Mark ermöglicht. Nach Darstellung des Bundesfinanzministeriums war zur Deckung dieses und des Vorjahresdefizits in Höhe von 1,1 Milliarden Mark eine Nettokreditaufnahme von neun Milliarden Mark notwendig.

Die Ausgaben der Länder erhöhten sich von Januar bis September gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 1,9 Prozent auf 161,7 Milliarden Mark. Zwar hat sich der Ausgabenzuwachs damit beschleunigt (I. Halbjahr plus 1,7 Prozent), das Ministerium rechnet aber nicht damit, daß in diesem Jahr der in den Haushaltsplanungen festgelegte Anstieg von 3,6 Prozent erreicht wird.

Die Einnahmen der Länder in Höhe von 150,9 Milliarden Mark lagen im Berichtszeitraum mit einem Zuwachs von 4,9 Prozent deutlich über dem Vorjahresniveau. Obwohl die jüngste Steuerschätzung den Ländern für dieses Jahr Mindereinnahmen hochrechnet, erwartet das Ministerium, daß insbesondere wegen des Mehraufkommens bei den nichtsteuerlichen Einnahmen die veranschlagte Einnahmesteigerung von 3,4 Prozent erreicht wird. Die Steuereinnahmen wuchsen in den ersten drei Quartalen um 6,2 Prozent auf 107,6 Milliarden Mark. Impulse kamen hier vor allem von den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, der Körperschafts- und der Umsatzsteuer.

EINZELHANDEL

Umsätze etwa auf Vorjahresniveau

DW. Köln

Das zusätzliche Weihnachtsgeschäft wird nach Schätzung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels (HdE), Köln, 19 Mrd. DM und damit vier Prozent vom Jahresumsatz betragen.

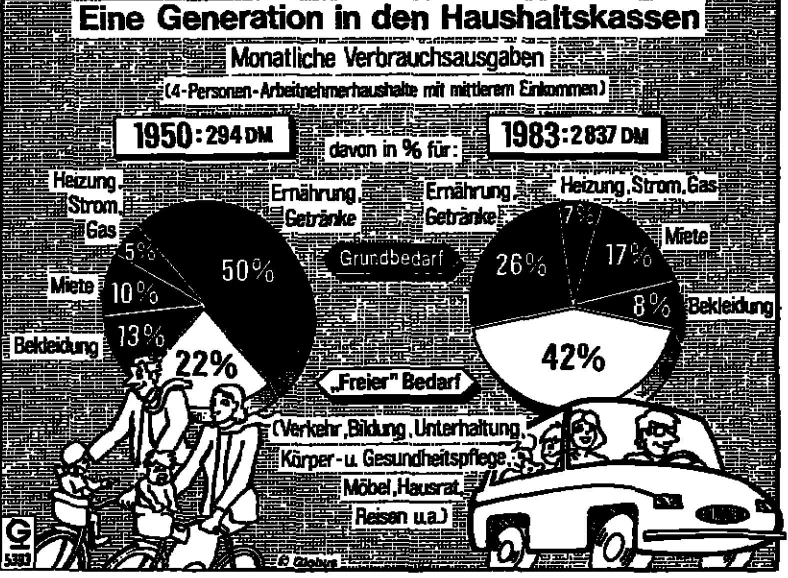
Das Ergebnis des dritten verkaufsoffenen Samstags lag bei den Warenhäusern überwiegend bei plus/minus Null bis leicht umsatzstärker und in wenigen Fällen unter den Umsatzzahlen des Vorjahres. Ähnlich war es an den einzelnen Wochentagen. Insgesamt rechnet die überwiegende Zahl der befragten Unternehmen mit plus/minus Null. Nur in Einzelfällen gibt es spürbar bessere Daten. So meldet Horten am dritten verkaufsoffenen Samstag gegenbüber dem vergleichbaren Vorjahres-Samstag ein Umsatzplus von neun Prozent.

Im Fachhandel gab es je nach Branche stark differenzierte Aussagen. Etwa 60 Prozent haben die Umsatzzahlen des Vorjahres erreicht. Rund 30 Prozent liegen bis maximal acht Prozent besser und etwa zehn bis sechs Prozent schlechter.

Der dritte verkaufsoffene Samstag bestätigte sich bundesweit als Geschenkartikelsamstag. Im Mittelpunkt standen Überraschungsgeschenke zwischen 40 und 70 Mark. Das gilt für Kleintextilien (Hemden, Krawatten, Schals, Handschuhe, Strumpfhosen). Zwischen 70 und 100 Mark waren Geschenkartikel im Glas-Porzellanbereich sowie Modeschmuck gefragt.

Der Gesamteindruck bei der HdE-Umfrage: Es wird qualitativ hochwertig in allen Bereichen gekauft, aber die Kunden trennen sich sehr überlegt von ihrem Geld.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Vor einer Generation war das Essen noch die Hauptsache – jedenfalls in den Haushaltskassen von Arbeitnehmerfamilien mit mittlerem Einkommen. Von den gesamten Verbrauchsausgaben entfiel die Hälfte auf Nahrungsmittel und Getränke. Ganz anders heute: Die privaten Verbrauchsausgaben waren 1983 mit 2837 DM zehnmal so hoch wie 1950. Für Essen und Trinken mußte nur noch gut ein Viertel des Haushaltsgeldes verwandt werden. QUELLE: GLOBUS

Beschwerden haben deutlich zugenommen

Berlin (dpa/VWD) – Nach einem leichten Rückgang im Jahre 1982 ist die Zahl der beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin, 1983 eingegangenen Beschwerden auf 18 358 (16 993) gestiegen. Betroffen davon waren nach dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht des Amtes fast alle Versicherungszweige mit Ausnahme der Sachversicherung und der Krankenversicherung. Dabei ging die Erfolgsquote deutlich zurück. So ist die Zahl der Beschwerden, denen nicht abgeholfen werden konnte, mit 64 (62,3) Prozent anteilmäßig und stückzahlmäßig größer geworden.

Preisanstieg schwächer

Paris (J.Sch.) – Der französische Preisanstieg hat sich nach noch vorläufigen Angaben im November gegenüber dem Vormonat auf 0,3 (0,7) Prozent abgeschwächt. Dies war das beste Monatsergebnis seit Dezember 1983. Die Inflationsrate ging gegenüber dem Vorjahr auf 6,9 (7,0) Prozent zurück, womit sie ihren niedrigsten Stand seit 11 Jahren erreichte, wie die Regierung betont. Allerdings liegt Frankreich noch über dem Inflationsdurchschnitt der OECD (zuletzt 5,1 Prozent), jedoch ist seine Inflationsdifferenz zu den wichtigsten Handelspartnern kleiner geworden.

Zu wenig Mittel verfügbar

Bonn (VWD) – Die Bundesregierung verfügt nicht mehr über ausreichende EG-Gelder, um die Zahlungsverpflichtungen für Interventionen, Prämien und Exporterstattungen zu bezahlen. Wie der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) mitteilte, hat das für die Zahlungen von Agrarexporterstattungen zuständige Hauptzollamt Hamburg-Jonas schon seit dem 13. Dezember keine Zahlungen mehr vorgenommen. Bis Anfang der nächsten Woche will die Bundesregierung die verfügbaren Mittel „zusammensuchen", um noch vor dem 20. Dezember wenigstens teilweise die Ansprüche der Unternehmen des Agrarexporthandels zu befrieden.

Mineralölverbrauch höher

Hamburg (dpa/VWD) – In der Bundesrepublik Deutschland zeichnet sich für 1984 nach einem vierjährigen Verbrauchsrückgang wieder eine geringfügige Erhöhung im Mineralölverbrauch ab. Nach einer Schätzung der Deutschen Shell AG, Hamburg, ist für das Gesamtjahr 1984 mit einem Inlandsabsatz von 102,3 (100,4) Mill. Tonnen zu rechnen, das sind 1,9 Prozent mehr als 1983.

Außenhandel mit Rekord

Den Haag (AFP) – Der Handelsaustausch zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland wird 1984 die 100-Mrd.-Gulden-Grenze überschreiten und bis Ende des Jahres die Rekordziffer von rund 108 Mrd. Gulden (95,04 Mrd. DM) erreichen, teilte in Den Haag die niederländisch-deutsche Handelskammer mit. Die Exporte in die Bundesrepublik werden sich dabei auf 64 Mrd. Gulden gegenüber 57 Mrd. im vergangenen Jahr belaufen.

Weg der Kurse

	14.12.	7.12.
Boeing	53,625	52,75
Chrysler	30,25	29
Citicorp	37,875	36
Coca-Cola	61,875	60,125
Exxon	43,50	43,75
Ford Motors	43,75	42,375
IBM	119,125	116,50
PanAm	4,25	4,125
US Steel	24,25	24,25
Woolworth	35,75	36,50

PFLEGEKRANKENVERSICHERUNG

PKV setzt auf Steuerpläne im nächsten Bundestag

HARALD POSNY, Köln

Die private Krankenversicherung rechnet nicht damit, daß noch während der bis Anfang 1987 laufenden Legislaturperiode des Bundestages die Beiträge für die private Pflegekrankenversicherung als steuerlich unbeschränkt abzugfähig anerkannt werden. Der Vorsitzende des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV), Heinrich Frommknecht, ist aber für die Zeit danach „durchaus nicht pessimistisch". Man erkenne in der Bonner Koalition eine breite Übereinstimmung in der Frage der Entlastung des Staates von Sozialhilfeleistungen.

Dafür biete sich angesichts der verschlechterten Altersstruktur der Bevölkerung mit zwei Millionen Menschen über 80 Jahre bis zum Jahr 1990 und rasant ansteigender Pflegebedürftigkeit von 28 Prozent dieser Altersgruppe eine eigenverantwortliche Pflegekrankenversicherung an. Sie erstattet die durch Pflegebedürftigkeit verursachten Kosten oder ein Pflegetagegeld oder beides in einer Kombination je nach dem, ob die Pflege stationär oder ambulant geleistet wird.

Ohne die heute meistens fehlende Abzugsfähigkeit der Beiträge bleibt nach Befürchtungen der PKV die breite Wirkung des Angebots aus. Nach der als sicher anzusehenden Genehmigung der Bedingungen durch die Aufsichtsbehörde will die Mehrzahl der Versicherer eigene Tarife vorstellen. Als „groben Anhalt" nannte Frommknecht für einen 50-DM-Pflegetagegeldsatz (bei Eintrittsalter von 30, 40 oder 50 Jahren) für Frauen einen Monatsbeitrag von 20 bis 25, 35 und 50 DM, für Männer von 18 bis 20, 28 und 45 DM.

GATT-JAHRESBERICHT / Stärkster Zuwachs des Welthandels seit 1976

Ostasien baut Position weiter aus

IRENE ZÜCKER, Genf

Der Welthandel ist 1984 um mindestens acht Prozent gewachsen; dies ist der stärkste Zuwachs seit 1976. Dies geht aus dem heute veröffentlichten Jahresbericht über den Welthandel 1983/84 des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in Genf hervor. Besonders dynamisch entwickelte sich der Handel mit Industriegütern (mehr als zehn Prozent Plus) sowie der Warenverkehr im pazifischen Raum. Im Jahre 1983 hatte sich der Welthandel um real zwei Prozent erholt, nachdem er sich auf Grund der Weltrezession in den beiden Vorjahren abgeschwächt hatte.

Trotz zahlreicher nicht tarifärer Handelshemmnisse expandierte das Geschäft mit elektronischen Produkten 1983 nominal um 13 Prozent auf über 100 Mrd. Dollar. Damit wurde erstmals der Welthandel mit Textilien und Bekleidung übertroffen, der geringfügig auf 91 Mrd. Dollar anstieg. Am stärksten expandierte der Sektor Computer und elektronische Bauelemente mit plus 20 Prozent.

Unterdurchschnittlich stiegen die deutschen Exporte (plus 4,5 Prozent) auf 8,56 Mrd. Dollar). Deutlich stärker expandierten die Importe (plus 11,3 Prozent) auf 8,87 Mrd. Dollar.

Der Weltautomobilhandel, die zweite Gruppe, die sich 1983 stark ausweitete, nahm auch 1984 mit knapp fünf Prozent auf 135 Mrd. Dollar zu. Die Bundesrepublik wurde als Exporteur von Japan wieder überholt, da es auf dem US-Markt stärker präsent ist. Trotzdem bleibt Deutschland der zweitgrößte Exporteur, doch die Ausfuhr ging um 4,7 Prozent auf 28,3 Mrd. Dollar zurück.

Ostasien hat seine Position weiter ausgebaut: Während der Anteil der Gesamtimporte aus dem pazifischen Raum in die USA 1963 nur 20 Prozent betrug, sind es heute über 47 Prozent. Dabei handelt es sich nicht nur um Japan sondern auch um Schwellenländer wie Hongkong, Singapur, Korea und Taiwan sowie China als Textillieferant.

Die starke wirtschaftliche Verflechtung Ostasiens mit den USA, vor allem im Bereich Elektronik und ihrer Weiterverarbeitung, hat dazu geführt, daß diese Länder von der Rezession weitgehend verschont blieben. Der innereuropäische Handel tendierte schwächte sich ab.

Auch in Osteuropa besteht nach Gatt eine Wachstumsschwäche. Die Importe stiegen nur um 2,5 Prozent, während die Öffnung des chinesischen Handels einen Importanstieg von 13 Prozent bewirkte, was vor allem den ostasiatischen Ländern zugute kommt.

Die anderen Entwicklungsländer hingegen in Lateinamerika und Afrika verzeichnen eine extrem schwache Exportsteigerung, da sie fast ausschließlich Rohstoffe exportieren.

EG / Kommission strebt gemeinsamen Werbe-Markt an

„Fernsehen ohne Grenzen"

HANNA GIESKES, Bonn

Europa soll zu einem gemeinsamen Markt für die Rundfunk- und Fernsehwerbung werden. Die Brüsseler Kommission bereitet den Entwurf einer entsprechenden Richtlinie vor, den sie im nächsten Jahr präsentieren will. In diesen Tagen hat eine Anhörung der betroffenen Verbände und Organisationen stattgefunden. Grundlage war ein Papier der Kommission mit dem Titel „Fernsehen ohne Grenzen".

Im Vordergrund der Brüsseler Vorschläge steht eine Liberalisierung des Werbemarktes im Bereich der elektronischen Medien. Voraussetzung dafür ist die Aufhebung von Beschränkungen in den Mitgliedstaaten, die mit der Marktwirtschaft nicht vereinbar sind. Vorsorglich hat die Kommission dafür etliche Jahre angesetzt.

Keine Beschränkungen soll es nach den Vorstellungen der Kommissare für die Werbung an Sonn- und Feiertagen und nach 20 Uhr geben. Gleichwohl wollen sie den Mitgliedstaaten weiterhin das Recht konzedieren, für inländische Sender schärfere Bestimmungen zu erlassen. Im Zentralausschuß der Werbewirtschaft in Bonn wertet man dies als „nicht akzeptable Inländer-Diskriminierung". Seine Vertreter haben der Kommission während des Hearings in Brüssel empfohlen, sich stärker für eine Liberalisierung der inländischen Vorschriften einzusetzen.

Werbesendungen, die 20 Prozent der gesamten Sendezeit nicht überschreiten, sollen nach den Plänen der EG-Kommission bei grenzüberschreitender Ausstrahlung von jedem Mitgliedstaat geduldet werden müssen. Die Kommissare weisen in ihrem „Grünbuch" jedoch selbst auf die Problematik der Festlegung einer solchen Obergrenze hin: Mit zunehmender Verbreitung der „neuen" Medien wachse die Zahl der Sender, die sich überwiegend oder ausschließlich aus ihren Werbeeinnahmen finanzieren müßten. Der europäische Verband der Werbewirtschaft hat während der Anhörung jegliche Obergrenze abgelehnt, „weil die künftige Vielfalt von Kabel- und Satellitenfernsehen Flexibilität erfordert" und weil die künstliche Beschränkung von Werbezeiten in mehreren Mitgliedstaaten – auch in der Bundesrepublik Deutschland – Zuteilungen erfordere mit der negativen Folge überhöhter Einschaltkosten.

Die im Kommissionspapier vorgeschlagene zeitliche Begrenzung der einzelnen Werbespots auf drei Minuten hält die Werbewirtschaft gleichermaßen für überflüssig. Willkürlich erscheint der Branche auch die Brüsseler Anregung, Werbesendungen in Blocks von höchstens zwölf Minuten zu „kasernieren".

CHINA / Regelung für den Umtausch heimischer in harte Devisen wird diskutiert

Mehr Anreize für Auslandsinvestoren

CHRISTEL PILZ, Bangkok

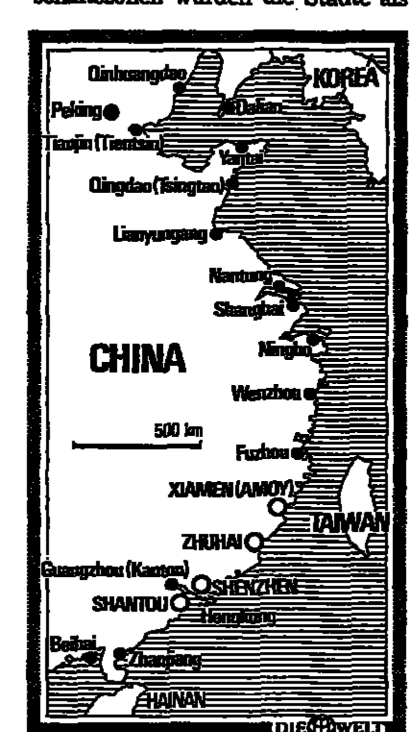
China will Auslandsinvestoren, die „fortschrittliche" Technologien transferieren oder Substitute für bisherige Importgüter produzieren, den Verkauf am einheimischen Markt öffnen. Dies erklärte Zhang Qi, Direktor der Abteilung für Auslandsinvestitionen im Pekinger Außenwirtschafts- und Handelsministerium. Sein Ministerium arbeite derzeit an einem Gesetzesentwurf, der den Anteil der am chinesischen Markt verkaufbaren Produktion festlegen soll. Zudem wolle man klären, welche Technologien in den einzelnen Industriezweigen als „fortschrittlich" erachtet werden. Parallel dazu laufen Diskussionen zu einer Umtauschregelung des chinesischen Renminbi in harte Währungen.

Unter der Führung von Deng Xiaoping hat China seit 1979 vier autonome „Sonderwirtschaftszonen" (drei im Süden der Provinz Guandong und eine in der Provinz Fujian) errichtet. Sie sollten Experimentierstationen sein für eine von der zentralen Planung gelöste und den Marktmechanismen ausgesetzte Wirtschaft sowie Standort für Auslandsinvestitionen und selbstverantwortliche internationale Handelsbeziehungen. Shenzhen, die erste von ihnen – jenseits von Hongkong – wurde so erfolgreich, daß sie heute als nationales Vorbild gilt. Manager und Kader aus allen Landesteilen werden zur Schulung nach Shenzhen geschickt, um zu sehen, was der Sozialismus auf die Beine bringt, wenn er sich der Motoren des Kapitalismus bedient.

Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben die vier Sonderwirtschaftszonen Auslandsinvestitionen in Höhe von 267 Mill. Dollar angezogen. Der Großteil ging nach Shenzhen, wo aus einer ehemals dürren Reisanbaulandschaft ein geschäftiges Mini-Hongkong entstand.

Insgesamt registriert Peking heute 1800 Auslandsinvestitionen, wovon 53 hundertprozentige Auslandstöchter, der Rest Gemeinschaftsunternehmen mit volksrepublikanischen Partnern sind. Die überwiegende Mehrheit der Auslandspartner sind Übersee-Chinesen. Doch zeigt sich seit 1982 wachsendes Investitionsinteresse westlicher Firmen.

Ermuntert von den Erfolgen der Sonderwirtschaftszonen hat Peking Anfang dieses Jahres seine Liberalisierungsstrategie zur Modernisierung seiner Industrie auf vierzehn Küstenstädte übertragen (s. Kasten). Die Städte, wozu auch Shanghai gehört, haben zusammen eine Bevölkerung von siebzig Millionen Menschen. Bisher produzieren sie fünfundzwanzig Prozent der gesamten natioalen Industrieproduktion. Wie die Sonderwirtschaftszonen wurden die Städte als „offen" für Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland erklärt.



Diese Politik gipfelte in dem einmütigen Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei vom 20. Oktober, das nationale Wirtschafts-System zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft" zu reformieren. Dem Reformentscheid folgte emsige Aktivität zur Vorlage neuer Gesetze, die bewährte Praktiken legitimieren und auf nationale Ebene übertragen sollen. Auslandsinvestoren konnten bisher nie sicher sein, ob Zusagen einer chinesischen Behörde von anderen Behörden akzeptiert werden würden.

Am 24. November traf die Zentralregierung eine weitere grundlegende Entscheidung, nämlich die nationalen Devisenreserven nicht länger zu horten; so will Peking in den nächsten drei bis fünf Jahren 14,2 Mrd. Dollar für den Import hochtechnologischer Anlagen ausgeben. Zur Zeit hat Peking 16,5 Mrd. Dollar in der Devisenkasse angehäuft.

Ein großer Teil der Devisenausgaben dürfte auf den Sektor der Telekommunikation entfallen. Peking plant den Ausbau seines Telefonnetzes von derzeit nur fünf Millionen auf 39 Millionen Anschlüsse im Jahr 2000. Schon 1985 werden Peking, Shanghai, Canton und Tianjian den internationalen Selbstwählferndienst erhalten.

Aufgrund dieser Entwickungen erwarten Beobachter einen neuen Boom im chinesischen Auslandsgeschäft. Einen Hinweis dafür ergab ein Investitionssymposium, das die vierzehn Küstenstädte im November in Hongkong abhielten. Geschäftsleute mit Chinaerfahrung aber warnen, daß wegen der enormen Konkurrenz der Chinesen um Beziehungen mit Auslandsfirmen diese ihre einheimischen Partner und deren Projekte gründlicher denn je studieren müssen.

AGRARPOLITIK / Kronberger Kreis fordert Reform

Weniger staatliche Eingriffe

HENNER LAVALL, Bonn

Die von Politikern gern aufgestellte Behauptung, „die Agrarpolitik der EG ist die einzige gemeinsame Politik", verberge nur, daß es sich in Wirklichkeit umgekehrt verhalte. „Der Agrarmarkt ist tatsächlich der am wenigsten integrierte Markt", halten die Wissenschaftler des Kronberger Kreises dagegen. In der jüngsten Schrift „Für eine neue Agrarordnung", deren Herausgeber die Professoren Engels, Gutowski, Hamm, Möschel, Stützel, von Weizsäcker und Willgerodt sind, wird auf die gravierenden Fehlentwicklungen der EG-Politik hingewiesen.

Zum Beispiel sei der Agrarmarkt der einzige Wirtschaftsbereich in der Gemeinschaft mit eigenen Wechselkursen. Diese künstlichen (weil von den Devisenmärkten staatlich abgeschirmt) und falschen (weil auf einem Stand früherer Zeiten konserviert) Kurse, hätten den EG-Agrarmarkt schon sehr früh wieder in nationale Teilmärkte aufgesplittet.

Auch die Einführung sogenannter Marktordnungen habe den gemeinsamen Markt ausgehöhlt und zudem zu verlustbringenden Überschüssen geführt. So sei der Selbstversorgungsgrad bei landwirtschaftlichen Produkten auf jetzt 108 Prozent angestiegen. Die direkten Kosten zur Stützung der Landwirtschaft würden im laufenden Jahr mit 41,7 Milliarden Mark dreimal so hoch liegen wie 1973 und sichtbare und unsichtbare Kosten (Subventionen und erhöhte Verbraucherpreise) zusammen machten 1984 rund 213 Millarden Mark aus.

Das Schlimme daran: Den Bauern kommen davon nur 25 bis 30 Prozent direkt zugute, der weitaus überwiegende Teil „versickere" in anderen Teilen der Agrarwirtschaft und (über Exportsubventionen) in anderen Ländern. So subventioniere der Bürger als Steuerzahler und als Verbraucher die europäische Landwirtschaft im Durchschnitt jährlich mit 38 722 Mark je Bauernhof, der deutsche vollberufliche Landwirt habe aber nur ein Reineinkommen von durchschnittlich 33 791 Mark.

Hierfür und für alle anderen Fehlentwicklungen, die die Finanzen der Gemeinschaft permanent anspannen, suchten die Politiker „pausenlos nach Entschuldigungsgründen" heißt es weiter, ohne ernsthaften Willen, etwas daran zu ändern. Die Agrarpolitik drohe dadurch zum „Sprengsatz der Gemeinschaft" zu werden. Helfen könne jetzt nur noch eine „wirkliche Reform": hin zu mehr marktwirtschaftlich organisierten Agrarmärkten mit freier Preisbildung, weg von regulierten Märkten mit staatlicher Preisfestsetzung. Die Vorschläge des Kronberger Kreises dazu lauten unter anderem:

- Die Stütz- und Garantiepreise für Überschußprodukte senken.
- Die Mitverantwortungsabgaben der Landwirte streichen.
- Produktbeihilfen schrittweise abschaffen und produktionssteigernde Investitionen nicht mehr subventionieren.
- Auf zusätzliche Markteingriffe verzichten.
- Mit einer Überbrückungshilfe ein Auffangnetz spannen, aber nur in Sonderfällen ständige Beihilfen zahlen.
- Den Währungsausgleich entbehrlich machen.
- Europa finanziell kurz halten.

Die Agrarpolitik der EG werde sonst immer mehr zu einem Marsch in den staatlichen Dirigismus. Am Milchmarkt habe die Landwirtschaft den „Weg in die neue Knechtschaft" schon ein wenig kennengelernt. Die „Operation an der Preisstützungspolitik" sei zwar schmerzlich, aber nur so könne die altbewährte Tradition der bäuerlichen Freiheit und des selbständigen Unternehmertums zurückgewonnen werden.

MÜNCHNER MESSE / Über Hannovers Pläne gelassen

Für Neues kaum Spielraum

DANKWARD SEITZ, München

Mit Gelassenheit betrachtet man bei der Münchner Messe- und Austellungsgesellschaft die Entscheidung der Hannover-Messe, den CeBIT-Bereich aus der alljährlichen großen Investitionsgüter-Show herauszulösen und zu verselbständigen. Nach Ansicht von Hauptgeschäftsführer Werner Marzin werden damit allerdings, weil Hallenkapazitäten frei werden, „die Karten des deutschen Messewesens neu gemischt". Daß München dem nicht tatenlos zusehen wird, kann man sich denken, auch wenn Marzin betont, für neue Veranstaltungen gebe es kaum mehr Spielraum.

„Akuter denn je" droht nach Ansicht von Marzin im nächsten Jahr die für überwunden geglaubte „Inflationierung von Veranstaltungen". Dem will München mit einer Weiterentwicklung des marktpolitischen Konzepts erfolgreich begegnen.

Als „solide" Ausgangsbasis dafür bewertete Marzin das gute Ergebnis des Jahres 1984, das der Unternehmensgruppe Messe München International (MMI) einen Umsatzzuwachs von 5,3 Prozent auf 170,5 Mill. DM brachte. 20 Fachmessen wurden durchgeführt, zu denen über 23 800 Aussteller (plus 15,6 Prozent) aus 77 Ländern und über 2 Mill. Besucher (plus 5,3 Prozent) kamen.

Den größten Anteil daran hatte mit 60 Prozent wieder die Münchner Messe- und Ausstellungsgesellschaft (MMG). Im 20. Jahr ihres Bestehens kam sie auf einen Umsatz von rund 102 (93,4) Mill. DM. Die Mode-Woche-München steuerte 19 (17) Mill. DM Umsatz bei und die Gesellschaft für Handwerksausstellungen und -messen rund 22,5 (23,5) Mill. DM. Die Internationaler Messe- und Austellungdienst GmbH setzte mit 27 (28) Mill. DM wegen des harten Wettbewerbs, so Marzin, etwas weniger um als im Vorjahr.

ÖSTERREICH / Währung steht trotz Dollarstärke besser da als vor dreißig Jahren

Schilling feiert seinen 60. Geburtstag

dpa/VWD, Wien

Der österreichische Schilling – im Volksmund auch anerkennend „Alpendollar" genannt – hat Geburtstag. Am 20. Dezember 1924 wurden der Schilling und sein „Untergebener", der Groschen, als neue Währung eingeführt und lösten die seit 1892 bestehende Krone zu einhundert Heller ab. Sie war durch die dem Ersten Weltkrieg folgende Inflation auf den 14 400sten Teil abgewertet worden. In einer schmerzlichen Gesundschrumpfungs-Operation, wie sie etwa auch nach dem Zweiten Weltkrieg die Geburt der harten D-Mark einleitete, wurden 10 000 Papierkronen gegen einen Schilling getauscht.

Eine Goldkrone – ein Kilo Gold kostete damals 6000 Schilling – wurde mit 1,41 Schilling gehandelt. Sie konnte man noch bis 1937 umwechseln. Die Währungsreform dämmte zwar die Inflation ein, während der ein Laib Brot 1922 mit 5700 Kronen bezahlt werden mußte, wurde aber auch für die große Zahl der Insolvenzen und die zunehmende Arbeitslosigkeit mitverantwortlich gemacht. Das rund sechs Millionen Einwohner zählende Österreich blickte damals auf 3000 Pleiten im Jahr und brachte es 1933 auf 400 000 registrierte Arbeitslose.

Der Schilling blieb Währung, solange es noch Österreich gab. Mit Ende der Ersten Republik tauchte auch er unter und wich nach dem Anschluß an Nazi-Deutschland der Reichsmark. Drei Schillinge mußten für zwei Mark in die Bankschalter gereicht werden. Die Gold- und Devisenreserven Österreichs wurden der Deutschen Reichsbank einverleibt. Im November 1945 entstieg der Schilling den Trümmern des Zweiten Weltkrieges. Aber auch er mußte bald eine Inflationsbremse über sich ergehen lassen.

Am 19. November 1947 beschloß die Regierung der Zweiten Republik eine drastische Verringerung des Geldumlaufs und erlaubte der Bevölkerung pro Kopf den Umtausch von 150 Schilling im Verhältnis 1:1 alte gegen neue Schillinge. Der Nennwert des übrigen Umlaufs wurde auf ein Drittel vermindert und Sparguthaben nur zum Teil in Bundesschatzscheine umgewandelt.

Im Verkehr mit dem Ausland stand der Schilling vor 30 Jahren schlechter da als derzeit trotz des Dollar-Höhenfluges. Im Mai 1953 zahlte man 26 Schilling für einen Dollar verglichen mit 19 bis 22 im Herbst 1984. Im 60. Geburtsjahr des Schillings betragen die Goldreserven der Österreichischen Nationalbank mit 650 Tonnen das Zweifache des Nominalwertes aller ausgegebenen Noten.

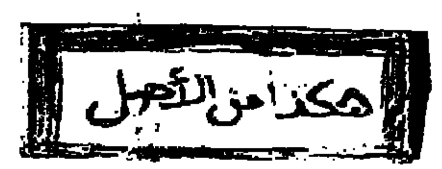
Dazu kommen Devisenreserven in Höhe des Geldumlaufes. Gehört neben dem Schweizer Franken und der D-Mark der Schilling zu den stabilsten Währungen Europas und der Welt, so ist die Relation zur Mark heute das Hauptanliegen der Währungswächter.

RENTENMARKT / Spekulanten suchen Geld

Weiterhin viel Zuversicht

Die Aktivitäten der Anleger sind weitgehend erlahmt. Die Banken und die meisten institutionellen Investoren haben ihre größeren Dispositionen für 1984 bereits abgeschlossen. Vereinzelt kommen aber noch Daueremittenten an den Markt, um Aktivgeschäfte zu refinanzieren; dabei handelt es sich vermutlich um Transaktionen, die in der Hoffnung auf einen weiteren Zinsrückgang aufgeschoben worden waren. Da die Anleger ihre Bücher schon geschlossen haben, stoßen diese Emissionen auf wenig Gegenliebe. Das ist auch der Grund dafür, daß die Emissionsrenditen von Inhaberschuldverschreibungen der Daueremittenten in dieser Woche um rund 0,05 Prozentpunkte gestiegen sind, obwohl der Markt in Erwartung eines Aufschwungs im Januar Zuversicht ausstrahlt. (cd.)

Emissionen	14.12. 84	7.12. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,63	6,61	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,77	6,77	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,62	6,62	7,83	7,61	10,28
Schuldverschreibungen der Industrie	7,02	7,01	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,69	6,70	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,40	6,44	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,16	7,18	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,68	6,69	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,26	7,25	8,08	8,45	10,32



Köhler wird 65

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Fast ein Vierteljahrhundert hat Dr. Herbert W. Köhler, der heute 65 Jahre alt wird und sein Amt als Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie aufgibt, das Schicksal deutscher und europäischer Stahlpolitik entscheidend mitbestimmt. Ein Berufsleben zwischen Politik und Wirtschaft, das er als CDU-Bundestagsabgeordneter fortsetzt.

Ein Berufsleben mit Höhen und Tiefen. Eindrucksvoll kommt es in der stattlichen Festschrift zum Ausdruck, die ihm zahlreiche Wegbegleiter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft widmeten. Er kann es als Genugtuung empfinden, daß er als früher, tatkräftiger und eloquenter Mahner und Mitgestalter des Aufbruchs der deutschen Stahlindustrie zu größeren Unternehmensstrukturen recht behalten hat. Getäuscht hat er sich, wie wohl alle, über das Ausmaß des Subventionswahnsinns in der EG-Stahlindustrie. Ein Mahner für die Rückkehr zur Vernunft wird Köhler in Bonn weiterhin bleiben.

NAMEN

Dr. Wilhelm Bergmann, Generalbevollmächtigter der Continental Gummiwerke AG, Hannover, ist in den Vorstand berufen worden.

Dr. **Otto Schmidt**, früherer Staatsminister und Gesellschafter des Verlages Dr. Otto Schmidt KG, Köln, ist am 12. Dezember im Alter von 82 Jahren gestorben.

Wolfgang Richter (42), bisher Niederlassung München, wurde zum 1. Januar 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Wayss & Freytag AG, Frankfurt, bestellt.

LEBENSMITTEL / Zum Weihnachtsfest ist das Angebot wegen des harten Wettbewerbs preisgünstig

Die Verbraucher decken sich rechtzeitig ein

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Der harte Preiswettbewerb auf dem Lebensmittelmarkt, der im Jahresschnitt nur eine reale Preissteigerungsrate von rund einem Prozent zuließ, setzt sich auch im Vorweihnachtsgeschäft fort. Der Verbraucher darf sich freuen, denn nur wenige der Festtagsangebote liegen preislich über denen des Vorjahres. Zudem hat auch der Handel nicht versäumt, diese Angebote rechtzeitig zu präsentieren, denn der Dezember 1984 hat zwei verkaufsoffene Tage weniger als der des Jahres 1983.

Der Kalender spielt überhaupt eine wichtige Rolle bei der Einkaufsplanung. Da der Heilige Abend auf einen Montag fällt, werden die Weihnachtseinkäufe spätestens am vorangegangenen Wochenende getätigt sein, was weitgehend auch für den Festtags-Speisezettel gilt. In den wenigen verkaufsoffenen Stunden am Montag dürfte allerdings die Nachfrage nach Frischartikeln wie Obst und Gemüse und vor allem Molkereiprodukten nochmals einen Höhepunkt erreichen. Für den Einzelhandel und vor allem für den ihn versorgenden Großhandel bedeutet das ein logistisches Problem erster Ordnung, dessen Lösung schon jetzt generalstabsmäßig vorbereitet wird.

Daß es auch beim Verbraucher selbst nicht ohne längerfristige Planung geht, beweist sein vorweihnachtliches Einkaufsverhalten. So hat sich in diesem Jahr der deutliche Trend des Vorjahres bestätigt, den Festtagsbraten wesentlich früher einzukaufen als in der Vergangenheit. Das gilt ganz besonders für Wild und Geflügel, obwohl in beiden Bereichen das Angebot sehr reichlich ist.

Besonders Hafermastgänse bester Qualität sind in großen Mengen auf dem Markt, da die Polen wieder voll mit von der Partie sind. Ausreichend ist auch das Angebot an Entenbraten als preisliche Alternative. Hier überrascht allerdings die große Nachfrage nach Flugenten, die sich wegen ihres hohen Fleischanteils wachsender Beliebtheit erfreuen, was sich jedoch auch im Preis niederschlägt. Geringfügig gestiegen sind die Preise für Puter, da das Angebot leicht rückläufig ist.

Zu den im Preis gestiegenen Artikeln gehören auch die meisten Nußsorten. Hier wirken sich ungenügende Ernteergebnisse negativ aus. Das betrifft Haselnüsse und Walnüsse, vor allem die kalifornischen Importe, die im Wettbewerb mit den französischen Grenobler Nüssen stehen. Mandeln sowie Sultaninen und Korinthen sind dagegen preiswerter als im Vorjahr, bei letzteren drücken die EG-Überkapazitäten auf den Markt.

Erfreuliches ist auch aus dem Fruchtsektor zu berichten, für den bundesdeutschen Einzelhandel übrigens 1984 eines der wenigen Wachstumssegmente. Die Anrainerstaaten des Mittelmeeres von Spanien und Marokko bis Israel haben bei Zitrusfrüchten wie Orangen, Clementinen und Grapefruits gute Ernteergebnisse erzielt, die Qualität der Produkte wird als durchweg hervorragend bezeichnet. Allerdings sind die Früchte zumeist etwas kleiner als üblich.

Dank guter Ernten gibt es auch ein reichhaltiges Apfelangebot zu günstigeren Preisen, einige besonders beliebte Sorten wie Holsteiner Cox und *Cox Orange allerdings ausgenommen.*

Kaum gestiegen sind auch die Preise für Bananen, vor dem Hintergrund des hohen Dollarkurses sicher eine Überraschung. Übrigens ist das mengenmäßige Importvolumen dieser gelben Früchte innerhalb Jahresfrist um 19 Prozent gestiegen, ein Beweis für ihre steigende Beliebtheit.

BRZ-BANK / Die Risikovorsorge wird verstärkt

Anschluß an gutes Vorjahr

DANKWARD SEITZ, München

Die hohen Zuwachsraten der Bilanz des Vorjahres wird die Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG (BRZ-Bank), München, 1984 zwar nicht erreichen, aber dennoch an das gute Ergebnis anknüpfen können. Für Vorstandsvorsitzenden Konrad Vilgertshofer Grund genug, mit der Geschäftsentwicklung zufrieden zu sein. Trotz des leichten Drucks auf die Zinsspanne, sie liegt derzeit etwas über 1,5 Prozent, werde der Zinsüberschuß fast so hoch wie 1983 ausfallen. Das Gesamtergebnis könnte sogar wegen des geringeren Bedarfs an Wertpapierabschreibungen von rund 3 (20) Mill. DM noch besser ausfallen, doch statt dessen soll stärkere Risikovorsorge betrieben werden.

So zeigte sich Vilgertshofer auch jetzt schon davon überzeugt, daß die Aktionäre neben der unveränderten Dividende von 8 Prozent wieder mit einem Bonus von 4 Prozent rechnen können. Eine Kürzung der Ausschüttung ist auszuschließen, weil man der Hauptversammlung im Frühjahr 1985 eine Kapitalerhöhung vorschlagen will. Unter Ausnutzung des genehmigten Kapitals soll das Grundkapital um 32,5 Mill. auf 162,5 Mill. im Verhältnis 4:1 aufgestockt werden. Der Ausgabekurs ist zwar noch nicht festgelegt, jedoch sieht Vilgertshofer keinen Grund, unter den Kurs der letzten Kapitalerhöhung (180 Prozent) zu gehen.

Die Bilanzsumme der BRZ-Bank hat sich in den ersten elf Monaten 1984 gegenüber Jahresanfang um rund 10 Prozent auf gut 18 Mrd. DM erhöht. Dabei lagen die Verbindlichkeiten gegenüber Raiffeisenbanken nur wenig verändert über 6,5 Mrd. DM, während die gegenüber anderen Banken um 1,0 Mrd. DM auf 6,4 Mrd. DM stiegen und die Kundeneinlagen auf 2,7 (2,6) Mrd. DM. Beim Kundenkreditgeschäft spürte man bei sinkendem Zinsniveau eine deutliche Belebung um 800 Mill. auf rund 5,3 Mrd. DM. Die Ausleihungen gegenüber Raiffeisenbanken erhöhten sich dagegen nur um lediglich 100 Mill. auf 4,7 Mrd. DM.

Zur Stärkung ihres Wertpapiergeschäfts, das 1984 einen Umsatz von deutlich über 8 Mrd. DM aufweisen wird, hat die BRZ-Bank zusammen mit der DG-Bank und anderen genossenschaftlichen Zentralbanken eine *eigene US-Brokergesellschaft*, die European Securities Corp., gegründet (Beteiligung: 10 Prozent), die in Kürze ihre Geschäfte aufnehmen soll.

Höhere Beteiligung an Keramchemie

dpa/VWD, Essen

Das Chemieunternehmen Th. Goldschmidt AG, Essen, wird Anfang 1985 von der Harpen AG, Dortmund, 45 Prozent der Anteile an der Keramchemie GmbH, Siershahn, übernehmen und damit die Beteiligung an dieser Firma auf 95 Prozent ausdehnen. Der Aufsichtsrat, so heißt es in einem Goldschmidt-Aktionärsbrief, habe dieser Transaktion zugestimmt. Das in Keramikproduktion, Anlagen- und Kunststofftechnik tätige Westerwälder Unternehmen setzte 1983 mit 1314 Beschäftigten 153 Mill. DM um. Sein *Stamm*kapital beträgt 24 Mill. DM.

Die auf Entwicklung und Herstellung chemischer Spezialitäten ausgerichtete Goldschmidt-Gruppe konnte ihren Umsatz in den ersten zehn Monaten dieses Jahres gegenüber 1983 um ein Prozent auf 626 Mill. DM steigern. Bei Bereinigung um die 1984 erworbenen Beteiligungen Hansa Textilchemie GmbH, Bremen, und Energeco S.P.A., Rom, sowie um das verkaufte Arbeitsgebiet Kunststoffe betrage der Zuwachs 14 Prozent. Das wirtschaftliche Ergebnis sei „besser *als im Vorjahr". Die Zahl der* in der Goldschmidt-Gruppe beschäftigten Mitarbeiter lag Ende Oktober bei 3412.

Rawe auf dem Weg der Besserung

dos. Nordhorn

Mit einem nur leicht negativen Ergebnis rechnet die Geschäftsführung des Nordhorner Textilunternehmens, B. Rawe GmbH & Co. für 1984.

Das mit erheblichen Problemen kämpfende Unternehmen *hatte* im Herbst dieses Jahres vom Land Niedersachsen eine Bürgschaft von 5 Mill. DM erhalten. Inzwischen habe die Sanierung „deutliche Erfolge gebracht". Seit September, so heißt es in einer Mitteilung, seien die Umsätze sprunghaft angestiegen. Rawe rechnet mit Umsatzerlösen von 173 (150) Mill. DM.

Die vorgesehene Schließung des Veredelungsbetriebs (Färben und Drucken von Stoffen) sei ad acta gelegt. Der Erfolg der neuen Kollektion habe zu einer guten Auslastung des Betriebs geführt.

Hansjürgen Sievers, der von den Gläubigerbanken bestellte Rawe-Generalbevollmächtigte, geht davon aus, daß bereits 1985 ein positives Ergebnis erzielt wird. Dazu beitragen soll auch die Reduzierung der Belegschaft um 140 auf 1270 Mitarbeiter bis Ende März 1985.

Ein *Großteil* des Abbaus resultiert aus der Zusammenlegung zweier Webereien, die auch die Ertragsstruktur bei Rawe verbessere.

BAYWA / EG-Beschlüsse bewirken Absatzeinbußen

Brüssel nicht kalkulierbar

DANKWARD SEITZ, München

Auf ein „nicht erfreuliches Jahr 1985" stellt sich der größte deutsche landwirtschaftliche Warenverteiler, die BayWa AG, München, ein, nachdem mit der Reform der EG-Agrarpolitik die Einkommen in der Landwirtschaft teilweise kräftig beschnitten worden sind. Mit Realismus müsse man, so der Vorstandsvorsitzende Otmar Wasmer, die ökonomischen Auswirkungen der Milchkontingentierung ebenso erkennen wie die Tatsache, daß „der Getreidemarkt zu einer Terra incognita geworden ist und den Futtermittelmarkt nachhaltig beeinträchtigt". Seine Hoffnungen richten sich nur noch darauf, daß ein weiteres Absinken der bäuerlichen Einkommen aus politischen Gründen nicht zustandekommt.

Die bisherige EG-Agrarplitik ist nach Ansicht von Wasmer „praktisch beendet, Brüssel nicht mehr kalkulierbar". Die teils rigorosen Eingriffe verlangten der betroffenen Wirtschaft einiges ab. Für die BayWa bedeute dies, zu versuchen, ihr Marktpotential auszuschöpfen und alle Möglichkeiten der Kostensenkung konsequent zu nutzen. Unter anderem werde auch der Belegschaftsabbau weitergehen müssen, nachdem bereits in den letzten fünf Jahren die Zahl der Mitarbeiter um 4000 auf etwa 10 800 gesunken ist.

Schon im laufenden Jahr wird die EG-Politik der BayWa einen Strich durch die Erwartungen machen, die positive Entwicklung des Vorjahres wenigstens teilweise fortsetzen zu können. Um ein bis drei Prozent wird der Umsatz, so Wasmer, gegenüber 1983 (5,95 Mrd. DM) zurückgehen. Dies werde auch nicht ohne Auswirkungen auf das Ergebnis bleiben, wenn man auch davon ausgehe, den „üblichen" Dividendensatz (6,4 Prozent) beibehalten zu können.

Recht unterschiedlich verlief dabei in den ersten elf Monaten 1984 die Entwicklung in den einzelnen Geschäftssparten. Vor allem der Absatz der diesjährigen guten Getreideernte sei nicht leicht. Der Umsatz liege hier wie auch in den Bereichen Baustoffe, Pflanzenschutz, Hobby und Garten noch knapp unter dem Vorjahresniveau. Positiv war der Trend bei Ölfrüchten, Kartoffeln und Mineralöl.

Umsatzeinbußen mußte die BayWa nach Angaben von Wasmer in den Sparten Landtechnik und Futtermittel hinnehmen. Bei ersterer habe sich gezeigt, daß 1983 ein Ausnahmejahr war. Mit einem Minus von gut zehn Prozent stehe man im Vergleich zur Branche noch nicht einmal schlecht da. Voll durchgeschlagen haben schon die EG-Beschlüsse bei Futtermitteln. Insgesamt reduzierte sich der Mengenumsatz um zehn Prozent, wobei sich für Kraftfutter ein Minus von 25 Prozent ergab.



KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Lothar Martin GmbH; Lothar Martin GmbH & Co. KG; **Bad Segeberg:** Sindermann Zahntechnik GmbH; **Beckum:** Becker Engineering GmbH; **Bergisch Gladbach:** W. Conrad GmbH & Co. KG, Wermelskirchen; **Bremen:** August Kreinjobst GmbH & Co. KG; **Cuxhaven:** Sport-Shop Cuxhaven GmbH; **Detmold:** EIKOSA Zuckerwarenges. mbH, Bad Salzuflen; **Duisburg:** Teichmann Baugesellschaft GmbH & Co. Bauträger KG, Oberhausen; Teichmann Verwaltungsgesellschaft mbH, Oberhausen 1; **Essen:** Meister-Elektro-GmbH; **Fulda:** Zahntechnisches Laboratorium Ellwood Herrmann GmbH; **Gelsenkirchen:** S + W Elektrogroßhandels-GmbH; **Gummersbach:** Luise Kilthau geb. Lienkämper; **Hagen:** Georg Kruska, Kaufmann; **Hamburg:** Grube Bauausführungen GmbH; August Pohl (GmbH & Co.); **Idar-Oberstein:** Stefan Klein; **Kassel:** Nachl. d. Folkmar Prützmann; **Ravensburg:** Karl-Josef Mathes, Zimmereigeschäft, Herbertingen-Hundersingen; **Regensburg:** Gerhard Honke, Wenzenbach; **Schwarzenbek:** Peter Holst – Tiefbau – Straßenbau – Ingenieurbau GmbH, Geesthacht; **Villingen-Schwenningen:** Franz Teppert, Königsfeld 6; **Wesel:** RSE Rohrleitungs- u. Stahlbau GmbH, Dinslaken; Elektro Josef Rademacher GmbH, Hamminkeln.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Beckum: Friedhelm Schiwiaka, Oelde 1; **Esslingen:** Haug & Cie.

Vergleich eröffnet: Schleiden: Hans Hebs, Bäckermeister, Nettersheim.

Vergleich beantragt: Essen: Weigel GmbH.







Thesen und Antithesen um eine Legende: Wo ruht der Nibelungenschatz?

Waren es Hunnen oder nur Hünen?

Zwar schleudert der grimme Recke Hagen, präziser: sein Denkmal, das ganze Nibelungengold zu Worms in den Rhein. Doch kommen für die Meintat nach gängiger Heimatforscher-These eigentlich nur zwei andere Stellen in Betracht: Bei der Rheininsel Kühkopf vor Oppenheim oder im Rheinknick bei Gernsheim; nur dort ist der Fluß ganzjährig tief genug, um ein Unterwasserdepot sicher zu bergen.

Wer sucht, der findet. Der Städteplaner Dr. Hans Jacobi fand nach jahrelanger Mühe zu Anfang der siebziger Jahre einen im 13. Jahrhundert abgegangenen Weiler namens Lochheim, der direkt beim Gernsheimer Knick lag. Heißt es nicht im Liede: „Er ließ ihn zu Loche versenken im Rhein"?

Unglaublich – aber wahr? Reportagen und Gespräche über Legenden und Tatsachen. Das Nibelungenlied – ARD, 16.10 Uhr

Freilich, trotz einer Wünschelrute vom Hubschrauber aus, trotz moderner Infrarotfotografie, der Nibelungenschatz blieb verborgen, blieb die Bijouterie der Rheintöchter.

Liegt also die Bonanza des gemordeten Drachentöters vielleicht an einem ganz anderen Ort? Ja, antwortet aus vollem Germanistenherzen der Sagenspezialist Dr. Heinz Ritter aus dem ostwestfälischen Schaumburg. Pietätlos stellt er die vom Freskenmaler Schnorr von Carolsfeld in der Münchner Residenz festgepinselte, von Richard Wagner musikalisch gesalbte, von hundert Verkehrsämtern vermarktete Nibelungenstory auf den Kopf.

Für Ritter kommen die Burgunder (Nibelungen) nicht aus Worms, sondern aus Zülpich in der Nordeifel, das unsereiner bislang nur als Geburtsort des Sangeshelden Heino kennt. Sie reiten auch nicht auf der „Nibelungenstraße" über Lorsch, Amorbach, an Ansbach und Eichstätt vorbei zur Donau. Ritters Nibelungen machten es bescheidener: Von Zülpich marschierten sie stracks zum Rhein, den sie im Raum Leverkusen überquerten, um dann, vorbei an Altenberg („Bakalar") und Dortmund („Thorta"), bis nach Soest vorzustoßen, alles in allem eine recht kurze Reise von rund 200 Kilometern.

Sein großes Wissen schöpft der westfälische Entdecker aus der schwedischen Thidrekssaga, die vermutlich im 10. Jahrhundert (mithin 300 Jahre vor dem Nibelungenlied) zu Pergament gebracht wurde. Angel- und Ausgangspunkt ist für ihn der Flußübergang, schon im Nibelungenlied selbst ein dramaturgisches Gelenkstück. König Gunthers Treck hat, so Ritter, niemals die Donau, sondern nur den Rhein überquert – und zwar bei der Einmündung des Flüßchens „Duna" (heute Dhünn). Durch schlichte Verwechslung geriet „Donau" ins Bild, und mit der Donau als Determinante ergaben sich zwangsläufig alle weiteren Fehlinterpretationen: Passau, Pöchlarn, Melk, Wien – bis zur Metzelei aus der Etzelsburg über Gran, dem jetzigen ungarischen Esztergom.

Für Ritter ist Etzel dann logischerweise kein Geringerer als der Riesenhäuptling Attala, der von Soest aus nicht über Hunnen, wohl aber über lang aufgeschossene Westfalen regierte, über Hünen eben.

Der forschende Ritter durfte seine Reisespesen über das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium abrechnen und war dergestalt am Ende sogar in der Lage, Angaben über Siegfrieds Schatz zu machen: der liegt, „so es ihn gibt", im „Hohlen Stein von Kallenhardt", drei Reitstunden südöstlich von Soest.

Die Schätze (Gestein und Gold) kamen dort allerdings vorerst trotz Archäologenfleißes nicht an den Tag, statt dessen die Knochen eines etwa 50jährigen Mannes – und eine verlassene Münzfälscherwerkstatt.

Sieben Geburtsstätten hat Homer. Sieben Waldlichtungen im Odenwald rühmen sich jener Quelle, an der Siegfried von Hagen ermordet wurde. Offenkundig waren zwei lumpige Plätze im Rheinstrom zu kümmerlich für den Goldschatz im Epos der Nation, zumal wenn bedacht wird, wie viele „Brundhild-Straßen", „Siegfried-Särge", ja selbst „Rüdiger-Schnitzel" längs der poetischen Strecke zwischen Xanten und Ungarn vorgewiesen oder verzehrt werden.

Die Rheintöchter ihrerseits, ihr Gold, das wußte schon Heinrich Heine, sind der Heimatforschung entrückt.

HERMANN RENNER

KRITIK

Brave Spielprobe

Der alte Schausteller van Schuuten ist ein Dickkopf, sein Kontrahent, der alte Schausteller Münch, ist auch ein Dickkopf. Der eine hat eine Tochter, die den jüngeren Sohn des anderen Dickkopfes liebt, aber die beiden alten Herren sind dagegen. Der eine wird ermordet, damit halbiert sich der väterliche Widerstand, andererseits ist die Schwiegertochter des einen die Mörderin, während eigentlich der Schaukelbursche Schuster sich einschlägig verdächtig gemacht hatte: **Tod eines Schaustellers (ARD).**

So heimgesponnen ist die Wochenendgeschichte des Ersten Deutschen Fernsehens. Es flimmert geradezu von psychologischen Spinnweben, könnte man sagen, wenn sich hierbei Ironie überhaupt lohnte.

Das Ding spielt im Rummelplatzmilieu. Wenn schon die Story nur aus dünner Pappe ist, so hätten die Macher wenigstens Stimmung und Ausstrahlung eines Hamburger Doms oder eines Wiener Praters einfangen können – sie taten es nicht, nicht ums Verrecken.

Alles wurde brav fotografiert. Die Darsteller nahmen jeweils unauffällig ihre Spielplätze ein, man kann sich nicht beklagen, sie gingen folgsam einher, sprachen mit guter Betonung und trugen den angewiesenen Charakter offen im Gesicht. Zum Spiel reicht solches nicht. Als Generalprobe allerdings hätte dieses Muster zu den besten *Hoffnungen* berechtigt.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Fernsehanstalten aus der Bundesrepublik bemühen sich zur Zeit, im neuen Jahr erstmals zu Ostern einen Gottesdienst aus der „DDR" übertragen zu können oder vom Ostberliner Fernsehen aufzeichnen zu lassen. Im Gespräch ist dabei ein festlicher Gottesdienst am Karfreitag, 5. April, in einer Kirche in Cottbus (Lausitz). Karfreitag gehört auch in Mitteldeutschland zu den staatlichen Feiertagen.

Derartige Sendungen, die die andere Seite in der Regel nur als Aufzeichnungen zuläßt, waren seit Weihnachten 1982 im Laufe der Zeit zu einer guten deutsch-deutschen Übung geworden. Damals strahlte das ZDF eine Christvesper aus der barocken Dreifaltigkeitskirche von Finsterbergen (Thüringer Wald) aus. Der Gottesdienst fand damals, vorgezogen, schon am vierten Advent statt.

Das „DDR"-Fernsehen in Berlin-Adlershof erhielt – nach international üblichen Sätzen bei vergleichbaren Vorhaben – eine Gebühr von 140 000 DM für die Überlassung der gesamten Technik und die tagelangen Vor- und Nachbereinigungen.

Der in West und Ost am Weihnachtsabend ausgestrahlte Gottesdienst machte durch seine besondere Innerlichkeit und Gestaltung die Kirche im Kreis Gotha derart populär, daß sie noch heute von zahlreichen Touristen aufgesucht wird, die nach der Kirche „aus dem West-Fernsehen" fragen.

Im Laufe des Luther-Jahres 1983 waren dann sogar zwei **kirchliche Live-Sendungen aus der „DDR"** möglich: Die ARD übertrug am 4. Mai 1983 in Anwesenheit des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, den „Luther-Tag" auf der Wartburg. Mitte November 1983 gab es eine erneute Übereinkunft, den Schlußgottesdienst des Lutherjahres vom Marktplatz der Lutherstadt Eisleben in ganz Deutschland auszustrahlen.

Wenige Wochen später scheiterte jedoch das SFB-Projekt, die Christvesper aus der Potsdamer Nikolaikirche zu senden.

Erst nahezu ein Jahr später, im vergangenen Herbst, gelang es wiederum, deutsch-deutsches Einvernehmen wegen der Übertragung eines Erntedankgottesdienstes im Ostseebad Kühlungsborn zu erzielen.

hrk.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Das Geschenk
11.35 Gott und die Welt
Keine Angst vor falschen Thronen
12.10 Bilder aus Europa
Von Honig, Hammel und Radetzky
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber wahr?
Reportagen und Gespräche über Legenden und Tatsachen
17.20 Das Tanzbärenmärchen
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Entscheidung am Kap Horn
Letzter Teil: Das Geheimnis
21.15 Kontraste
Themen:
Weihnachtsschmuck und Traditionspflege in der „DDR" – Das Glasbläserstädtchen Lauscha im Thüringer Wald
Wie macht man in Bonn Deutschlandpolitik? – Der neue Kanzleramtsminister Schäuble und die Zusammenarbeit mit dem Innerdeutschen Ministerium
Die Jagd nach moderner Spitzentechnologie – Ostblockspionage in den USA
Hamsterfahrt oder bereit zur Flucht in den Westen? – Passagiere auf dem polnischen Fährschiff „Rogalin"
„The russian connection" am Bahnhof Zoo – Wie afrikanische Studenten aus Osteuropa über Westberlin ihre sozialistischen Kunden mit Unterhaltungselektronik versorgen
Moderation: Jürgen Engert
22.00 Kerkelings Kinderstunde
Als Komiker-Entdeckung des Jahres wurde Hans Peter Kerkeling von den ARD-Unterhaltungsmachern hochgelobt und sogleich mit der Moderation der neuen Musiksendung „Känguruh" betraut. Heute gibt der 19jährige Kostproben seines Könnens.
22.30 Tagesthemen
23.00 Tennis-Daviscup-Finale
Schweden – USA: Doppel
23.30 Das Nacht-Studio
Die Frau des Fliegers
Französischer Spielfilm (1981)
Regie: Eric Rohmer
Der Student François beobachtet eifersüchtig, wie seine Freundin Anne Besuch von einem Mann bekommt, mit dem sie eine Affäre hatte. Als er ihn verfolgt, lernt François die Gymnasiastin Lucie kennen, was Anlaß zu neuen Irritationen gibt.
1.25 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kleine Welt auf Rädern
3. Teil: Die Elektronik oder Wo kommt der Saft her?
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 SOKO 5113
Da der Leiter der Mordkommission, „Mord-Mayer", nach einem Unfall im Krankenhaus liegt, wird die SOKO mit dem erschossenen Großindustriellen Alfred Kronberg konfrontiert.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Und dafür haben wir ein Leben lang geschafft ...
Zwei Millionen ältere Menschen sind augenblicklich auf Pflege angewiesen, die meisten von ihnen werden zu Hause versorgt, aber rund 250 000 „Pflegefällen" bleibt nur das Heim ...
Aus einem Alten-Pflegeheim berichten Rudolf Blank und Bernd Wiegmann
20.15 Louis de Funès: Louis, der Geizkragen
Französischer Spielfilm (1980)
21.29 Jagdszenen in Hollywood
Zeichentrickfilm
21.45 heute-journal
22.05 Plündern für Deutschland
Grabräuber, die antike Stätten nach Kunstschätzen durchwühlen, haben auch heute noch Hochkonjunktur. Volker Arzt und sein Kameramann Florian Pfeiffer gelang es, Kontakte zur „Grabräuber-Mafia" in Kolumbien zu knüpfen und sie drei Wochen lang auf ihren heimlichen Beutezügen zu begleiten.
22.35 Kleines Fernsehspiel – Kamerafilm
Itam Hakim, Hopiit
mit Indianern der amerikanischen Hopi-Nation
Buch und Regie: Victor Masayesva
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
23.35 Spielwiese extra
Neue Musik aus New York
0.25 heute

3SAT

18.00 Löwenzahn
Für Kinder von vier bis acht Jahren
Kompass
Ein Lexikon mit Bildern und Berichten
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Trauen Sie Alfredo einen Mord zu? (L'assassino) – Italien 1961
mit Marcello Mastroianni u. a.
23.20 Kennwort: Kino
23.50 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
Spiel mit Wissenschaft
Schüler des Kölner Hansa-Gymnasiums gegen ihre Lehrer
21.15 Die Hexenküche des David Jones
21.45 Der Rote Bär in Ravensberg
22.15 Karpfs Karriere
Satire von Günter Kunert
Anschl. Bernhard Wicki im Gespräch mit Rupert Neudeck
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Sehen statt Hören
19.00 Film als Hobby – Video als Hobby
19.15 Wovon wir leben
19.45 Aquaristik
20.00 Tagesschau
20.15 Computerfieber
21.00 Einkaufen ohne Streß
22.00 Der gläserne Schlüssel
Amerikanischer Spielfilm (1935)
(Mit Untertiteln)
23.15 Mambo
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.30 Die Geschichte von Chawadscha Hassan el Habbal und den Goldstücken
Orientalisches Märchen
19.00 Treffpunkt '84 – extra
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
Querschnittgelähmt
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
22.30 Ernst Jandl – Vom Öffnen und Schließen des Mundes
Frankfurter Poetik-Vorlesung

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Rückblende
Vor 15 Jahren gestorben: Claudius Dornier
20.35 Bahnen von morgen
TGV – Schöner als Fliegen
21.20 Buck Rogers
22.00 ... so lange hält's der Wald nicht aus
Ein Schwarzwaldbauer kämpft gegen das Waldsterben
22.45 Jazz am Montagabend
Grappelli in Wien
23.45 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Shogun – Kunstschätze aus Japan
im Haus der Kunst in München
22.35 Aus Forschung und Lehre
23.20 Schauplatz New York
Auf Messers Schneide
Kriminalfilm
0.05 Rundschau

Der beste Dank,
den man den Verstorbenen bringt,
ist ein Leben nach ihrem Sinn.
Herder

Dr. med. Georg Schütt

* 1. 1. 1912 † 12. 12. 1984

Er wurde versehen mit den Tröstungen der Kirche.

Wir danken ihm:
Carola Schütt geb. Kruse
Dr. Georg-Bernhard Schütt
und Frau Kosara Schütt-Jeremić
Dr. Armin Tiefengraber
und Frau Maria Elisabeth geb. Schütt
und Enkelkinder

4300 Essen 13 (Kray), Kamblickweg 5
5788 Winterberg-Langewiese, An der Höhe 2

Das Seelenamt ist am Mittwoch, dem 19. Dezember 1984, um 15 Uhr in der Kapelle zu Langewiese. Anschließend um 15.30 Uhr erfolgt die Beisetzung von der Friedhofskapelle aus.
Für evtl. zugedachte Kränze und Blumen bitten wir um eine Spende für die Deutsche Krebshilfe e. V., Bonn, Konto-Nr. 90 90 90, BLZ 380 500 00 bei der Sparkasse Bonn.

Am 6. Dezember 1984 verstarb nach schwerer Krankheit Frau

Prof. Dr. Hanna Sohrweide

im Alter von 65 Jahren.

Fast 25 Jahre lang hat sie ihre Kraft als Mitarbeiterin unseres Forschungsprojektes eingesetzt.
Durch ihr weitreichendes Fachwissen, ihre große Erfahrung und menschliche Güte erfreute sie sich im Kollegenkreis großer Achtung und Wertschätzung.

Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Katalogisierung der orientalischen Handschriften in Deutschland, Dr. Dieter George

Nach einem erfüllten Leben starb am 12. Dezember 1984 im Alter von 82 Jahren unser Gesellschafter, Herr

Staatsminister a. D.

Dr. jur. Otto Schmidt

Vorsitzender des Finanzausschusses
des Deutschen Bundestages 1961–1972

Er ist den von seinem Vater gegründeten Unternehmen von 1929 bis 1944 in der Leitung, nach 1945 in engagierter Beratung und Mitverantwortung aufs engste verbunden gewesen. Es war ihm wichtig, nicht nur die Tradition zu wahren, sondern vor allem die Zukunft zu gewinnen.

Wir sind ihm sehr dankbar.

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter der
Verlag Dr. Otto Schmidt KG und
Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

5000 Köln 51, Unter den Ulmen 96–98

Der Trauergottesdienst findet statt am Dienstag, dem 18. 12. 1984, um 14.00 Uhr in der evangelischen Auferstehungskirche Königswinter-Ittenbach, Kantering, die Beerdigung im Anschluß daran auf dem Ittenbacher Friedhof.

Im Sinne des Verstorbenen wäre es, an Stelle etwa vorgesehener Kranzspenden die Kindernothilfe e. V., Duisburg, zu bedenken (Sparkasse Duisburg 201-00448 und Postgiro Essen 1920-4327).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffa (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Wilhelm Furler; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 736

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM [illegible] einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

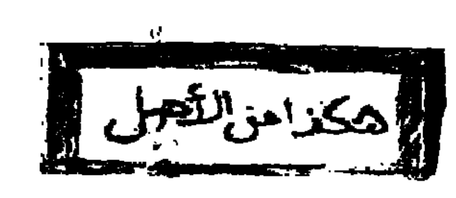
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



FUSSBALL / Mühsam erkämpfter 3:2-Sieg über Malta brachte die Tabellenführung. Klaus Allofs schoß zwei Tore nach 0:1-Rückstand

So machte es sich die deutsche Elf selbst schwer: Viel gearbeitet, aber ideenlos gegen die Wand gerannt

ULRICH DOST, La Valletta

Das Spiel war aus, und Franz Bekkenbauer stand immer noch mit dem Gesicht da, mit dem er die neunzig Minuten gegen Malta verfolgt hatte – einer Mischung aus versteinerter Gelassenheit und deutlicher Unzufriedenheit. 3:2 hatte seine Mannschaft gerade gegen Malta gewonnen, 3:2 mit viel Mühe und wenig Glanz. Während seinem Vorgänger Jupp Derwall in solchen Situationen ein „Hauptsache gewonnen" leicht über die Lippen ging, blieb Beckenbauer bei der Wende: „Dieser Sieg kann mich überhaupt nicht zufriedenstellen." Der neue Teamchef der Nationalelf, der vorher gemeint hatte, „hier können wir uns allenfalls selbst schlagen", sah sich nach neunzig Minuten bestätigt: „Jeder hat gekämpft wie ein Löwe, hat fast mehr gegeben als jene 100 Prozent, die möglich sind. Wir haben alles getan, um die Malteser nicht ins Spiel kommen zu lassen – und dann sind wir nach nur zehn Minuten in diesen Konter gelaufen, der das 1:0 brachte. Damit haben wir es uns selbst schwer gemacht, haben uns dann manchmal den Schneid abkaufen lassen und zu wenig Bewegung ins Spiel gebracht."

Aber auch Beckenbauer mochte dann lieber an das Morgen als an das *Gestern denken: „Wenn wir am 24.* Februar in Portugal spielen, sieht alles ganz anders aus."

Was dann anders aussehen soll, mag die Statistik erklären, nicht die deutsche, die der Malteser: In 74 Länderspielen hatten sie 37 Tore erzielt, also in jedem zweiten eins – und jetzt in einem gegen Deutschland gleich zwei.

Es war, als habe Franz Beckenbauer so etwas geahnt, er erlebte den Widerspruch zwischen Worten („Wir *fahren dahin*, um zu gewinnen, *das* ist doch ganz klar") und Taten zunächst stehend. Während Horst Köppel sichtlich nervös immerhin auf der Bank Platz nahm, stand Beckenbauer, der selbst vor zehn Jahren recht mühevoll 1:0 gesiegt hatte, an der Außenlinie und starrte auf den Rasen.

Selbst als es in den ersten Minuten recht gut lief, als seine Spieler Druck machten, die Malteser in der eigenen Hälfte einschnürten, mochte Beckenbauer sich nicht setzen. Es war, als wolle er seinen Spielern in voller Größe Beine machen. Sie liefen denn auch, arbeiteten, Völler und Allofs wichen auf die Flügel aus, der Ball wurde nach vorn geschlagen, es gab auch Chancen. Etwa die in der 6. Minute, als Rummenigge nach einer Flanke von Brehme mit einem Kopfball knapp das Tor der Malteser verfehlte. Der Druck wurde so groß, daß sich offensichtlich alle elf deutschen Profis nur noch mit der Zeit beschäftig*ten, in der nun die Führung würde* fallen müssen. Wer so nach vorne orientiert ist, mag hinten nicht aufpassen. In der zehnten Minute stand Busuttil, der auch während der noch folgenden acht Minuten einziger Stürmer bleiben sollte, allein vor Libero Herget, umspielte ihn und bezwang mit einem Flachschuß Torhüter Schumacher zum 1:0.

„Wer lasch spielt, fliegt raus, notfalls schon nach zehn Minuten", hatte Beckenbauer vorher gesagt. Jetzt stand es nach zehn Minuten 1:0 für Malta, doch Anlaß, einen seiner elf Profis zum Duschen zu schicken, hatte Beckenbauer nicht. Denn es war auch weiterhin keine Frage des Wollens, daß es immerhin bis zur 43. Minute dauern sollte, ehe ein Geschenk von Maltas Torhüter Mufsud den Ausgleich brachte. Nein, sie wollten alle – aber es war, als könnten sie nicht. Im Mittelfeld fehlten die Ideen, es fehlten die überraschenden Pässe, die Räume geschaffen hätten. Vor allem Briegel, dessen Klub Hellas Verona seine Abwesenheit beim Meisterschaftsspiel gegen Meister Juventus Turin so heftig beklagte („In meinem Klub kann keiner verstehen, daß ich gegen den Fußball-Zwerg unbedingt dabeisein muß"), enttäuschte, brachte wenig Konstruktives zustande. In der 36. Minute stand er völlig frei, wartete aber so lange, bis



Fand sich schnell zurecht: Olaf Thon FOTO: HARTUNG

wieder ein Abwehrspieler dazwischenspringen konnte. Aber auch die anderen hatten nicht viel mehr als Gewaltakte zu bieten gegen die Zwerge von der Insel – die aber immerhin ihre ersten Tore überhaupt gegen die deutsche Nationalelf geschossen hatten. Und als Beckenbauer zur Pause eine Zwischenbilanz zog, da standen trotz der schwachen spielerischen Leistung diese Chancen unter dem Strich: Dreimal Rummenigge, Völler, Briegel, zweimal Rahn. Chancen für sieben Tore also, und der Ausgleich fiel dann aus einer Situation, die eigentlich keine rechte Torchance war. Försters Kopfball in der 43. Minute war eigentlich harmlos. Doch Torhüter Mifsud ließ den Ball wie ein Anfänger über die Hände ins Netz rutschen.

1:1 zur Pause, viel Arbeit, wenig Ideen, drei Spitzen, aber ein Tor eines Abwehrspielers. Da schlug die Stunde des Olaf Thon. Zum erstenmal im Aufgebot der Nationalelf, hatte er am Freitag noch gesagt: Ich verstehe das alles gar nicht. Es wäre schön, wenn ich beim Stande von 3:0 oder 4:0 eingewechselt würde und 20 Minuten spielen könnte." Jetzt stand es 1:1, und Thon war der Mann, der nun mehr Schwung, mehr Ideen bringen sollte – und er tat es von der ersten Minute an, vor allem auf der linken Seite. Aber dennoch ging das Anrennen weiter, das Hinterherlaufen hinter dem erlösenden zweiten Tor. „Solche Spiele haben offenbar eigene Gesetze. Jeder konzentriert sich, aber es will einfach nichts gelingen. Warum das so ist? Ich weiß auch keine Erklärung", meinte etwa HSV-Manager Günter Netzer auf der Tribüne. Und der CSSR-Trainer Josef Masopust, dessen Team *die Malteser in* Prag 4:0 geschlagen hatte, sah es so: „Die Deutschen meinten es gut, aber sie spielten zu hektisch und unkontrolliert."

Doch machmal siegt auch die reine Kraft. Und die Entscheidung schaffte ausgerechnet der Mann, dessen Einsatz Karl-Heinz Rummenigge vorher noch kritisiert hatte. „Mit drei Spitzen zu spielen, ist bei der *EM* in Frankreich schon danebengegangen, weil alle drei in ihren Vereinen machen können, was sie wollen. Da fällt plötzliches Unterordnen dann schwer." Aber so war wenigstens etwas Abwechslung mit dabei. Nachdem es über eine Stunde stets so gelaufen war: Flanke Allofs, Chance für Völler, versuchten es die beiden einmal umgekehrt – und es klappte. In der 71. Minute schlich sich Völler auf dem linken Flügel davon, Flanke – *und Allofs markierte mit einem Kopf*ball das 1:2.

Rummenigge selbst, der in 79 Länderspielen 41 Tore erzielt hatte, hatte in seinem 80. Spiel im Nationaltrikot kurz vorher einmal mehr Pech gehabt, mit einem artistischen Schuß nach Vorarbeit von Allofs nur die Querlatte getroffen. Dafür schlug Allofs dann noch einmal zu, war auch der Torschütze zum vorentscheidenden 1:3 in der 83. Minute. Nachdem unmittelbar zuvor Uwe Rahn nur die *Latte getroffen hatte, stand der* Kölner wieder richtig, um per Kopfball seinen zweiten Treffer zu erzielen.

Wie wichtig dieses Tor war, zeigte sich schon wenig später, als die Malteser mit ihrem zweiten Torschuß auch ihr zweites Tor erzielten: Ray Xuereb traf mit einem Volleyschuß aus 16 Metern in der 87. Minute zum 2:3. Damit blieb Schumacher in den gesamten neunzig Minuten nur die Rolle eines Balljungen, zweimal allerdings wider Willen.

*Und Franz Beckenbauer stand im*mer noch neben der Trainerbank, als er dieses Fazit zog: „Ein Unentschieden hier gegen Malta wäre eine mittlere Katastrophe."

Eine Katastrophe wurde es nicht mehr, doch das blaue Auge, das sich nach Schön 1974 (eben beim mühsamen 1:0) und Derwall 1979 (beim mühsamen 0:0 nach dem Satz: „Wer hier nicht gewinnt, kann gleich einpacken") nun auch Beckenbauer holte, wird noch eine Weile glänzen.



Das Glück kommt manchmal auch, wenn man die Augen schließt. Klaus Allofs erzielt mit einem Kopfstoß das zweite Tor für die deutsche Mannschaft, obwohl er den Ball kaum sehen kann. FOTO: AP

Die Einzelkritik: Viel Lob für den 18 Jahre alten Debütanten Olaf Thon

DW. Malta

Ratlos und mit den schon üblichen Bemerkungen nach derartig schwer erkämpften Siegen gegen schwache Gegner reagierten deutsche Fußballexperten nach dem 3:2-Erfolg der Mannschaft von Franz Beckenbauer. Hermann Neuberger, der Präsident *des Deutschen Fußballbundes (siehe* auch Interview auf der nächsten Seite), sagte: „Was bin ich froh, daß dieses Spiel vorbei ist. Die Malteser werden bestimmt noch Punkte in dieser WM-Qualifikation gewinnen. Die Abwehr hat bei den Vorstößen des Gegners gewackelt. Olaf Thon war die angenehme Überraschung dieses Spiels."

Günter Netzer, Manager des Hamburger SV, suchte Trost in unerklärli*chen sportlichen Gesetzmäßigkeiten:* „Natürlich ist es immer schwer, ein solches Spiel zu gewinnen. Für die Malteser war es das Spiel des Jahrhunderts. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß unsere Mannschaft viele Fehler gemacht hätte. Es war einfach sehr schwer."

Zumindest in der Einschätzung der Stimmung auf der Mittelmeerinsel traf Netzer damit offensichtlich den richtigen Ton. Maltas Nationaltrainer Genscho Dobrev: „Das war ein glücklicher Tag für den Fußball auf Malta. Vor einer großartigen Kulisse hat meine Mannschaft eine großartige Leistung gezeigt." Und Mittelfeldspieler Raymond Vella sagt: „Das war unser bestes Länderspiel, an das ich mich erinnern kann. Wenn das sehr unglückliche erste Gegentor nicht gefallen wäre, hätten wir vielleicht sogar ein Unentschieden schaffen können. Doch trotz der Niederlage sind wir alle sehr zufrieden."

Die härtesten Worte für die deutsche Mannschaft fand Alt-Nationalspieler Uwe Seeler: „Man kann sich das Leben auch selbst schwer machen. Unsere Abwehr hat leichtsinnig gespielt. So viele Torchancen für den Gegner, es gab mindestens zehn bis zwölf, habe ich selten erlebt. Es fehlte ganz einfach das Spiel ohne Ball."

Das ist die deutsche Mannschaft in der Einzelkritik:

Schumacher: An den Toren der Malteser schuldlos, ansonsten nicht geprüft.

Jakobs: Meist in der Libero-Rolle, aber angesichts der überaus seltenen Angriffe der Gastgeber nahezu überflüssig und daher zur Pause gegen Thon ausgetauscht.

Karlheinz Förster: Beherrschte seinen Gegenspieler Muscat, die einzige echte Spitze der Malteser. Dazu erzielte er per Kopfstoß das glückliche und überaus wichtige 1:1 für die deutsche Mannschaft.

Brehme: Hatte lange Schwierigkeiten mit dem trickreiche Degiorgio. Schaltete sich immer wieder über den rechten Flügel in die deutschen Angriffe ein und schlug gute Flanken.

Matthäus: Beschränkte sich weitgehend auf Abfangaufgaben im Mit*telfeld. Konnte sich nicht auch noch* in den ständigen deutschen Sturmlauf einschalten, um das Gedränge vor Maltas Tor nicht noch dichter zu machen.

Rahn: In der ersten Halbzeit fast ausschließlich auf der linken Seite aktiv, oft am Ball, aber aus ungewohnter Position im Abschluß und bei Flanken schwächer. Nach der Pause dann im zentralen Mittelfeld eingesetzt und dort stärker. Hatte Pech bei einigen guten Tormöglichkeiten.

Herget: In der ersten Halbzeit im Mittelfeld wirkend mit vielen klugen, überlegten Aktionen. Nach dem Seitenwechsel Wechsel zwischen der gewohnten Libero-Position und dem Antreiben im Mittelfeld. Auch da in jeder Hinicht überzeugend. Mit leichtem Vorsprung bester deutscher Spieler.

Rummenigge: Hatte es wie seine Angriffskollegen überaus schwer. Etliche gute Einzelaktionen gegen die Übermacht der Malteser. Hatte Pech mit einem Lattenschuß per Fallrückzieher.

Völler: Wich oft auf die Flügel aus, um Platz zu schaffen. Pech bei den eigenen Chancen. Doch wie schon so oft vorher rochierte er auch in der 70. Minute auf den Flügel, um von dort das 2:1 durch Allofs vorzubereiten.

Allofs: Beweglich wie auch Völler. Lange fehlte jedoch die Torgefahr. Die Kopfbälle zum 2:1 und 3:1 waren die einzigen Chancen des früheren Bundesliga-Torschützen. Insgesamt eine befriedigende Vorstelllung.

Thon: Das Debüt des Schalkers begann nach 46 Minuten. Der 18jährige fand sich sofort hervorragend ein, zeigte keinerlei Nervosität, hätte fast in der 77. *Minute nach* prächtiger Einzelleistung das 3:1 erzielt. Ein Wechsel auf die Zukunft.

Länderspiel in der Statistik

Deutschland: Schumacher (Köln/30 Jahre/54 Länderspiele) – Herget (Uerdingen/29/7) – K.-H. Förster (Stuttgart/26/63), Jakobs (Hamburg/31/4) – Brehme (Kaiserslautern/24/11), Matthäus (München/23/29), Rahn (Mönchengladbach/22/2), Briegel (Verona/29/55) – Rummenigge (Mailand/29/80), Völler (Bremen/24/21), Allofs (Köln/28/34).

Malta: Mifsud (24/5) – Aquilina (25/8), Xuereb (30/29), Holland (32/54), Scicluna (21/4) – Woods (21/2), Busuttil (21/9), Vella (23/5), Xuereb (32/40), Muscat (23/5), Degiorgio (22/21).

Schiedsrichter: Petrovic (Jugoslawien).

Zuschauer: 25 000.

Tore: 1:0 Busutil (10.), 1:1 Förster (43.), 1:2 Allofs (68.), 1:3 Allofs (83.), 2:3 Ray Xuereb (84.).

Auswechselspieler: Azzopardi (25/5) ab 11. Minute für Holland, Gatt (22/5) ab 61. Minute für Muscat. – Thon (Schalke 04/18/1) ab 46. Minute für Jakobs.

Gelbe Karten: Woods, Muscat – Brehme (die zweite Verwarnung, damit für das nächste Qualifikationsspiel gesperrt).

DIE TABELLE

1.Deutschland	2	2	0	0	5:2	4:0
2.Portugal	3	2	0	1	4:4	4:2
3.Schweden	4	2	0	2	7:4	4:4
4.CSSR	2	1	0	1	5:2	2:2
5.Malta	3	0	0	3	2:11	0:6

So geht es weiter: 10.Februar: Malta – Portugal, 24. Februar: Portugal – Deutschland, 27. März: Deutschland – Malta, 21. April: Malta – CSSR, 30 April: CSSR – Deutschland, 5. Juni: Schweden – CSSR, 25. September: CSSR – Portugal und Schweden – Deutschland, 12. Oktober: Portugal – *Malta, 16. Oktober: Deutschland* – Portugal und CSSR – Schweden, 17 November: Deutchland – CSSR und *Malta – Schweden.*

Die Situation

Der mühsam erkämpfte Sieg der deutschen Nationalmannschaft bedeutet immerhin die Tabellenführung in der Qualifikationsgruppe 2 zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko. Franz Beckenbauers Team ist als einziges ohne Punktverlust – zweifellos ein Vorteil vor dem wichtigen nächsten Spiel gegen Portugal, das *sich keine zweite Heimniederlage* nach dem 1:3 gegen Schweden erlauben kann. Würde die deutsche Mannschaft in Portugal verlieren, bewahrheitete sich Franz Beckenbauers Meinung, daß in der Gruppe 2 neben seiner eigenen Mannschaft auch noch alle anderen Teams außer Malta Chancen besitzen, sich für Mexiko zu qualifizieren. Von einer leichten *Gruppe, so Beckenbauer immer wie*der, könne ohnehin nicht die Rede sein. Übrigens: Malta, das seine ersten beiden Treffer gegen Deutschland erzielte, ist zwar ein fußballbegeistertes Land, aber die Spieler sind reine Amateure. Schon heute sind zum Beispiel die Stürmer Muscat und Degiorgio wieder als Kellner in einem Touristenhotel tätig.

WELT-Interview mit Hermann Neuberger – Bleibt Beckenbauer auch nach der WM 1986 im Amt?

„Ich werde auf Franz zugehen und fragen: ‚Machst du noch zwei Jahre?' Sagt er ja, ist es perfekt"

ULRICH DOST, La Valletta

Mit dem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel auf der Mittelmeerinsel Malta ging „für den deutschen Fußball eines der schwierigsten Jahre seiner Geschichte" zu Ende. So jedenfalls beurteilte Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), die Ereignisse dieses Jahres, die im Sommer mit der vorzeitigen Trennung von Bundestrainer Jupp Derwall und der Einführung eines neuen Teamchefs (Franz Beckenbauer) ihren Höhepunkt fand. Die WELT sprach auf Malta mit dem DFB-Präsidenten darüber, wie er die Probleme der Vergangenheit inzwischen betrachtet, welche Aufgaben dem deutschen Fußball im neuen Jahr bevorstehen.

WELT: Ein an Turbulenzen kaum zu überbietendes Jahr geht für den deutschen Fußball dem Ende zu. Können Sie sich an ein Jahr Ihrer Amtszeit erinnern, in dem Sie vor ähnlichen Schwierigkeiten standen?

Neuberger: Ganz bestimmt nicht. Ich hatte schon oft weittragende Entscheidungen zu treffen. Doch noch nie war ich so gezwungen, Ruhe und einen kühlen Kopf zu bewahren wie in diesem Jahr.

WELT: Für die Öffentlichkeit sah es immer so aus, als seien Sie derjenige, der die Entwicklung bestimmte.

Neuberger: In der Öffentlichkeit wurde vieles falsch dargestellt. Ich kann die Journalisten verstehen, daß sie ihren Lesern möglichst schnell Lösungen und neue Namen bieten wollen. Doch so einfach ist das nicht immer für einen Mann wie mich, der die Offenheit zu seinen Angestellten schätzt und der sich stets an seine Versprechungen gebunden fühlt.

WELT: Wie konnten Sie es denn zulassen, daß die Öffentlichkeit den Eindruck hatte, Sie würden Ihre Angestellten im Regen stehen lassen?

Neuberger: Intern sahen wir das nicht so, weil sich für mich die Sache ganz anders verhielt. Bereits vor der Europameisterschaft im Juni in Frankreich hat mir Derwall beim Länderspiel im April in Straßburg angekündigt, daß er nach der Europameisterschaft aufhören wolle. Selbst dann, wenn er Europameister geworden wäre. Ich mußte ihm mein Wort geben, davon nichts verlauten zu lassen. Er wollte sein Gesicht wahren, indem er den Zeitpunkt seines Rücktritts selbst bekanntgibt.

WELT: Als der Druck für Derwall immer größer wurde, hätten Sie da nicht handeln müssen?

Neuberger: Was hat Jupp Derwall denn getan? Seit 1970 gehört er dem Verband an. So einen verantwortlichen Mitarbeiter kann man nicht einfach vor die Tür setzen. Ich habe in vielen Gesprächen zu ihm gesagt, daß ich ihn nur dann rauswerfen kann, wenn er silberne Löffel stiehlt. Das aber hat er nicht getan. Also konnte die Entscheidung nur von ihm ausgehen.

WELT: Was haben Sie mit dem Wissen angefangen, daß Derwall auf jedenfall nach der EM gehen wird.

Neuberger: Wie gesagt, ich war an mein Wort gebunden und durfte davon niemand etwas sagen. Das war eine sehr schwierige Situation für mich. Direkt im Mai, beim FIFA-Spiel in Zürich gegen Italien, habe ich Franz Beckenbauer und seinen Manager Robert Schwan angesprochen, ohne die beiden über Derwalls Absicht aufzuklären. Wir waren uns in allen Grundauffassungen einig und haben einen Termin für die EM in Paris vereinbart.

WELT: Wie kamen Sie ausgerechnet auf Franz Beckenbauer?

Neuberger: Schon 1976, bevor Bekkenbauer nach Amerika ging, habe ich zu ihm gesagt: Franz, mach zuerst deine Sache in den USA und dann einen Trainerschein. Danach kommst du zu uns. Daran hatte er aber damals noch kein Interesse. Er sagte mir nur, daß er vom Fußball wohl nie loskommen werde. Dann haben wir zum erstenmal wieder 1983 in Albanien über dieses Thema gesprochen.

WELT: In Frankreich bei der EM sah es aber so aus, als habe sich Beckenbauer spontan dazu entschlossen, dem deutschen Fußball zu helfen.

Neuberger: Der Franz plauderte einfach drauflos, er war voller Gefühle bis oben hin, er wollte seine Ideen loswerden. Er nannte schon gleich seinen Assistenten und noch vieles mehr. Ich konnte das verstehen. ich dagegen selber mußte vorsichtiger taktieren. Ich wollte die Mitglieder des entscheidenden DFB-Gremiums nicht übergehen. Ich wollte die absolute Mehrheit im Gremium, das erst am 13. Juli tagen sollte, für Franz Beckenbauer, weil er ja keinen Trainerschein besitzt. Heute ist es so, daß selbst die Mitglieder, die formale Bedenken hegten, heute voll und ganz hinter dieser Entscheidung stehen. Mit Derwall wären höchstens 15 000 Zuschauer zum ersten Länderspiel nach Düsseldorf gegen Argentinien gekommen. Wegen Beckenbauer kamen knapp 45 000. Ich habe sofort gemerkt, daß die negative Kritik schlagartig zurückging, das auch die Medien den Blick nach vorne warfen.

WELT: Neben Derwalls Rücktritt hätte damals eine breite Mehrheit in der Öffentlichkeit auch gerne Ihren Rücktritt gesehen. Wie denken Sie heute darüber.

Neuberger: Ach wissen Sie, die Leute sind immer schnell mit einem Urteil da. Wir leben in einer Zeit, die ich nicht so gerne mag. Heute ist vieles zu unpersönlich, jeder denkt nur an sich, niemand kümmert sich mehr um seinen Nachbarn. Die meisten Leute haben nicht einmal Zeit, guten Tag zu sagen.

WELT: Denken Sie manchmal daran, Ihr nicht gerade positives Image in der Öffentlichkeit zu verbessern?

Neuberger: Ich kann doch nicht dauernd Pressekonferenzen einberufen, um mich selbst darzustellen. Da lautet plötzlich eine Schlagzeile: Der Neuberger stellt die Mannschaft auf. Das ist einfach unwahr, aber solche Dinge haften mir an, darauf bilden sich Klischees. Mir wird oft Überheblichkeit und Arroganz nachgesagt, dabei ist dieses Verhalten oft nur Abwehr. Ich würde auch lieber, wie es früher Hennes Weisweiler tat, mit meiner Meinung so heraussprudeln. Aber das kann ich nicht, ich muß mit dem Kompromiß leben.

Welt: Die letzten Meinungsumfragen haben ergeben, daß das Ansehen der Nationalmannschaft ...

Neuberger: ... aber auch gottlob das des DFB.

WELT: ... gestiegen ist. Führen Sie das auf den Namen Beckenbauer zurück?

Neuberger: Ein ganz klares Ja. Ich habe mir vom Franz viel versprochen, es macht Freude mit ihm. Seit seinem Amerika-Aufenthalt stimmt alles an ihm. Da ist in seinem Auftreten nichts Eckiges mehr, keine Kanten oder Unebenheiten. Was ich nicht erwartet habe: daß er sich sogar selbst für die kleinsten Details innerhalb der Nationalmannschaft interessiert und auch Lösungen aufzeichnet. Wie er mit den Spielern umgeht, das ist schon einmalig. Obwohl er nie Psychologie studiert hat, beweist er unheimliches Einfühlungsvermögen. Bei seiner Erfahrung ist das aber auch kein Wunder.

WELT: Bei so viel Harmonie müßte Ihnen doch daran gelegen sein, Franz Beckenbauer nicht nur für zwei Jahre, also bis zur WM 1986 in Mexiko, sondern auch noch darüber hinaus zu verpflichten.

Neuberger: Ganz bestimmt. Ich werde auf ihn zugehen und sagen: Franz, wie ist es, machst du noch zwei Jahre. Wenn er ja sagt, ist die Sache perfekt.

Welt: Die langfristige Bindung der Bundestrainer mit Rentenanspruch wird es also nicht mehr geben.

Neuberger: Diese Zeit ist endgültig vorbei. So etwas paßt nicht mehr in diese heutige Zeit. Die Menschen, die Spielertypen haben sich verändert. Darauf muß man reagieren. Ich bin heute lieber für gutbezahlte verantwortliche Kräfte.

WELT: Wird denn das Jahr 1985 für den Präsidenten Hermann Neuberger und den Verband ruhiger?

Neuberger: Es liegen noch dicke Pakete vor uns. Wir müssen vor allen Dingen dem Spitzenfußball helfen. Wir müssen aufzeigen, daß es sich bei der Bundesliga um eine Klasse handelt und nicht, daß es dort Klassen innerhalb der Klasse gibt. Daran mangelt es bei uns, weil jeder nur seinen eigenen Kirchturm sieht, aber das Gesamtinteresse ist immer noch höher zu bewerten.

WELT: Rechnen Sie denn damit, daß die Bundesliga schon bald reduziert wird?

Neuberger: Es wird daran gearbeitet. Genauso wie an den Problemen der Winterpause und den Spielen in der Halle. Die ideale Winterpause ist für mich die flexible. Das heißt: Wir hören sofort für drei Wochen auf, wenn uns der Winter dazu zwingt. Wir müssen uns nach dem Wetter richten.

SPORT-NACHRICHTEN

Mainz: Schon Meister

Mainz (sid) – Bereits drei Tage vor Saisonende der Badminton-Bundesliga steht der TV Mainz-Zahlbach als Deutscher Meister fest. In eigener Halle besiegte Mainz Titelverteidiger OSC Rheinhausen mit 6:2 und hat jetzt sieben Punkte Vorsprung.

Becher gewann Silber

Colorado Springs (sid) – Erfolgreichste deutsche Teilnehmerin bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften der Junioren in Colorado Springs war die 14jährige Susanne Becher (Mannheim). Sie gewann die Silbermedaille.

Witt und Hohn geehrt

Berlin (dpa) – Eiskunstlauf-Olympiasiegerin Katarina Witt und Speerwurf-Weltrekordhalter Uwe Hohn wurden in der „DDR" zu „Sportlern des Jahres 1984" gewählt.

Erfolge für Frank Wörndl

Obereggen (dpa) – Erfolgreich verlief der Europacup-Riesentorlauf im italienischen Obereggen für Frank Wörndl (Sonthofen). Er wurde Dritter im Slalom und zweiter in der Kombinationswertung.

Neuer Rekordversuch

Rom (sid) – Nachdem er im Januar den Höhen-Stundenweltrekord von Eddy Merckx auf 51,151 km verbessert hatte, will der italienische Radsport-Profi Francesco Moser im kommenden Jahr in Mailand auch den Flachland-Stundenweltrekord des Belgiers Ferdinand Bracke (48,093 km) angreifen. Ein Termin steht noch nicht fest.

Vorverkauf beginnt

Mexiko-Stadt (dpa) – In Mexiko, dem Austragungsland der Fußball-Weltmeisterschaft 1986, beginnt morgen der Kartenvorverkauf für das WM-Turnier. Die Eintrittskarten werden nur in Serie angeboten.

Super-Cup findet statt

Zürich (dpa) – Das wegen Terminschwierigkeiten zunächst gefährdete UEFA-Super-Cup-Spiel zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin wird doch stattfinden. Neuer Termin: 16. Januar in Turin.

Hatcher: Knapper Sieg

Düsseldorf (sid) – Mit einem knappen 2:1-Punktsieg verteidigte Gene Hatcher (USA) seinen Titel als Box-Weltmeister im Junior-Weltergewicht gegen den Herausforderer Ubaldo Sacco (Argentinien). Nächster Herausforderer ist der Italiener Patrizio Oliva. Er blieb durch Aufgabesieg in der achten Runde über Michel Giroud (Schweiz) Europameister.

Vermarktungs-Vollmacht

Calgary (sid) – Die Organisatoren der Olympischen Winterspiele 1988 im kanadischen Calgary haben vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) die Exklusivrechte zur Vermarktung der Spiele erhalten. Der Finanzierungsplan orientiert sich an dem Beispiel der Olympischen Sommerspiele von Los Angeles.

Pokal-Auslosung

Düsseldorf (sid) – Die Auslosung für das Viertelfinale des DFB-Pokals am 16. Februar wird am Samstag (22. Dezember) im Rahmen der ARD-Sportschau von Rieke Koekkoek, der Spielführerin der deutschen Damen-Nationalmannschaft, vorgenommen.

Olympia-Vorbereitung

Ost-Berlin (sid) – Nach dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) der „DDR" forderte nun auch der Vorstand des Deutschen Turn- und Sportbundes der „DDR" die Sportler auf, sich „mit hohem persönlichem Einsatz in wahrhaft olympischem Geist auf die Olympischen Spiele 1988 vorzubereiten sowie mit vorbildlichem Auftreten und hohen Leistungen der olympischen Idee zu dienen".

Topzuschlag in Köln

Köln (sid) – Einen Topzuschlag von rund 70 Prozent sowie die Koppelung der Eintrittskarten mit dem Besuch des Bundesligaspiels gegen Eintracht Braunschweig plant der Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln für sein UEFA-Cup-Spiel gegen Inter Mailand.

Volkstümliche Spiele

Gladbeck (sid) – Hermann Heinemann, der Vorsitzende des Sportbeirats der SPD, hat sich erneut für eine Bewerbung des Ruhrgebiets um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1992 ausgesprochen. Sein Ziel sind „volkstümliche Spiele – sozusagen als Kontrapunkt zu der maßlosen Kommerzialisierung".

SCHWIMMEN

Rolko: Stütze aus der CSSR

sid, Bergen

Das erfolgreichste Jahr des Deutschen Schwimmverbandes (DSV) könnte mit einem unerwarteten Sieg zu Ende gehen: Beim Europacup auf der 25-Meter-Bahn im norwegischen Bergen liegen die Herren nach dem ersten Tag mit 130 Punkten in Führung, knapp vor der „DDR" (124) und Titelverteidiger UdSSR (121). Für den DSV wäre ein Sieg der erste in der Europacup-Geschichte seit 1969. Auch bei den Mädchen sind die Aussichten gut, den angestrebten dritten Platz zu halten: Nach sieben von 14 Wettkämpfen liegt das DSV-Team mit 95 Zählern hinter Serien-Sieger „DDR" (126) und der UdSSR (102,5) auf dem anvisierten Rang. Das Endergebnis lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

Eine der Stützen der deutschen Mannschaft in Bergen ist Miloslaw Rolko, geboren am 13. Oktober 1960 in Bratislava. Seit letztem Mittwoch ist Rolko Deutscher und deshalb für den DSV startberechtigt. „Im Herzen bin ich aber immer noch Slowake", sagt Rolko. Am 3. April 1982 hatte er sich in Sindelfingen von der tschechoslowakischen Mannschaft abgesetzt und war in der Bundesrepublik Deutschland geblieben. „Das war damals ein ganz spontaner Entschluß", sagt der 24jährige. Dieser spontane Entschluß könnte sich für den Deutschen Schwimmverband und für den Klub von Nikar/HSC Heidelberg auszahlen. Denn der Medizinstudent ist noch ehrgeizig genug, seine Ziele hoch anzusetzen. Auf die Europameisterschaften im August 1985 in Sofia will er selbst im Falle einer Qualifikation verzichten – „das Risiko wäre zu groß", sagt Rolko. Aber die Universiade im japanischen Kobe und die Weltmeisterschaften 1986 in Madrid reizen ihn doch gewaltig.

Im Nationalteam und in Heidelberg ist man sich bewußt, was für ein hervorragender Schwimmer Rolko ist: als 15jähriger war er schon 1976 in Montreal über 200 Meter Rücken Sechster und bester Europäer, wurde ein Jahr später in Jönköping über 100 m Rücken Europameister und 1980 in Moskau Olympia-Vierter über 100 m Rücken. „Doch anschließend hat man mich in der CSSR abgeschrieben, hat gesagt, ich könne mich nicht mehr steigern. Das hat mich freilich angestachelt."

TENNIS / Hallenmeisterschaften – Steffi Graf gewann ein Auto und hat noch keinen Führerschein

Wieder Ärger um das liebe Geld mit dem Verband

sid, **Mainz**

Am Rande des Centre Courts fiel ein Schatten auf die 18. Nationalen Hallenmeisterschaften. Turnier-Direktor Peter Dinckeles ärgerte sich über den Deutschen Tennis-Bund (DTB), und der Reibungspunkt war – wie könnte es anders sein – das liebe Geld.

Die Steigerung der Gesamt-Besucherzahl gegenüber dem Vorjahr um über 1500 auf fast 7000 Zuschauer stellte die Verantwortlichen in Mainz-Finthen völlig zufrieden, zur Deckung des Etats von über 300 000 Mark mußte im Gegensatz zu vielen kläglich besuchten Titelkämpfen der Vergangenheit wie schon im Vorjahr die Ausfallbürgschaft des DTB in Höhe von 10 000 Mark nicht in Anspruch genommen werden.

Doch Turnier-Direktor Peter Dinckels befürchtet durch künftige Ansprüche des Verbandes finanzielle Einbußen. „Ein engagierter ortsansässiger Veranstalter benötigt zur Durchführung einer solchen Meisterschaft gewisse Freiheiten im wirtschaftlichen Bereich", *erklärt er.* „Wenn der DTB nun aber tatsächlich den soeben genesenen Hänfling zum Ernährer des Ganzen machen will, so halte ich das für bodenlos." Presse-Referent Jens-Peter Hecht: „Der DTB muß sehen, daß ihm die Kosten nicht über den Kopf wachsen.".

Hecht glaubt den Grund für Dinckels' Sorge in der Übereinkunft zwischen dem DTB und einer Sportartikel-Firma zu erkennen. „Wir haben einen Vertrag mit 'Puma' als Haupt-Sponsor für beide nationalen Turniere abgeschlossen", erläutert er. In Mainz trugen die Herzogenauracher nun aber noch mit einer direkt verabreichten Finanzspritze zur Deckung des 300 000-Mark-Etats bei.

„Wehret den Anfängen", meint Dinckels deshalb. Und: „Wir wollen in Finthen weiterhin derartige Turniere bieten. Es hat sich gezeigt, daß weder das überraschend frühe Ausscheiden der Titelverteidiger Eva Pfaff und Wolfgagn Popp noch die so oft zitierte Schwäche des deutschen Herren-Tennis negative Auswirkungen hatten. Die Zuschauer haben mit ihrem Interesse dokumentiert, daß sie die Veranstaltung des reinen Sports wegen besuchen und die Anwesenheit einzelner prominenter Spieler nicht als ein Muß betrachten."

Peter Pfannkoch deutscher Meister Leichter Sieg über Tore Meinecke

sid/dpa, **Mainz/Tokio**

Peter Pfannkoch (Hannover) heißt der neue deutsche Tennismeister in der Halle. Vor 1850 Besuchern in der ausverkauften Halle von Mainz-Finthen gewann Pfannkoch den Titel durch einen 6:2, 6:1, 7:6-Erfolg über den für Bamberg spielenden Hamburger Tore Meinecke.

„So leicht hätte ich mir das nicht vorgestellt", sagte der 22 Jahre alte Pfannkoch nach dem Sieg. Im Vorjahr war der Hannoveraner noch in der ersten Runde ausgeschieden. Entscheidend für den klaren Erfolg über Meinecke nach einer Stunde und 37 Minuten war das kompromißlose Angriffsspiel von Peter Pfannkoch.

Bei den Damen holte sich Steffi Graf den Titel. Die 15 Jahre alte Heidelbergerin *ist damit die jüngste* deutsche Hallenmeisterin im Tennis. Die Finalistin des Turniers von Filderstadt, die erst zwei Tage zuvor mit dem *Titel „Tennisspielerin des Jahres"* ausgezeichnet worden war, besiegte im Finale die um ein Jahr ältere Isabel Cueto mit 6:2 und 6:0.

Steffi Graf verhinderte mit ihrem Erfolg den zweiten Meistertitel für Isabel Cueto, denn die Stuttgarterin hatte bereits die Meisterschaften unter freiem Himmel gewonnen. Mit dem klaren Zwei-Satz-Sieg in einem wenig spannenden Endspiel tritt das junge *Talent* aus Heidelberg die Nachfolge von Vorjahressiegerin Eva Pfaff an, die bereits vorher ausgeschieden war. Wie überlegen Steffi Graf das gesamte Turnier bestritt, beweist auch die Tatsache, daß sie in ihren vier Begegnungen nur 18 Spiele abgab. Ihre Siegprämie, ein Mittelklassewagen im Wert von 22 000 Mark, muß sie allerdings noch in der Garage stehen lassen, da sie noch keinen Führerschein besitzt.

Im Endspiel des Damen-Doppels unterlag Isabel Cueto dann mit ihrer Partnerin Christina Singer zum zweiten Mal gegen Petra Keppeler (Augsburg) und Cornelia *Lechner* (Aschaffenburg), die beim 6:2, 6:4 ihren Vorjahressieg wiederholten.

Die Meisterschaften in Mainz-Finthen litten vor allem unter den Absagen der besten deutschen Spieler und Spielerinnen. Bei den Herren fehlten beispielsweise Michael Westphal (Neuss) und der Heidelberger Boris Becker, der zuletzt noch in Melbourne beim Grand-Slam-Turnier



Ein fragender Blick von Isabel Cueto auf den Meister-Pokal: Wird sie ihn jemals gewinnen können? Steffi Graf (rechts) war zu überlegen. FOTO: DPA

von sich reden machte. Bei den Damen waren *Claudia Kohde*, *Sylvia* Hanika und Bettina Bunge nicht am Start. Sie ziehen die Teilnahme an lukrativeren Veranstaltungen vor.

Claudia Kohde schnitt bei ihrem Auftritt in Tokio glänzend ab. Die Saarbrückerin erreichte bei dem mit 300 000 Dollar (etwa 930 000 Mark) dotierten Turnier im Einzel das Finale und im Doppel sogar den Gesamtsieg.

Mit ihrer Partnerin Helena Sukova (CSSR), mit der sie bereits in Filderstadt und Sydney souverän gewonnen hatte, besiegte sie diesmal die *Französin Cathérine Tanvier und* Elizabeth Smylie-Sayers (Australien) deutlich mit 6:4, 6:1. Für das deutschtschechische Paar, das auch in Melbourne im Endspiel gestanden hatte, war es im 26. Spiel bereits der 23. Sieg.

Ihre Erfolge mit Helena Sukova im Doppel könnten für Claudia Kohde im nächsten Jahr allerdings Probleme bei der Partnerinnenwahl aufwerfen. Denn die in den letzten Wochen pausierende Hana Mandlikova (CSSR), mit der die Saarbrückerin im Frühjahr in Hilton Head Island und Orlando die Endspiele im Doppel gewonnen *hatte, meldet für die Turniere* im Januar in den USA ihre Ansprüche an.

Im Einzel reichte es in Tokio für die 21 Jahre alte deutsche Ranglisten-Erste allerdings nicht zum Erfolg. Nach 89 Minuten unterlag Kohde der vier Jahre jüngeren Manuela Maleeva (Bulgarien) mit 6:3, 4:6, 4:6. Dabei hatte die deutsche Spitzenspielerin im zweiten Satz bei einer 4:3-Führung und eigenem Aufschlag sogar eine große Chance, das Spiel zu gewinnen.

„Nach dem Turnier in Australien war ich ziemlich müde. Aber das soll *keine Entschuldigung sein*, denn Manuela hat zuletzt ganz phantastische Passierbälle geschlagen", sagte Claudia Kohde voller Bewunderung für ihre Gegnerin. Gegen Manuela Maleeva hatte sie zuvor erst einmal gespielt. In Zürich mußte sie vor ihrem Dreisatzsieg einen Matchball der Bulgarin abwehren.

Aus Tokio kann Claudia Kohde insgesamt 31 000 Dollar (etwa 95 000 Mark) mit nach Hause nehmen, 22 000 Dollar für Platz zwei im Einzel und 9000 Dollar für den Sieg im Doppel.

Das Weltcup-Wochenende der Nordischen Skisportler – Starke Norweger

Ove Aunli fuhr mit Konkurrenten Schlittschuh

sid, **Davos**

Die Norweger geben im Weltcup-Langlauf weiterhin den Ton an, die Deutschen liefen auch beim 30-km-Rennen in Davos hinterher. Im Schlittschuhschritt stürmte Ove Aunli ohne Wachs an den Brettern auf und davon und verwies seine Landsleute Mikkelsplass, Holte und Monsen auf die Plätze.

„Ich wollte nicht unbedingt gewinnen, sondern nur ausprobieren, ob man ein ganzes Rennen mit dieser Technik durchstehen kann", meinte der Ehemann von Weltmeisterin Berit Aunli. Die in Davos eingebauten Schikanen, die den umstrittenen Siitonen-Schritt auch bei den Nordischen Ski-Weltmeisterschaften 1985 in Seefeld einschränken sollen, erwiesen sich als nahezu wirkungslos. Aunli war jedenfalls nicht zu stoppen.

Im Weltcup-Zwischenklassement liegen mit Mikkelsplass (48 Punkte), *Aunli (41) und Holte (35) ebenfalls* drei Norweger vorne. Ihren totalen Triumph in Davos konnte der UdSSR-Läufer Wladimir Smirnow, *ein Junior, als Fünfter vor Weltmei*ster Oddvar Braa und Geir Holte gerade noch verhindern. Braa gehört übrigens nicht mehr zur norwegischen Nationalmannschaft und bereitet sich unter dem wegen Erfolglosigkeit bei Olympia entlassenen Trainer Magnar Lundemo im Alleingang auf die Weltmeisterschaften vor.

Zu den Verlierern gehörten die Stars Alexander Sawjalow (25.) aus der UdSSR, Harri Kirviesniemi (26.) aus Finnland und Doppel-Olympiasieger Gunde Svan (29.) aus Schweden. Doch ebenso wie die deutschen Langläufer wollen auch sie erst bei den Weltmeisterschaften in From vom 17. bis 27. Januar sein.

„Wir probieren in diesem Winter ein anderes Konzept und bauen die Form langsam auf", kommentierte der Nordische Sportwart Dietrich Martin (Kassel) die Plätze 44 und 46 von Josef Schneider (Grafenau) und Jochen Behle (Willingen). Bereits beim Saisonauftakt über 15 Kilometer im italienischen Cogne (Sieger: Mikkelsplass) hatte Schneider (24.) über 15 Kilometer seinen Freund Behle (26.) knapp abgefangen. Behle nimmt die Niederlagen gelassen hin: „Wir haben aus den Olympia-Fehlern gelernt, diesmal wollen wir in Seefeld zuschlagen."

Felder ist nicht zu bremsen: Dritter Erfolg

sid, **Lake Placid**

Der Österreicher Andreas Felder ist nicht zu bremsen. Der 22jährige feierte auf der großen Olympiaschan*ze in Lake Placid (USA) bereits sei*nen dritten Sieg in der dritten Weltcup-Konkurrenz dieses Winters und führt die Gesamtwertung mit 75 *Punkten vor seinem Landsmann* Ernst Vettori (45) und dem Finnen Jari Puikkonen (44) an.

Mit der Note 225,5 und Weiten von 115,5 und 115 Meter gewann Felder diesmal vor Jiri Parma aus der Tschechoslowakei (217,0/107m+108,5m). Parma gehörte schon im letzten Winter zu den beständigsten Teilnehmern im Springer-Weltcup und wurde insgesamt Fünfter. Den dritten Platz in Lake Placid belegte Vettori (214,1/117m+107,5m).

In Abwesenheit der „DDR"-Springer um Weltcup-Verteidiger Jens Weißpflog landete Olympiasieger Matti Nykänen aus Finnland (203,0/112,5m+108m) nur auf Platz fünf. Nykänen hat nach einem schweren Sturz im Sommer auf einer Mattenschanze noch einen Trainingsrückstand aufzuweisen. Er dürfte erst im Januar wieder in entsprechender *Form sein.*

Bester Springer des Deutschen Skiverbandes (DSV) war Thomas Klauser (185,2) aus Reit im Winkl, der *auf Platz 15* gerade noch einen Weltcup-Punkt buchen konnte. Bundestrainer Ewald Roscher war nur mit vier Aktiven nach Übersee gefahren. In Thunder Bay (Kanada) hatte sich zuvor Peter Rohwein (Isny) bereits zweimal plazieren können.

Der österreichische Seriensieger Andreas Felder, der im letzten Winter durch einen schweren Autounfall in Rückstand geraten war und in der *Endabrechnung aller Weltcup-Sprin*gen lediglich den 15. Platz belegt hatte, gewann aber schon 1982 bei den Weltmeisterschaften am Holmenkollen in Oslo mit den Österreichern die Silbermedaille im Mannschaftswettbewerb. Felder gilt als der Musterschüler des neuen österreichischen Cheftrainers, Professor Paul Ganzenhuber. Bereits bei den großen Mattenspringen im Sommer war Andreas Felder der überlegene Teilnehmer gewesen. Momentan ist er unbestritten die Nummer eins in der österreichischen Skispringer-Mannschaft.

Vier Deutsche holten Punkte für den Weltcup

dpa, **Planica**

Der erste Träger des „Gelben Trikots" als Spitzenreiter im Weltcup der Nordischen Kombination kommt *aus dem Land, in dem die Wiege die*ser Disziplin stand: Der Norweger Geir Andersen gewann in Planica den von Reit im Winkl nach Jugoslawien *verlegten Weltcup-Auftakt.* Andersen startet damit am Donnerstag bei dem vom Kandersteg nach St. Moritz verlegten zweiten Weltcup-Wettbewerb *in der neugeschaffenen* optischen Auszeichnung des „Gelben Trikots".

„Das ist schon fast ein alpines Resultat", kommentierte Sportdirektor Helmut Weinbuch das Abschneiden der Kombinierer des Deutschen Skiverbandes (DSV) unter den 44 Teilnehmern aus zehn Verbänden. Denn mit Hubert Schwarz (Oberaudorf) als Zweiten, Thomas Müller (Oberstdorf) als Fünften, dem Berchtesgadener Hermann Weinbuch als Zehnten sowie Peter Wucher (Isny) auf Rang zwölf kamen vier Athleten in die Weltcup-Ränge.

Die verbesserten Lauf-Leistungen der deutschen Kombinierer wurden besonders bei Schwarz und Weinbuch deutlich. Schwarz hielt einen zweiten Platz vom Springen und verwies Hallstein Boegseth (Norwegen) und den „DDR"-Star Uwe Dotzauer auf die nächsten Plätze. „Für den Anfang war das ganz gut, ich bin zufrieden", freute sich der Oberaudorfer.

Müller verbesserte sich in der 15 Kilometer langen Loipe von Platz elf auf den fünften Rang, und *Hermann* Weinbuch machte in der Loipe gar sieben Plätze gut und lag nur knapp hinter dem österreichischen Talent Klaus Sulzenbacher.

Ein Sonderlob hatten sich die Ausrichter des Weltcups in Planica verdient. *48 Stunden nach der Verlegung* von Reit im Winkl nach Jugoslawien präsentierten sie optimale Wettkampfstätten und eine hervorragende Organisation, *die nicht nur die* hundert Springer und Kombinierer des Alpencups zu bewältigen hatten, sondern auch die Kombinierer beim Weltcup. Bei über 850 Sprüngen an zwei Tagen gab es nicht einen Sturz, und die Loipe war ein bestens präparierter Gradmesser für den Leistungsstand der Kombinierer vier Wochen vor dem Beginn der Weltmeisterschaften in Seefeld.

HANDBALL

Turu Düsseldorf besiegte auch Favorit Essen

DW/sid, Düsseldorf

Ein Neuling wirbelt das Machtgefüge der Handball-Bundesliga gründlich durcheinander. Aufsteiger Turu Düsseldorf zeigte bislang wenig Respekt vor großen Namen und führte Saisonprognosen ad absurdum. Jüngstes Opfer der unbekümmerten Mannschaft vom Rhein ist Meisterschaftsfavorit TuSEM Essen, der in Düsseldorf mit 15:18 (6:7) seine zweite Saison-Niederlage erlitt. Essen bleibt zwar Spitzenreiter mit 13:5 Punkten, doch hat sich der Kreis der Meisterschaftskandidaten auf acht Vereine vergrößert.

„Das wird die spannendste Saison seit Jahren," prophezeit Bundestrainer Simon Schobel angesichts des neuen Tabellenbildes. Nur noch drei Punkte trennen Spitzenreiter Essen (13:5 Punkte) und den Tabellenachten TuS Hofweier. Nach einer Zwischenbilanz von 10:0 Punkten aus den letzten fünf Spielen hat sich Turu Düsseldorf völlig überraschend auf den zweiten Platz vorgeschoben. Trainer Horst Bredemeier hat das Saisonziel inzwischen neu definieren müssen und will jetzt mehr als nur den *Klassenerhalt* erreichen. Von der Meisterschaft wird zwar in Düsseldorf nicht gesprochen, dafür aber umso mehr in Essen. Erst kürzlich hatten der isländische Nationalspieler Gislason sowie Dirk Rauin und Thomas Springel ihren Rücktritt aus der Nationalmannschaft erklärt, um sich ganz auf die mit Essen angestrebte deutsche Meisterschaft zu konzentrieren. Trotzdem scheint die Mannschaft nach dem gescheiterten Anlauf im vergangenen Jahr auch diesmal die Belastung der Favoritenstellung nicht verkraften zu können. „Ohne Disziplin kann man in der Bundesliga nicht gewinnen. So etwas lasse ich in Zukunft nicht mehr zu. In dieser Form bleiben wir nicht lange oben", fürchtet Essens Trainer Petre Ivanescu schon jetzt um die Früchte seiner Arbeit.

Essens Niederlage war nicht die einzige Überraschung des neunten Spieltages: Auch Meister TV Großwallstadt verlor mit 17:24 in Kiel, und Gummersbach siegte nur knapp 18:17 in Dankersen.

ALPINER SKISPORT / Die Erfolgsserie der deutschen Mannschaft hält an – auch bei den Herren

Österreich atmet auf. Endlich ein Sieg von Helmut Höflehner bei der Abfahrt von Gröden

O. BROCKMANN, Gröden

Die Erfolgsserie des deutschen Ski-Teams hält an. Die 19jährige Marina Kiehl übernahm mit ihrem Sieg im Riesentorlauf von Madonna di Campligio erstmals in ihrer jungen Laufbahn die Führung im Gesamt-Weltcup, während der vierte Rang von Klaus Gattermann in der ersten Saison-Abfahrt von Gröden einen beinahe sensationellen Anstrich hatte. Das gute Abschneiden rundete Frank Wörndl als Neunter des Slaloms von Madonna die Campligio ab. Was Wörndl schaffte, war zugleich eines der besten Resultate eines deutschen Läufers bei einem Weltcup-Slalom. Der Sonthofener lag nach dem ersten Durchgang auf dem 15. Rang, attackierte dann und fuhr mit der siebtbesten Zeit des zweiten Laufes auf den neunten Rang im Gesamtergebnis vor.

Sieger des Rennens wurde überraschend Bojan Krizaj aus Jugoslawien, der zweimal Laufbestzeit erzielt hatte. Für den blonden Slowenen war es der fünfte Sieg in einem Weltcup-Rennen. Den zweiten Platz belegte der Liechtensteiner Andreas Wenzel, der bislang nicht in Form zu sein schien, vor dem erfahrenen Bulgaren Petar Popangeloff und dem Schweden Ingemar Stenmark, der damit sein bisher bestes Ergebnis in der Saison 1984/85 erreichte.

Nur zehn Sekunden lang hatte in Madonna di Campligio die Vorstellung des Schweizer Weltcup-Siegers Pirmin Zurbriggen gedauert – dann war er im ersten Durchgang des Slaloms ausgeschieden. Den für Luxemburg startenden Österreicher Marc Girardelli – derzeit heftigster Konkurrent Zurbriggens um den Sieg im Gesamt-Weltcup – erwischte es dann im zweiten Durchgang. Er gesellte sich in die Reihe der prominenten Ausfälle, die von dem Italiener Paolo de Chiesa, dem Liechtensteiner Paul Frommelt, dem Österreicher Franz Gruber und dem Schweden Stig Strand komplettiert wurde. Auch Florian Beck aus Gunzesried beendete den zweiten Durchgang nicht.

Jubel im deutschen Ski-Team, aber auch die Ski-Nation Österreich atmete wieder auf. Bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo arg gebeutelt, beendete die österreichische Mannschaft die erste Weltcup-Abfahrt dieses Winters in Gröden mit einem triumphalen Erfolg. An der Spitze des ersehnten Höhenflugs fuhr der Olympia-Fünfte Helmut Höflehner als achter Starter eine unübertroffene Superzeit, an der die Olympiasieger Franz Klammer und Leonhard Stock (beide Österreich) ebenso weit abgeschlagen scheiterten wie Bill Johnson (USA).

Im Rampenlicht stand plötzlich der 25jährige Höflehner, ein ruhiger, junger Mann, alles andere als ein Siegertyp, eher ein Anti-Star. „Noch nie bin ich so gut in eine Saison gestartet, sonst reichte es immer nur zu Platz fünf bis zehn", jubelte der Sieger von Gröden. Der Schuß zum großen Sieg hinunter ins Tal vollzog sich bei Höflehner im nachhinein wie ein Film: „Beinahe hätte es mir gar den Ski weggerissen, da wußte ich: Du mußt sehr schnell sein!"

Die Niederlagenserie der Österreicher war ihm vor dem Start fast gleichgültig gewesen. „Ich wollte heute nur beweisen, daß ich nicht nur im Training, sondern auch im Wettkampf unsere Nummer eins bin." Er war es, vor seinem Landsmann Peter Wirnsberger, dem Schweizer Conradin Canthomen und dem deutschen Rennläufer Klaus Gattermann. Anton Steiner (6.) und Rudolf Huber (8.) komplettierten den österreichischen Erfolg. Höflehner: „Wir wollen Revanche für den enttäuschenden Olympia-Winter."

Klaus Gattermann fuhr seiner Pechsträhne davon

Eigentlich ist das alles doch vollkommen normal. Einer von uns mußte endlich einmal weit vorne reinfahren." Abfahrtstrainer Martin Osswald blieb in dem Jubel und Trubel um Klaus Gattermann gelassen. Aber als einziger im deutschen Lager, das den sensationellen vierten Platz von Gattermann im Zielraum überschwenglich feierte. Der Werkzeugmacher aus Bayerisch-Eisenstein hatte auf dem steilen Hang von Gröden die beste deutsche Abfahrtsplazierung erreicht, seitdem Sepp Ferstl vor fünf Jahren in Kitzbühel gewonnen hatte.

Während Gattermann von seinen Teamkameraden gefeiert wurde, stammelte er nur: „Das ist ein unbeschreibliches Gefühl. Einfach unbeschreiblich." Niemals habe er mit einem solchen Platz gerechnet. Dann versuchte er den Triumph zu erklären: „Früher ging in den Rennen einfach alles daneben, weil ich zu viel wollte. Gestern bin ich auch das volle Risiko eingegangen, aber es lief wie im Traum." Das bestätigte auch Osswald, der gleich nach dem Rennen eine Video-Aufzeichnung gewissenhaft analysierte: „Ich konnte keinen Fehler entdecken."

„Nach den enttäuschenden Trainingsresultaten vom Freitag hatte Gattermann alles verdrängt und keine Sekunde mehr an seine Fehler gedacht. „Ich kann mich nur einmal an drei Tagen optimal konzentrieren. Das hebe ich mir halt fürs Rennen auf. Man muß sich mental an die Spitzenfahrer herantasten. Und die Piste von Gröden gefällt mir." Kein Wunder, der ruhige, etwas sensible Gattermann hatte in Gröden vor drei Jahren ebenfalls einen vierten Platz und im Vorjahr bei einem Neuschneerennen den sechsten Platz herausgefahren. Das ist auch der Grund für Gattermanns Genugtuung: „Jetzt kann keiner mehr sagen, daß das Zufall war."

Gattermann, der noch bis Juni 1985 der Sportförderungsgruppe der Bundeswehr in Regen angehört, führt die Steigerungen auf eine „großartige Moral der Truppe" zurück. „Jetzt bekommen wir alle noch mehr Auftrieb. Wir Abfahrer können doch wirklich etwas." Ein gesteigertes Techniktraining vor der faden Sommerarbeit habe jetzt den Ausschlag gegeben. Die familiäre Stimmung gebe ihm weiter Auftrieb. Familiär im wahrsten Sinne des Wortes: Sein Vater ist einer der Denker und Lenker im deutschen Skisport, sein Bruder Slalomtrainer. Gattermann fuhr endlich der Pechsträhne der letzten Monate davon. Eine schwere Magen-und-Darm-Krankheit der Mutter hatte ihn bedrückt. Und vor vier Wochen endete ein schwerer Sturz für ihn mit einem doppelten Nasenbeinbruch. „Die Pause ist mir aber sehr gut bekommen", sagt er.

So besaß der 23 Jahre alte Gattermann auch den Mut zu einem riskanten Materialeinsatz in Gröden. Denn beim Training benutzte er einen funkelnagelneuen Ski. „Doch der ist super gelaufen."

„Gattermann hat von allen am ernsthaftesten und profihaftesten trainiert", lobte Trainer Martin Osswald seinen Schützling. „Dieser Aufwand mußte sich doch in diesem Winter bezahlt machen." Am Abend nach dem großen Erfolg machte der Trainer aus seiner Freude dann keinen Hehl mehr. „Wir müssen heute wohl einige Flaschen köpfen."

Vielleicht war der Erfolg doch nicht „so vollkommen normal". Denn auch Sepp Wildgruber (14.), Herbert Renoth (19.) und Markus Wasmair (20.) schnitten sehr gut ab. „Sepp ist einfach super gefahren, lag lange an fünfter, sechster Stelle", meinte Osswald. Und Wildgruber selbst: „Dieser dumme Patzer kurz vor Ende des Rennens hat mich viele Plätze gekostet." Neben Gattermann hat der Deutsche Ski-Verband schließlich mit Wasmair einen weiteren Trumpf im WM-Winter. Gattermann: „Markus hat noch längst nicht sein letztes Wort gesprochen und wird sich weiter steigern."

Eine Einschätzung, die auch der Sieger von Gröden ganz allgemein bestätigte. Helmut Höflehner: „Ich hatte immer das Gefühl, daß die Deutschen in diesem Winter auf gute Plätze fahren werden." Ein Kompliment, das in den letzten Jahren sehr selten angebracht war. -brock

Marina Kiehl und ihr längst überfälliger Weltcup-Erfolg

Wütend stampfte Marina Kiehl wie ein kleines trotziges Kind immer wieder mit dem rechten Fuß auf. „Nein, nein, ich habe nicht gewonnen. Ich glaube das nicht", meinte die Münchnerin schon fast zornig. Zuletzt hatte Zoe Haas ihr in Puy St. Vincent einen sicher geglaubten Abfahrtssieg vor der Nase weggeschnappt. Deshalb bangte sie minutenlang in Madonna di Campiglio um ihre Bestzeit. An ihrem Triumph im Riesentorlauf gab es diesmal aber nichts zu rütteln.

Nach vielen Schrecksekunden lachte das 19 Jahre altes Mädchen endlich über sein ganzes mit Sommersprossen übersätes Gesicht. „Nach soviel Pech ist dieser Sieg das Größte." Am Wochenende fuhr sie nach ihrem Erfolg im Super-Riesenslalom von Mount St. Anne ihren zweiten Weltcup-Sieg heraus. Irene Epple gratulierte als erste: „Ihr Sieg im Riesentorlauf war längst überfällig. Marina kann in flachen und steilen Stücken phantastisch gleiten." In die lange Reihe der Gratulanten reihte sich auch Erika Hess, die Weltcupsiegerin des letzten Winters, ein: „Klar, mit diesem Mädchen aus Deutschland ist stark zu rechnen."



Selbst im Sommerurlaub am Strand von Italien an der Kondition gearbeitet: Marina Kiehl. FOTO: AP

Denn Marina Kiehl stand in Madonna an der Spitze einer gewaltigen deutschen Erfolgspyramide. Vier Mädchen unter den ersten zwölf: Michaela Gerg (Sechste), Traudl Hächer (Elfte) und Irene Epple (Zwölfte). „Ich war schon immer von unserer Stärke überzeugt. Die Mädchen mußten ihre guten Trainingsergebnisse nur einmal richtig umsetzen", urteilte Trainer Willi Lesch. Die Siegerin lobte er verständlicherweise in den höchsten Tönen: „Ich habe noch nie eine Fahrerin gesehen, die sich selbst so hervorragend analysieren kann. Sie steht im Ziel und weiß sofort, was sie falsch gemacht hat." Diesmal blieb Marina allerdings sprachlos. Es war ein perfektes Rennen.

„Ich habe mir zuletzt oft Video-Aufzeichnungen von Männern angeschaut. Da wurden mir viele Fehler in meiner Fahrweise bewußt", meinte Marina Kiehl, die zwei Komponenten für ihre Siegfahrt herausstreicht: verbesserte Kondition und Konzentration. „Heute kann ich mich am Tag des Rennens optimal konzentrieren. Früher wußte ich oft nicht, ob es nun rechts oder links weitergeht." Jetzt besitze sie gerade noch jenes Maß an Nervosität, das für eine Spitzenleistung stimulierend wirke.

Die nötige Kondition hatte sich die nur 1,64 m große und 62 kg schwere Marina bei einem sehr harten Krafttraining in einem Fitneß-Studio in München-Fürstenried geholt. Selbst beim diesjährigen Sommerurlaub mit ihren Eltern tankte sie am italienischen Strand Kraft. Mit einem sandgefüllten Autoreifen machte sie in der Mittagshitze Kniebeugen. Mama und Papa haben es wohl mit einem lächelnden Auge beobachtet. Marinas Eltern erleben die Skifahrten ihrer Tochter übrigens nie an der Strecke mit. Die Siegerin von Madonna bringt dies auf einen einfachen Nenner: „Meine Mutter zittert immer viel zuviel, und mein Vater muß immer arbeiten."

Der Herr Papa besitzt eine Chemiefabrik und verdient offenbar viel Geld. Marina Kiehl will aber nichts davon hören, ein verwöhntes Millionärstöchterlein zu sein. Das Geld des Vaters in der Hinterhand stärkt aber den Rücken. Es ermöglichte wohl auch, daß Marina Kiehl nach der mittleren Reife nur Ski fahren konnte.

So hat sich die Münchnerin in den letzten Jahren an die Spitze herangeschoben. „Ihre Skitechnik ist bereits jetzt ausgereift. Ich brauche ihr eigentlich nichts mehr zu sagen", meinte Willi Lesch. Sie müsse eben immer so fahren wie in Madonna. „Nach dem Sieg hat sie dazu bestimmt auch das notwendige Selbstbewußtsein." Marina Kiehl wiegelte aber zu großen Optimismus im WM-Winter ab: „So traumhaft kann es nicht immer laufen:" Nur die Erwartungen nicht überspannen ...

Sie tut es selbst auch nicht, läßt sich von ihrer augenblicklichen Führung im Gesamtweltcup nicht täuschen: „Da habe ich keine Chance, weil ich im Slalom nicht gut genug bin. Und ich fahre Ski, weil es mir Spaß macht." -brock

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Bromwich 4:0, Aston – Liverpool 0:0, Chelsea – Stoke 1:1, Coventry – Southampton 2:1, Everton – Nottingham 5:0, Ipswich – Sunderland 0:2, Leicester – Luton 2:2, Manchester United – Queens Park 3:0, Newcastle – Norwich 1:1, Watford – Tottenham 1:2, West Ham – Sheffield 0:0. – Tabellenspitze: 1. Everton 37 Punkte, 2. Tottenham 36, 3. Manchester United und Arsenal je 35. – **„DDR"-Oberliga,** 13. Spieltag: Frankfurt – Dynamo Berlin 3:3, Jena – Dresden 4:0, Leipzig – Karl-Marx-Stadt 2:2, Aue – Lok Leipzig 2:1, Riesa – Brandenburg 2:2, Magdeburg – Erfurt 2:2, Suhl – Rostock 0:1. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 22:2, 2. Dresden 20:6, 3. Lok Leipzig 19:5, 4. Magdeburg 17:9. – **Zweite Bundesliga,** Nachholspiele: Homburg – Hertha BSC 3:2, St. Pauli – Stuttgart 2:0. – **Freundschaftsspiele:** Leverkusen – Leningrad 2:1, Haßloch – Frankfurt 3:6.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Leverkusen – Gießen 83:85, Bamberg – Heidelberg 82:79, Charlottenburg – Göttingen 70:92, Düsseldorf – Köln 86:103, Osnabrück – Hagen 71:72. – **Damen,** 14. Spieltag: Köln – Leverkusen 92:63, München – Porz/Hennef 71:68, Frankfurt – Osterfeld 68:78.

BOXEN

Bundesliga, 1. Wettkampftag: Ahlen – Leverkusen 14:11, Eichstätt – BS Württemberg 14:12.

EISHOCKEY

Bundesliga, vorgezogenes Spiel vom 24. Spieltag: Essen-West – Schwenningen 0:4.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 9. Spieltag: Düsseldorf – Essen 18:15, Dankersen – Gummersbach 17:18, Weiche-Handewitt – Reinickendorf 13:22, Hüttenberg – Schwabing 18:18, Hofweier – Lemgo 20:13, Kiel – Großwallstadt 24:17. – **Frauen,** 6. Spieltag, Gruppe Süd: Guts Muths Berlin – Lützellinden 15:20. – *Gruppe Nord,* 5. Spieltag: Minden – Kiel 14:15.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag, Gruppe Nord: SW Köln – Leverkusen 6:5, Berlin – Großflottbek 12:9, Hannover – Braunschweig 12:10, RW Köln – Gladbach 8:8. – Gruppe Süd: Stuttgart – Limburg 15:8, Mülheim – Frankenthal 9:8, Dürkheim – BW Köln 15:8, Heidelberg – München 10:13. – **Damen,** 5. Spieltag, Gruppe Nord: Klipper Hamburg – Braunschweig 5:6, Charlottenburg – HC Hannover 6:7, Brandenburg – DHC Hannover 17:3, Berlin – UHC Hamburg 6:6. – Gruppe Süd: Frankfurt – Düsseldorf 9:7, Leverkusen – BW Köln 5:6, Frankenthal – Raffelberg 4:4, Stuttgart – Hanau 2:7.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Friedrichshafen – München 3:1, SSF Bonn – Paderborn 3:2, Leverkusen – Fort. Bonn 3:1, Berlin – Gießen 2:3, Passau – Hamburg 0:3. – **Damen:** Rüsselsheim – Schwerte 3:1.

REITEN

CSI in London, 5. Weltcupspringen: 1. Skelton auf St. James 0 Fehler/32,62 Sek., 2. Whitaker (beide England) Owen Gregory 0/33,92, 3. Schockemöhle (Deutschland) So Long 0/36,31. – Stand im Weltcup: 1. Skelton 62 Punkte, 2. Schockemöhle 49, 3. Whitaker 48.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Gröden/Italien: 1. Höflehner (Österreich) 2:06,82 Min., 2. Cathomen (Schweiz) 2:07,66, 3. Wirnsberger (Österreich) 2:08,25, 4. Gattermann (Deutschland) 2:08,34, 5. Alpiger (Schweiz) 2:08,42, 6. Steiner (Österreich) 2:08,61. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Zurbriggen (Schweiz) 84, 2. Girardelli (Luxemburg) 70, 3. Erlacher (Italien) 58, ... 6. Wasmaier (Deutschland) 36. – **Weltcup-Riesenslalom** der Damen in Madonna di Campiglio: 1. Kiehl (Deutschland) 2:49,65, 2. Walliser (Schweiz) 2:50,57, 3. Haas (Schweiz) 2:50,67, 4. Kirchler (Österreich) 2:51,12, ... 6. Gerg 2:51,76, ... 11. Hächer 2:53,37, 12. Epple (alle Deutschland) 2:53,40. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Kiehl 67, 2. Hess 58, 3. Oertli 54, ... 9. Gerg 41. – Stand im Riesenslalom: 1. Kiehl und Walliser je 40, 2. Hächer 30, 4. Kirchler 23, 5. Gerg 20.

SKI NORDISCH

30-km-Weltcup-Langlauf in Davos: 1. Aunli 1:18:34,2 Std., 2. Mikkelsplass 1:19:05,0, 3. Holte 1:20:53,1, 4. Monsen (alle Norwegen) 1:21:12,7, ... 44. Schneider 1:24:56,9, ... 49. Behle 1:25:25,1, ... 97. Dotz (alle Deutschland) 1:29:59,1. – Stand im Weltcup: 1. Mikkelsplass 48, 2. Aunli 41, 3. Holte 35. – **4x10 km-Staffel Herren:** 1. Norwegen 1:44:22,7 Std., 2. Schweiz 1:44:46,9, 3. Schweden 1:44:52,6, 4. Schweiz II 1:45:34,3, ... 12. Deutschland I (Behle, Dotzler, Schneider, P. Zipfel) 1:48:30,3, ... 23. Deutschland II (Kuß, Keller, Notz, U. Zipfel) 1:49:33,6. – **3x5-km-Staffel Damen** in Val di Sole: 1. Finnland 45:35,8 Min., 2. UdSSR I 45:49,4, 3. UdSSR II 46:01,7, 4. Norwegen 46:15,2, ... 16. Deutschland (Rombach, Buhl, Jäger) 49:40,2.

EISKUNSTLAUF

Junioren-WM in Colorado Springs (USA): Endstand Damen: 1. Andrejewa (UdSSR) 3,8, 2. Becher (Deutschland) 5,0, 3. Gorbenko (UdSSR) 6,8.

SKISPRINGEN

Weltcup in Lake Placid, 90-Meter-Schanze: 1. Felder (Österreich) 225,5, 2. Parma (CSSR) 217,0, 3. Vettori (Österreich) 214,1, 4. Puikkonen 205,7, 5. Nykänen (Finnland) 203,0, ... 15. Klauser (Deutschland) 185,2. – Stand im Weltcup: 1. Felder 75, 2. Vettori 45, 3. Puikkonen 44, 4. Kokkonen 39.

TENNIS

Internationales Turnier in Sydney, Finale: Fitzgerald (Australien) – *Giammalva* (USA) 6:3, 6:3. – Doppel: van Rensburg/Annacone (Südafrika/USA) – Gullikson/McCain (USA) 7:6, 6:5. – **Internationales Damen-Turnier in Tokio,** Finale: Maleeva (Bulgarien) – Kohde (Deutschland) 3:6, 6:4, 6:4. – Doppel: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Smylie/Tanvier (Australien/Frankreich) 6:4, 6:1.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Samson (H. Strompen), 2. Wunschsendung, 3. Grivello, Toto: 52/22, 38, 466, ZW: 732, DW: 29 600, 2. R.: 1. Hairos (P. Remmert), 2. Thusmenia, 3. Zerberus, Toto: 68/26, 50, 42, ZW: 640, DW: 9096, 3. R.: 1. Hato (O. Frei), 2. Garanga, 3. Granthi, Toto: 76/16, 22, 12, ZW: 1064, DW: 3812, 4. R.: 1. Joschi (U. Pliefke), 2. Lucky, 3. Tramara, Toto: 60/19, 42, 34, ZW: 1172, DW: 7900, 5. R.: 1. Barratos (J. Koslowski), 2. Petri, 3. Romedio, Toto: 68/22, 22, 15, ZW: 356, DW: 1212, 6. R.: 1. Bathseba (V. Furler), 2. Santiago, 3. Galstica, Toto: 196/26, 15, 14, ZW: 1412, DW: 3780, 7. R.: 1. New Yorker (P. Alafi), 2. Kai, 3. Kalmara, Toto: 36/13, 12, 18, ZW: 60, DW: 572, 8. R.: 1. Almandin (P. Alafi), 2. Amber Star, 3. Ovaude, Toto: 28/15, 17, 38, ZW: 204, DW: 4040, 9. R.: 1. Husar (D. McCann), 2. Boller, 3. Blue Diamond, Toto: 120/30, 26, 74, ZW: 600, DW: 7076.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 26, 29, 36, 39, 49, Zusatzzahl: 40. – **Spiel 77:** 0 9 8 8 8 9 7. – **Glücksspirale:** Endziffern: 3, 30, 760, 1493, 57 659, 808 106. – Los-Nummern: 2 248 217; 7 179 233, 8 994 872. – Prämienziehung: 255 361, 783 158, 835 129. – Schlußziehung: 56 563 (Ohne Gewähr).

JUDO

Rüsselsheim holt den Europapokal

dpa, Rüsselsheim

Der JC Rüsselsheim gewann nach 1983 zum zweiten Mal den Judo-Europapokal. Nach dem überraschenden 5:1-Sieg beim JC Visoke Skoly Prag setzten sich die Rüsselsheimer auch im Rückkampf gegen die Tschechoslowaken mit 4:0 durch.

„Das ist mein größter Triumph", erklärte Mannschaftskapitän Steffen Stranz nach der Pokalverteidigung. Der Deutsche Meister im Weltergewicht hatte wie seine Teamkameraden Gustav Schaller (Leichtgewicht), Roland Schell (Halbmittelgewicht) und Dietmar Geyer (Halbschwergewicht) seinen Kampf gewonnen.

Die Rüsselsheimer wollen nun sogar den VfL Wolfsburg übertreffen, der den Europapokal schon dreimal errungen hat. Im nächsten Wettbewerb ist der Deutsche Judo-Bund mit Meister TSV München-Großhadern und dem JC Rüsselsheim erneut durch zwei Klubs vertreten.

RINGEN

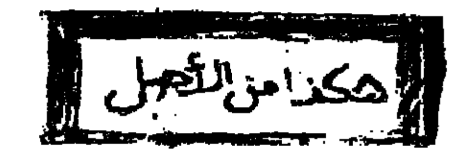
Urloffen: Halber Punkt Vorsprung

sid, Reilingen

Spannende Kämpfe erlebten die Zuschauer in der ersten Runde der Mannschaftsmeisterschaften im Ringen. Der ASV Urloffen zog nur mit einem halben und der frühere Meister AV Reilingen mit einem Punkt Vorsprung ins Halbfinale ein.

Der TuS Aldenhoven hatte gegen Urloffen den Rückstand von der Hinkampf-Niederlage (13:25,5) im Rückkampf nach fünf Siegen (18:1 Punkte) mehr als wettgemacht. Doch die Urloffener um Martin Knosp holten Punkt um Punkt auf und blieben mit einer 13:25-Niederlage im Gesamtergebnis (38,5:38) noch vorn.

Reilingen, das den Hinkampf beim deutschen Vizemeister VfK Schifferstadt mit 20:19 gewonnen hatte, reichte diesmal ein 18:18 zum Weiterkommen. Ebenfalls im Halbfinale stehen Titelverteidiger Aalen (44:23 über Goldbach) und Wiesental (44,5:34 über Witten).



DIE BRANCHE

Mit dem Nulltarif tritt Leasing auf der Stelle

Das Leasing von Automobilen läuft zwar noch, aber es kann nicht verhehlt werden, daß das leidige Thema Katalysatoren auch unser Geschäft beeinflußt hat. Das sagen die Auto-Leasinggesellschaften übereinstimmend, und das läßt sich sogar an Annoncen ablesen, die den Kunden empfehlen, jetzt nicht zu kaufen, sondern zu leasen.

Das Argument hat etwas für sich. Den mit Bargeld oder auf Kredit gekauften Wagen fährt man wesentlich länger als ein Leasing-Fahrzeug, das bisher für durchschnittlich 36 Monate geleast wurde. Jetzt schrumpfen die Leasing-Zeiten auf durchschnittlich 24 Monate, weil man mit diesem Zeitraum in der Umrüstungsphase auf Katalysatoren zu bleiben hofft.

Verunsichert sind vornehmlich die privaten Leaser. Die Profis der Flottenleaser bleiben nach wie vor gelassen. Sie gehen aus Erfahrung davon aus, daß der Staat keine Gesetze erlassen wird, die nicht mit Übergangsfristen die Kalkulierbarkeit einer Investition garantieren. Aber auch sie ziehen neuerdings die kürzeren Leasingfristen von 24 Monaten vor.

Betrachtet man allein das Produzenten-Leasing, so muß man feststellen, daß die einen mit ihren Katalysatoren weiter sind als andere. Entsprechend verhalten sie sich am Leasing-Markt. Wer seine Katalysatoren praktisch fertig entwickelt hat und anbieten kann, der braucht das Leasing nicht zu forcieren.

Denn mit dem Katalysator schleicht sich eine große Ungewißheit auch bei den Auto-Leasinggesellschaften ein: Wie sieht der Gebrauchtwagenmarkt der Zukunft aus? Und da das niemand weiß, müßten praktisch alle die Restwerte erheblich niedriger kalkulieren und die Leasing-Raten für die Kunden heraufsetzen.

Katalytische Verwirrung

Rein theoretisch bietet sich natürlich die Möglichkeit an, mit dem Kunden kleine Restwerte zu vereinbaren mit dem Zusatz, daß bei Erzielung höherer Gebrauchtwagenpreise die Differenz dem Kunden wieder zufließt. Aber wird dann der Kunde nicht sagen, dann kaufe ich doch gleich selbst und verwerte mein Fahrzeug selbst? Der Leasing-Service würde also leiden.

Von der katalytischen Verwirrung sind die einzelnen Automobilgesellschaften und ihre Leasing-Töchter unterschiedlich betroffen. Hat eine Gesellschaft 75 Prozent gewerbliche Kunden – also die Profis –, so hält sich die Verwirrung bei den restlichen 25 Prozent des privaten Leasings in Grenzen und kann eher durch Aufklärungsarbeit beseitigt werden.

Anders bei den Firmen, die das private Leasing forcierten und nun die weit überwiegende Zahl ihrer Kunden besänftigen müssen. Hier wird sich erweisen, ob es den Leasing-Gesellschaften in der Vergangenheit gelungen ist, ihren Händlerstab so zu schulen, daß jetzt das Leasing-Geschäft reibungslos weiterläuft, wenn auch mit größerem Marketingaufwand.

Trotz des Katalysators ist die Branche sicher, daß 1984 erneut zehn Prozent mehr Neuverträge hereingeholt werden, daß sich dann der Bestand an geleasten Personenkraftwagen auf rund 600 000 erhöhen wird. Besonders gut ist das Wachstum beim gewerblichen Leasing. Hier spielt auch die konjunkturelle Belebung hinein, nicht zuletzt auch das Stimulans, das vom jüngsten optimistischen Bericht der Fünf Weisen ausgegangen ist und weiterhin ausgeht.

Furore macht nach wie vor der vor einem Jahr am Markt aufgetauchte sogenannte Nulltarif, zu dem man privat Autos leasen kann. Dieser Nulltarif besagt, daß der Auto-Leaser seinen Wagen praktisch zum Listenpreis bekommt, man entrichtet zu Beginn des Vertrages eine Sonderzahlung, die sich zum Schluß gegen den Restwert aufrechnet. Was bleibt, ist der Listenpreis.

Eine bittere Lehre

Natürlich muß man sich fragen, wer denn für das festgelegte Kapital während der Laufzeit des Fahrzeuges die Zinsen bezahlt. Natürlich muß man antworten, daß es auch beim Nulltarif der Autoleaser ist. Er merkt es nicht, denn er weiß ja nicht, daß sein Leasing-Geber ihm geringere Rabatte gewährt, um auf diesem Wege seinen eigenen Zinsendienst zu bewerkstelligen.

Die Erfahrung mit dem Nulltarif hatte bisher eine bittere Lehre: In der Regel leasten die Kunden das Fahrzeug zum „Nulltarif" und kauften es nach Ablauf der Vertragsfrist. Da zum Nulltarif im Durchschnitt für 18 bis 24 Monate geleast wird, heißt das, daß die Nulltarif-Verleaser immer schneller neue Kunden akquirieren müssen, um wenigstens den Bestand zu halten.

Die Gefahr läßt sich daher nicht mehr von der Hand weisen, daß das Angebot zum „Nulltarif" zur Bremse für das gesamte Autoleasing wird, zumindest aber für jene Gesellschaften, die in dieses Geschäft besonders groß eingestiegen sind und nun unter Zwang handeln müssen.

Vielleicht aber finden sie zum klassischen Leasing zurück. Dazu bedarf es des gezielten Marketings für das „bessere" Leasing, das mehr als eine so schöne Vokabel wie „Nulltarif" zu bieten hat, um die im übrigen noch ein Rechtsstreit anhängig ist.

Was Leasing braucht, liegt eigentlich auf der Hand: eine hohe Loyalitätsrate bei den Kunden, die dann auch wiederkommen und einen Stammplatz in der Kundenkartei haben. Laufkundschaft paßt nicht zur Idee des Leasing, ein seriöser Finanzierungs- und Service-Partner zu sein. Leasing verkommt, wenn es zum Schnellimbiß wird.

HANS BAUMANN

Dem Leasing ins Stammbuch geschrieben

Kritische Bilanz nach zwanzig Jahren

Vom ersten Tag des Leasing-Geschäftes in der Bundesrepublik Deutschland vor gut 20 Jahren an beschäftigte sich WELT-Korrespondent Hans Baumann mit diesem Finanzierungsinstrument und mit der Branche. In Nummer 7 der Schriftenreihe der FL Finanz-Leasing GmbH, Wiesbaden, zieht er als Gastautor eine kritische Bilanz, die wir hier wiedergeben.

Erwachsenen obliegt die Pflicht, Jugendsünden zu verzeihen. Erwachsene haben aber gleichzeitig die Aufgabe, Jugendliche auf dem Weg der Tugend zu halten und sie vor Leichtfertigkeit zu bewahren.

Schaut man genau hin, so muß man feststellen, daß die Branche des Leasing einem Jugendlichen sehr vergleichbar ist. Erst knapp 20 Jahre alt, hat sie das Stadium voller Reife längst nicht erreicht. Und die Väter so mancher Leasing-Gesellschaft können nicht ausnahmslos für sich in Anspruch nehmen, ihrer Sorgfaltspflicht voll entsprochen zu haben.

Leasing ist für die Welt der Finanzierung ein Ereignis, das sich im Orbit nur mit der Mondlandung vergleichen läßt. Diese Innovation für die Finanzwelt sollte die sorgenzerfurchten Köpfe optimistischer stimmen, die die Katastrophe der Überschuldung so vieler Staaten für unabwendbar und den Zusammenbruch der *Leitvaluten dieser Erde für* zwangsläufig halten. Leasing, das Zimmerer für die größte Tat seit der Erfindung des Zinses hält, beweist, daß der menschliche Geist immer wieder Wege findet, erscheint die Rettung auch noch so aussichtslos.

Und gerade weil Beispielloses so schwer an traditionsbewußte Köpfe zu bringen ist, traditionsbewußte Köpfe aber vorzugsweise dort installiert sind, wo finanziert wird und wo den Finanzen die legislativen und exekutiven Wege geebnet werden, gerade darum hatte das Leasing in der Bundesrepublik einen Start in Bleischuhen.

Es war ein langer und beschwerlicher Weg, ehe der Staat die Lebens*fähigkeit* des jungen Finanzierungsinstruments garantierte. Refinanziers – sprich Banken – mußten den steifen Kragen ihrer ererbten Kreditfinanzierung (gegen satte Sicherheiten) ablegen und sich an den salopperen Look des Leasing gewöhnen, der kundennah und daher problemnah fast mit offenem Kragen daherkam.

Bis heute – und das ist Kritikpunkt Nummer eins – haben viele Refinanziers diesen Wandel nicht begriffen oder ihn doch zumindest innerlich nicht akzeptiert, obwohl sie sich kapital- und ertragsbewußt des „Geschäftes" Leasing annahmen. Es grenzt ans Unbegreifliche, daß selbst heute noch Leasing-Töchter von ihren Banken kalt blockiert werden, wenn sie sich nach neuen, günstigen Refinanzierungsquellen umsehen, um entweder das Geschäft auszuweiten oder aber den Status im heiß umkämpften Markt halten zu können. Hier nimmt die freiheitliche Ordnung des Marktes übel, wenn jemand „fremd" zugehen versucht.

Leasing aber, das eilige Mütter wie *Stiefkinder betrachten*, hat es schwer beim Leasing-Nehmer, der nicht selten hinter der Hand von Bankenmüttern auf die „Vorzüge" des Besitzes eines Produktionsgutes und damit auf den abzuarbeitenden Kredit hingewiesen wird. Doch – das muß festgehalten werden – hier bahnt sich ein Wandel an. In die Verantwortungsetagen der Kreditinstitute rücken Generationen ein, die Leasing im wahrsten Sinne des Wortes „begriffen" haben, die wissen, daß Kapital auch dann Arbeit leisten kann, wenn es im Abschreibungsvolumen eines *Dritten bleibt, beim Leasing-Geber* nämlich, der das Leasing-Gut beim Produzenten kauft und es dem Leasing-Nehmer zum Nutzen gegen nichtaktivierungspflichtige Aufwendungen überläßt.

Man hätte dem „Jugendlichen" Leasing also gern „modernere" Mütter gegönnt. Aber: Waren sie wirklich *alle altmodisch? Beileibe nicht!* Es gab auch Kreditinstitute, die sofort auf den neuen Zug sprangen, die keine Mark scheuten, um ihren jungen Leasing-Kindern große Sprünge zu ermöglichen. Und so entwickelten sich in der Leasing-Branche völlig unterschiedliche Managements, nämlich die von Haus aus traditionsgebremsten und die ein wenig „zügelloseren"; Kritikpunkt Nummer zwei.

Denn während der Kredit auf der Schiene des Leitzinses kalkulierbar bleibt, haftet dem Leasing ein Hauch von Lotterie (oder Spekulation) an. Dieses Finanzierungsinstrument bedient sich der Möglichkeit der Restwertkalkulation, die ein wenig an Sterndeuterei erinnert.

Hoch kalkulierte Restwerte drücken die Leasing-Raten, niedrige Leasing-Raten aber machen Markt. Also wurden hohe Restwerte kalkuliert, um Macht am Markt hinzuzugewinnen. Diese hohen Restwerte, die auch heute noch nicht ausgestorben sein sollen, hatten nur einen kleinen Fehler: Der Leasing-Geber mußte sie als Forderung in seine Bilanz einstellen. So wuchsen – beinahe unbemerkt – neben Milch- und Butterbergen in der Bundesrepublik Deutschland Restwert-Gebirge, die in den Bilanzen der Leasing-Geber mit immer größerer Mühe von Jahr zu Jahr übergewälzt werden mußten; Kritikpunkt Nummer drei.

Der kritische Beobachter bangte um den Ruf der jungen Branche. Er wußte aber auch, daß dadurch die Kreditwirtschaft nicht aus den Angeln gehoben werden würde, denn alle wirklich potenten Leasing-Gesellschaften sitzen in wohlgepolsterten Schößen von Finanzierungs-Müttern, die die Pleite zu verhindern wissen, die das Spektakulum nicht stattfinden lassen, die den Vorhang der Rücklagenauflösung vor das „Ereignis" fallen lassen.

Doch genau da winkt dem Leasing-Gedanken eine ganz aktuelle, in 20 Jahren herangekeimte Gefahr: Die der Entmündigung, der Rückfall in die Fänge einiger Refinanziers, die Leasing wohl dulden, es aber kaum lieben. Gewarnt sei daher vor dem Beispiel, das Schule machen könnte: Der Leasing-Geber haftet künftig nicht mehr, sondern der (oder die) Gesellschafter der Leasing-Firma. Das Ergebnis: Leasing wird zum Bankschalter-Geschäft. Leasing-Firmen degenerieren zu Agenturen ihrer *Refinanziers; Kritikpunkt Nummer vier.*

Es liegt wohl doch an der Jugend der Branche, daß sie – das Desaster vor Augen – blind blieb. Man setzte auf die Selbstheilungskräfte eben dieser Jugend, man vertraute den Zuwachsraten, die sich jahrelang zweistellig eingestellt hatten – bis eben auch beim Leasing die schwache Konjunktur die Bremsen anzog und die vermeintliche goldene Regel zu Makulatur wurde, nach der gerade die Flaute das Leasing-Geschäft beflügele; Kritikpunkt Nummer fünf.

Wie sonst kann es möglich gewesen sein, daß sich an die 600 Firmen in unserem Land mit Leasing befassen, auch wenn nur rund 30 etwa 80 Prozent des Marktes auf sich vereinigen? Ohne allzu bereitwillige Refinanzierung wäre der Kreis der Leasing-Firmen niemals so aufgebläht worden; Kritikpunkt Nummer sechs.

Also droht erneut Gefahr: So, wie man Leasing einst pushte, so versucht man jetzt, es in Ketten zu legen. Die Refinanziers knöpfen die Taschen zu, die Versicherungen weigern sich, Leasing-Geschäfte abzudecken, die Leasing-Nehmer prüfen sorgfältig die Bonität und die Seriosität der Leasing-Firmen. Ein Markt ist völlig umgekippt, das Mißtrauen um Leasing erhält Nahrung, eine grandiose Idee zeigt Sprünge, weil die Abenteuerlust durchging; Kritikpunkt Nummer sieben.

Vielleicht ist das eine gute Lehre? Wohl kaum eine billige, denn jetzt muß „saniert" werden, eine Trauma-Vokabel für Finanziers alten Schlages, denn Heilen heißt in der Wirtschaft zur Ader lassen, amputieren und hier und da auch beerdigen. In jedem Fall aber müssen Injektionen her – Kapital, für das man sich bessere Anlagemöglichkeiten ausdenken könnte.

Feinnervige „Ärzte" der Finanzwelt sind daher gefragt, die nach offenkundiger Diagnose nun die richtige Therapie anwenden, um das seriöse Leasing am Leben zu erhalten, und der Wirtschaft die Gewißheit wieder einflößen, daß sie gut fährt mit Leasing – wenn sie die Augen offenhält.

DER MARKT

Auch in diesem Jahr zweistelliger Zuwachs

GÜNTER BURK, **Stuttgart**

Im Investitionsverhalten der Unternehmungen hat sich das Automobil-Leasing als echte Alternative zum Fahrzeugkauf schon seit geraumer Zeit fest etabliert. Obwohl exakte Zahlen über die in der Bundesrepublik langfristig vermieteten Fahrzeuge nicht hinreichend bekannt sind, ist anzunehmen, daß sich zwischenzeitlich rund 550 000 Fahrzeuge in den Beständen der deutschen Leasinganbieter befinden. Es ist ferner davon auszugehen, daß die Automobil-Leasinggesellschaften auch im laufenden Geschäftsjahr im Neuzugang Steigerungsraten von etwa zehn bis 20 Prozent gegenüber 1983 verzeichnen werden.

Zu dem Kreis der führenden Automobil-Leasinggesellschaften gehören nach wie vor die sogenannten Hersteller-Leasinggesellschaften, wie beispielsweise die VAG-Leasing GmbH, BMW-Leasing GmbH, Mercedes-Leasing GmbH mit Schwerpunkt auf die den Herstellern zuzuordnenden Fabrikate als auch händlerverbundene Gesellschaften wie die Autoleasing D (Schwerpunkt Opel) und die Leasing- *und Handelsgesellschaften* mbH (Schwerpunkt Ford).

In der Bundesrepublik Deutschland sind rund 24 Millionen Pkw und Pkw-Kombis im Bestand. Davon werden etwa 18 Millionen Fahrzeugeinheiten von Privatpersonen unterhalten, und sechs Millionen Einheiten sind gewerblich genutzt. Es ist zu erkennen, daß gemessen an diesem Potential der gesamte Fahrzeug-Leasingbestand immer noch relativ gering ist.

Wenn auch das Privatleasinggeschäft besonders in den Jahren 1983 und 1984 an Bedeutung gewonnen hat, so sind doch über 400 000 Fahrzeug-Leasingeinheiten im gewerblichen Bereich eingesetzt. Bezieht man diese Größenordnung auf die insgesamt gewerblich genutzten Fahrzeuge von sechs Millionen Einheiten, so ergibt sich ein Leasing-Anteil von etwa 6,7 Prozent. Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß der Umschichtungsprozeß im Investitionsverhalten der Unternehmungen noch lange nicht beendet ist.

Gerade deswegen rechnet die Leasingbranche für die Zukunft mit entsprechenden Steigerungsraten, allerdings werden der konjunkturelle Verlauf und die wirtschaftliche Gesamtsituation stärker als bisher Einfluß nehmen auf die Investitionstätigkeit im Leasing-Bereich. Obwohl der Investor in seiner Entscheidungsfindung die speziellen Verhältnisse und Zielsetzungen seines Unternehmens berücksichtigen muß, bieten die nachstehend aufgezeigten Fakten eine allgemein gültige Grundlage bei einer Investitionsentscheidung zugunsten des Leasing:

- Schonung der vorhandenen Liquidität, weil die Vorfinanzierung des Investitionsgutes entfällt.
- Mehr finanzielle Flexibilität, weil der Liquiditätsspielraum größer wird.
- Leasingraten sind steuerlich sofort abzugsfähige Betriebsausgaben.
- Konstante Leasingraten über einen längeren Zeitraum bewirken eine exakte Kalkulationsgrundlage.
- Nutzungsdauer des Fahrzeuges und Leasingvertragszeit sind kongruent, dadurch sind die Folgekosten der durchzuführenden Fahrzeuginvestition eingegrenzt.
- Das Fahrzeugverwertungsrisiko wird vom Leasing-Geber übernommen.
- Durch Übernahme administrativer Aufgaben durch den Leasing-Geber – besonders im Full-Service-Bereich – kann die Kostenseite des Investors erheblich entlastet werden.

Es ist deutlich herauszustellen, daß die Leasingfinanzierung gegenüber der traditionellen Kreditfinanzierung zusätzlich ein ganzes Bündel von Dienstleistungen beinhalten kann. Neben der Tatsache, daß die Automobil-Leasinggesellschaften den echten Teilamortisationsvertrag anzubieten haben – dies bedeutet, daß der Leasing-Nehmer während der Leasingvertragszeit unter Berücksichtigung einer von ihm vorgegebenen Kilometer-Gesamtleistung nur einen Teil des Fahrzeuggegenwertes über die Leasingraten bezahlt – kommt dem Full-Service-Angebot eine besondere Bedeutung zu. Exakte Kostenabrechnungen, deren Ermittlung ganz ohne Zweifel als Verdienst der Autobomil-Leasinggesellschaften anzusehen ist, zeigen, daß ein streng überwachter Einsatz der Fahrzeuge über Full-Service mit dazu beitragen kann, wesentliche Kosteneinsparungen zu erzielen.

Zu den von den Leasinggesellschaften garantierten Dienstleistungen gehören:

- Die Fahrzeugbeschaffung und die Auslieferung der Objekte an jeden gewünschten Ort in der Bundesrepublik Deutschland.
- Die Übernahme der Reparatur- und Wartungskosten einschließlich der Reifenersatzbeschaffung.
- Die Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer und die Entrichtung der Prämien für die Haftpflicht- und Vollkaskoversicherung (wobei eventuell bestehende Prämienansprüche nicht verlorengehen).
- Die im Versicherungsbereich notwendige Abwicklung von Schadensfällen einschließlich der Kostenvorschüsse von Unfallreparaturen und Ersatzwagenbeschaffung.
- Die Rückführung der Fahrzeuge nach Beendigung der Leasingvertragszeit zum Verwertungsstandort.

Nach Beendigung des Leasingvertrages verwerten die Leasinggesellschaften die Gebrauchtwagen, ohne den Leasing-Nehmer in das Obligo für den Verwertungserlös zu nehmen. In diesem Zusammenhang ist zur Zeit nicht ohne Bedeutung, daß die von der Bundesregierung vorgesehenen Abgasbestimmungen die Verwertung der nicht mit einem Katalysator ausgestatteten Fahrzeuge beeinträchtigen können.

ABGAS-GESETZGEBUNG / Fahrzeuge mit Katalysator für den Firmenfuhrpark?

Zwischen Anreiz und Risiko

GÖTZ WEICH, München

Schwieriger als für den Autokäufer „Otto Normalverbraucher" ist für den Leiter eines Firmenfuhrparks die Entscheidung, ob er Autos mit oder ohne Katalysator kaufen soll: Er muß bestehende Rahmenverträge pünktlich erfüllen, muß technisch und wirtschaftlich ausgeklügelte Wiederbeschaffungstermine und Investitionspläne einhalten. Hinzu kommt,

- daß sich bei Geschäftsleitung und Außendienst das Umweltbewußtsein gegen strenge Wirtschaftlichkeitsmaßstäbe behaupten muß,
- daß der Außendienst auf eine möglichst lückenlose und preisgünstige Kraftstoffversorgung ohne Umweg und Zeitverlust angewiesen ist,
- daß bei Fahrleistungen zwischen 30 000 und 50 000 Kilometer pro Jahr die normale Haltungsdauer von Firmen-Pkw bei nur zwei bis vier Jahren liegt.

Vor diesem Hintergrund muß der Fuhrparkleiter entscheiden, ob die beschlossenen Kfz-Steuerbefreiungen attraktiv genug sind, um Risiken bei der Abgas-Gesetzgebung zu kompensieren.

Die Risiken werden noch einige Jahre fortbestehen, weil sich der EG-Umweltministerrat Anfang Dezember weder auf EG-einheitliche Abgas-Grenzwerte noch auf einen verbindlichen Zeitplan einigen konnte. Deshalb werden in der StVZO wohl zunächst die strengen US-Grenzwerte fixiert, die bei Otto-Motoren zur Zeit nur mit dem elektronisch gesteuerten Dreiweg-Katalysator erreicht werden. Diese nationale Sonderregelung gilt vermutlich bis 1988/89 auf freiwilliger Basis und wird durch Steuererleichterungen gefördert.

Über einen EG-einheitlichen Kompromiß wird weiter verhandelt. Es ist noch völlig offen, ob dieser Kompromiß zu anderen Grenzwerten und Meßverfahren und/oder zu späteren Einführungsterminen führen wird.

Die Zahl der Tankstellen, die unverbleites Normalbenzin anbieten, steigt jetzt schnell. Zur Zeit sind es rund 500 im Bundesgebiet, davon etwa 65 an Autobahnen. Bis Mitte 1985 werden sich diese Zahlen voraussichtlich verdoppeln, wobei die 115 geplanten Autobahn-Tankstellen das Rückgrat für die Versorgung des Außendienstes sein werden.

In Städten und Ballungsgebieten dürfte die Zahl der Bleifrei-Tankstellen zunächst größer sein als auf dem flachen Land (ständig aktualisierte Verzeichnisse mit Bleifrei-Tankstellen beim ADAC). Im Ausland kann man laut EG-Beschluß erst von 1989 an mit einem flächendeckenden Angebot rechnen. Bis dahin werden Bleifrei-Tankstellennetze – ausgenommen Schweiz und Österreich – langsam und überwiegend an Touristen-Routen aufgebaut.

Häufig wird die wichtige Frage übersehen, ob die Autoindustrie überhaupt in der Lage ist, 1985 und 1986 genügend Katalysator-Autos zu liefern. Die einzelnen Hersteller verweisen auf Verhandlungen mit der Zulieferindustrie, während die Lieferfristen für Katalysator-Autos zur Zeit länger werden. Optimisten schätzen, daß nur 25 bis maximal 50 Prozent der rund zwei Millionen Neuzulassungen 1985 mit Katalysator geliefert werden können.

Der Fuhrparkleiter muß durch frühzeitige Anfrage bei Pkw-Herstellern eine wichtige Vorentscheidung einleiten, die sich nicht nur auf die generelle Lieferfähigkeit beschränken darf, sondern auch die gewünschten Pkw-Typen sowie eventuelle Lieferfristen verbindlich einschließt.

Wird der gewünschte Pkw-Typ nicht oder nicht rechtzeitig mit Katalysator geliefert, kann der Außendienst ohne Probleme mit neuen herkömmlichen Autos weiterfahren. Diese sollten allerdings noch 1985 zugelassen werden, weil sich vom 1. Januar 1986 an der Kfz-Steuersatz (zur Zeit 14,40 Mark je 100 ccm) nur auf 16 Mark erhöht, während für herkömmliche Autos, die 1986 und später erstmalig zugelassen werden, 50 Prozent mehr als heute zu zahlen ist. Es gibt außerdem keinen vernünftigen Grund zu befürchten, daß herkömmliche Autos als Gebrauchtwagen später einen zusätzlichen Wertverlust erleiden müssen.

Aber selbst wenn der Pkw-Hersteller die gewünschten Typen rechtzeitig mit Katalysator liefern kann, muß der Fuhrparkleiter zwischen den geplanten Kfz-Steuerbefreiungen und den Risiken einer ungeklärten Abgas-Gesetzgebung sorgfältig abwägen, weil hier – je nach Fahrzeuggröße – unterschiedliche Tendenzen erkennbar sind.

Relativ gut überschaubar erscheinen die Verhältnisse bei größeren Pkw-Typen mit mehr als 2 Litern Hubraum. Bei ihnen ist am ehesten damit zu rechnen, daß sie sehr bald europaweit die strengen US-Grenzwerte erfüllen, also einen elektronisch geregelten Dreiweg-Katalysator besitzen müssen. Ein besonderes Wertverlust-Risiko ist nicht erkennbar.

Hinzu kommt, daß sich zum Beispiel bei einem 2,8-l-Wagen, der 1985 oder 1986 mit Katalysator gekauft wird, die Steuerbefreiung von rund 3000 Mark auf nur fünf Jahre verteilt. Eine solche Haltungsdauer ist in vielen Betrieben üblich. Damit kommen sie in den Genuß der gesamten Steuerbefreiung und können die Katalysator-Mehrkosten gut ausgleichen. Selbst wenn ein solches Auto erst 1987 gekauft wird und nur dreidreiviertel Jahre steuerfrei ist, sieht diese Rechnung noch günstig aus.

Wesentlich ungünstiger würden dagegen kleinere Katalysator-Autos unter 1,4 Liter Hubraum abschneiden, weil sie vom Erstbesitzer, wenn er sich 1985 oder 1986 zum Kauf entschließt, zehn Jahre lang gehalten werden müßten, damit dieser die gesamte Steuerbefreiung zum Ausgleich der Katalysator-Mehrkosten in Anspruch nehmen kann. Solche langen Haltungszeiträume sind in Firmenfuhrparks unüblich, technisch oft unmöglich.

Selbst wenn dieser Kleinwagen erst 1987 gekauft würde, beträgt die notwendige Haltungsdauer noch immer siebeneinhalb Jahre. Beim Kauf 1988 wären es nach den gestaffelten Kfz-Steuerbefreiungstabellen immer noch fünf Jahre.

Ebenfalls schwer zu beurteilen sind Mittelklasse-Pkw zwischen 1,4 und 2 Litern Hubraum, die in den Firmenfuhrparks besonders häufig vertreten sind. Werden solche Autos mit Katalysator bereits 1985 oder 1986 gekauft, sind die notwendigen Haltungszeiträume von mehr als sieben Jahren für ein Unternehmen oft zu lang, um die gesamte Steuerbefreiung zum Ausgleich der Katalysator-Mehrkosten beim Erstbesitzer in Anspruch zu nehmen. Ein Kauf 1987 oder 1988 führt trotz kürzerer Befreiungszeiträume im Endeffekt zum gleichen unbefriedigenden Ergebnis.

Wer als Fuhrparkleiter diese Probleme und Risiken vermeiden will, sollte den Diesel-Motor als umweltfreundliche und wirtschaftlich vorteilhafte Alternative in seine Überlegungen einbeziehen: Auch für diese Pkw will die Bundesregierung Steuerbefreiungen vorsehen, wenn sie die Abgas-Grenzwerte der Benziner einhalten und außerdem nicht mehr als 0,125 Gramm Ruß pro Kilometer ausstoßen.

Die Steuerbefreiungszeiträume für umweltfreundliche Diesel-Pkw sollen zwar nur halb so lang sein wie die der Benziner. Die ersten überarbeiteten Diesel-Motoren, die ohne Rußfilter auskommen sollen, sind voraussichtlich im Frühjahr 1985 lieferbar.

Der Diesel-Motor ist in den kommenden Jahren eine ernst zu nehmende Alternative: Die bewährte Technik wurde ständig verbessert in Richtung auf mehr Leistung und Komfort, Kraftstoffversorgungsprobleme gibt es nicht, die geplanten Steuererleichterungen verbessern die Wirtschaftlichkeit zusätzlich und – was Firmenfuhrparks nach der Umstellung auf Diesel-Pkw immer wieder bestätigen können: Zahl und Kosten der selbstverschuldeten Unfälle gehen deutlich zurück.

Fuhrparkseminare
„Firmen- oder Privatwagen im Außendienst?"

Gemeinsam mit dem DEKRA veranstaltet der ADAC auch 1985 wieder zweitägige Fuhrparkseminare, in denen alle wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Fragen der *Fuhrpark-Alternativen Leasing, Firmenwagen oder Privat-Pkw* behandelt werden. Termine: 11./12. März in Norderstedt bei Hamburg und 18./19. März in Wort (Schwarzwald). Auskünfte: ADAC-Zentrale, Abt. VEK; Postfach 700107, 8 München 70.

OPERATING LEASING / Auf dem Vormarsch

Wer hier einsteigt, muß den Markt genau kennen

WR. London

Operating Leasing ist in Großbritannien auf dem Vormarsch. Um das zu erklären, muß man zunächst sagen, was unter dem Begriff Operating Leasing zu verstehen ist. In Großbritannien wird diese Leasing-Variante durch eine Bilanzierungsrichtlinie vom Finanzierungsleasing getrennt. Danach müssen Leasinggüter des Finanzierungsleasings sowohl beim Leasinggeber als auch beim Leasingnehmer aktiviert werden. Beim Finanzierungsleasing, meist mittel- bis langfristige Verträge, hat in der Regel der Leasingnehmer die objektbezogenen Risiken zu tragen.

Beim Operating Leasing verhält es sich gerade umgekehrt. Hierbei handelt es sich in der Regel um kurz- bis mittelfristige Leasingverträge, bei denen dem Leasingnehmer normalerweise unter Einhaltung einer bestimmten Frist ein jederzeitiges Kündigungsrecht eingeräumt ist. Die objektbezogenen Risiken trägt im allgemeinen der Vermieter. Dieser kann am Ende der Vertragslaufzeit das Leasinggut veräußern, es an einen dritten weiter vermieten, oder den abgelaufenen Vertrag verlängern.

Für die Leasingnehmer begründet sich die Attraktivität des Operating Leasing aus folgenden Gesichtspunkten:

- Er bekommt für einen bestimmten Zeitraum das Nutzungsrecht an dem Leasinggut eingeräumt, ohne mit Risiken des Kaufs oder Verkaufs belastet zu sein.
- Die Leasingraten sind niedriger als beim Finanzierungsleasing, da im Vertrag ein Restwert für das Leasinggut kalkuliert wird, und dieses durch die Raten nicht amortisiert wird.
- Das Operating Leasing bietet für den Leasingnehmer die Möglichkeit der Finanzierung, ohne seine Bilanz zu belasten, da bei ihm keine Aktivierung erfolgt.
- Der Leasingnehmer braucht bestehende Kreditlinien nicht in Anspruch zu nehmen.
- Der Leasingnehmer hat, unter Einhaltung einer bestimmten Frist, ein jederzeitiges Kündigungsrecht.

Das Operating Leasing bietet jedoch auch für den Leasinggeber gute Ertragschancen. Das Risiko für ihn liegt im starken Wettbewerb. Hier kann er, um sich zu behaupten, gezwungen sein, seine Leasingraten so gering wie möglich zu halten. Dies führt oft zu überhöhten Restwerten, die später im Veräußerungszeitpunkt nicht mehr realisiert werden können.

Daher lautet eine „goldene Regel", daß man seine Restwertkalkulation nicht von den Raten der Konkurrenz abhängig machen soll.

Entscheidend für den Erfolg im Operating Leasing sind: Möglichst günstige Bezugsquellen für die Leasinggüter und möglichst hohe Erträge bereits am Ende der ersten Vertragsperiode, günstige Refinanzierungsmöglichkeiten und vertragsgemäße Abwicklung der Geschäfte.

Grundvoraussetzung für jeden, der in das Operating Leasing einsteigen möchte, ist, daß er seine Produkte genau kennt, mit ihnen vertraut ist und auf den einzelnen Märkten bereits ausreichende Erfahrungen gesammelt hat.

FLOTTENGESCHÄFT / Die Pläne von Dial Contracts

Englands Marktführer weiter auf Expansionskurs

WR. London

Dial Contracts, marktführend im britischen Automobilleasing und -mietgeschäft, befindet sich weiter auf einem Expansionskurs. Wie bei der Eröffnung seines neuen Hauptsitzes in Putney bekanntgegeben wurde, plant das Unternehmen für das kommende Jahr den Erwerb von 12 500 Neufahrzeugen mit einem Gesamtwert von umgerechnet etwa 300 Millionen Mark.

Chick Henderson, Geschäftsführer von Dial Contracts, konnte noch keine Prognosen darüber stellen, in welchem Ausmaß jeder einzelne Hersteller von den Aufträgen profitieren werde. Dies hänge stark davon ab, in welche Richtung sich das Nachfragepotential bewege und wie die Verkaufspolitik der einzelnen Hersteller aussehe.

Henderson bezweifelt jedoch nicht, daß der Großteil der Aufträge an britische Unternehmen vergeben werde. Im Jahr 1984 wurden von Dial Contracts Geschäfte in Höhe von umgerechnet etwa 200 Millionen Mark auf dem britischen Markt plaziert.

Der Fahrzeugbestand von Dial Contracts stieg innerhalb der beiden vergangenen Jahre von 15 000 auf insgesamt 25 000 Fahrzeuge. Ein ähnlich rapides Wachstum erfuhr das Computerzentrum, das zur Abwicklung und Überwachung der Flottengeschäfte erforderlich ist.

Ein besonderer Service von Dial Contracts ist die „Dialcard". Als Service-Kreditkarte wird sie inzwischen von mehr als 9000 Werkstätten und Tankstellen akzeptiert. Mit ihr kann jeder Flottenbesitzer Reparaturleistungen in Anspruch nehmen oder auch Treibstoff kaufen.

Dial Contracts erhofft, daß es sein jährliches Durchschnittswachstum – es betrug 20 Prozent während der letzten Jahre – auch in Zukunft beibehalten kann. Dies, obwohl von einer neuen Bilanzierungsrichtlinie, die die Aktivierung des Leasinggutes sowohl beim Leasinggeber als auch beim Leasingnehmer vorschreibt, starke negative Auswirkungen auf den britischen Leasingmarkt erwartet werden.

Henderson betont, daß sich ein deutlicher Trend hin zum „contract hire", also dem Mietgeschäft oder „operating lease" im eigentlichen Sinne, abzeichnet. Hier existieren keinerlei Aktivierungsprobleme, da die neuen Bilanzierungsrichtlinien nur für das Finanzierungsleasing verpflichtend sind.

Einer Schätzung von Dial Contracts zufolge sind mit einer Flotte von durchschnittlich hundert Fahrzeugen jährlich ungefähr 5000 einzelne Transaktionen verbunden. So zum Beispiel durch Treibstoffkäufe und Reifenbeschaffung, Reparaturen, Neukäufe, Veräußerungen, Gebühren und andere Zahlungen.

Ein Flottenarrangement, wie es auch von Dial Contracts angeboten wird, reduziert 5000 Einzelaktionen auf nur 24 Rechnungen pro Jahr. Eine monatliche Rechnung für die alles umfassende Flottenmiete, eine weitere über die Treibstoffkosten. Einfacher, so Henderson, kann man es nicht haben.

Ehrenkodex für amerikanische Vermieter

WR. Washington

Amerikanische Leasingverbände versuchen verstärkt in letzter Zeit, den Leasingmarkt zu professionalisieren und von unlauteren Geschäftspraktiken zu befreien. Über eine freiwillige Selbstkontrolle versuchen sie einer verschärften staatlichen Gesetzgebung vorzugreifen, um so bestehende Probleme intern zu lösen.

Die Western Association of Equipment Lessors (WAEL) und die Computer Dealers and Lessors Association (CDLA) gründeten Komitees, vor denen Verbandsmitglieder in Streitfällen Anhörung finden und die auch Urteile fällen.

Zusätzlich zu dieser Instanz hat die WAEL ein Programm entworfen, in dessen Rahmen Leasinggeber ein Zertifikat erwerben können. Hat ein Kandidat die zum Erwerb des Zertifikates notwendigen Tests bestanden, so bekommt er den Titel des Certified Lease Professional (CLP) verliehen. Mit dieser Auszeichnung kann sich jeder innerhalb der Leasingbranche Anerkennung verschaffen und außerdem zu einem positiveren Gesamtbild der Branche beitragen.

Grundgedanke dieser Selbstkontrolle ist, die Integrität des Leasingmarktes durch individuelle Untersuchung bestimmter Geschäftspraktiken zu verbessern. Regelungen per Gesetz sind meist zu global und selten auf den Einzelfall anwendbar; auch ist keine längerfristige Planung möglich.

Das Programm des WAEL ist anspruchsvoll und ehrgeizig. Geleitet wird das Projekt von einer Vorstandsgruppe mit fünf Mitgliedern, die, mit Ausnahme der Gründer, CLP sein müssen.

Für den Zulassungstest kann sich jeder bewerben, er muß jedoch die Zustimmung von vier der fünf Vorsitzenden haben.

Ist diese erste Hürde genommen, so muß der Bewerber schriftlich seine grundlegenden Kenntnisse und besonderen Erfahrungen darlegen. So werden zum Beispiel Schreiben von Fachartikeln, Konzipieren von Vorträgen auf Fachkonferenzen als Maßstab für die Zulassung zur schriftlichen Prüfung angelegt. Der umfassende schriftliche Test versucht die Kenntnisse des Prüflings in den verschiedenen Bereichen des Leasinggeschäfts auszuloten.

Nach bestandenem Test werden die Namen der Teilnehmer veröffentlicht. Ihre Eignung für den Titel kann jedoch von jedermann angefochten werden, der einen berechtigten Grund dafür vorbringen kann. Erst nach dieser Prüfung werden die Titel verliehen.

Robert Jacobson, derzeitiger Präsident von WAEL, hält dieses Vorgehen für notwendig, weil neben fundierten Fachkenntnissen besonderer Wert auf Anerkennung eines zukünftigen CLP innerhalb der Branche gelegt wird.

Um eine effektive Politik der Selbstkontrolle zu betreiben, kann man, so Jacobson, nicht einfach bestimmen, wer Leasing betreiben darf und wer nicht. Jacobson hält das praktizierte System für einen Schritt in die richtige Richtung, weil man den guten Leuten der Branche die Möglichkeit gibt, sich gegenüber den weniger professionellen zu profilieren.

Kritiker dieses Vorgehens stellen die Frage, ob es überhaupt möglich ist, in einer Branche wie der des Leasings, die so schillernd und vielseitig ist, solche Auszeichnungen gerecht und effektiv zu verleihen. Diese Ansicht vertritt auch Michael Fleming, Vorsitzender der American Association of Equipment Lessors (AAEL). Für ihn ist der Leasingmarkt noch weitgehend ungeregelt. Entwicklungen in die unterschiedlichsten Richtungen sollten seiner Meinung nach dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden.

Fleming bemerkt, daß diese Freiheit zwar leicht zu Mißbrauch führt, moralische Grundsätze oft wirtschaftlichen Überlegungen weichen und so das Ansehen des Marktes in Frage gestellt ist. Er lehnt jedoch eine zu straffe Gesetzgebung ab. Diese, so meint Fleming, vermag nur den unternehmerischen Elan vieler zu dämpfen. Die Verbände sollten versuchen, einen vernünftigen Moralkodex zu postulieren, ohne dabei direkt in die Geschäftspraktiken einzelner einzugreifen.

Pankraz, Sokrates und die obszönen Fragen

Professor Bodenheimer, der Zürcher Psychoanalytiker, weiß es wieder einmal ganz genau: Der größte Übeltäter des Abendlandes heißt Sokrates. Dessen „Mäeutik" oder Hebammenkunst, die Methode also, im Gespräch durch gezieltes Fragen zu Erkenntnissen zu gelangen, war gleichsam der Sündenfall des menschlichen Geistes. Denn Fragenstellen, so Bodenheimer, ist Sünde. Fragen sind gewalttätig, gemein, ja, obszön. Folglich trägt Bodenheimers Buch „Warum?" (erschienen im Reclam Verlag) denn auch den Untertitel „Von der Obszönität des Fragens".

Das Werklein hat hier und da Ausbrüche der Bewunderung provoziert, und tatsächlich ist es gut geschrieben und vermittelt, wie fast jedes Buch, das einen einzigen Generalgedanken von oben bis unten durchdekliniert, so manche originelle Einsicht. Dennoch *möchte* Pankraz ein dickes Fragezeichen hinter das Ganze setzen (obwohl Fragezeichen laut Bodenheimer ebenfalls obszön sind, arrogant aufgereckt und gleichzeitig schleimig gekrümmt). Bodenheimers Logik ist eine Scheinlogik; sie entsteht *nur deshalb*, weil *der Autor alles*, was den Angeklagten (das Fragen) entlasten könnte, einfach wegredigiert oder umbenennt.

Übrig bleiben, zum Abschuß freigegeben, einzig die negativen, inquisitorischen Fragespiele, wie sie in der Paukschule, beim Militär oder vor Gericht vorkommen oder im Augenblick vor dem Flick-Untersuchungsausschuß. Da ist es leicht zu behaupten, die Fragenden seien alle „Herren", die den Befragten wie einen Sklaven behandelten, das Fragen sei nicht erkenntnis*fördernd, sondern indoktrinierend*, überwältigend, in vorbestimmte Bahnen lenkend.

Aber wie steht es mit dem wissenschaftlichen Fragen, dem Sich-selbst-Fragen-Vorlegen im stillen Kämmerlein? Bodenheimer wischt darüber hinweg, indem er solches Fragen einfach in „Grübeln" umtauft und damit aus seiner Schreckenskammer entläßt. Und wie steht es mit Bodenheimers ureigenstem Metier, dem psychoanalytischen Befragen des Patienten in der Sprechstunde? Diese Art der Befragung wird *von ihm „Kommunikation"* genannt und entgeht dadurch ebenfalls dem Streckbett. So schafft man sich Probleme vom Halse.

Das weite Feld des kindlichen Fragens, das sich ja schwerlich als Herrschaftsattitüde hinstellen läßt, macht dem Professor am meisten zu schaffen. Er behauptet schließlich, das Kind wolle gar nichts wissen, wenn es den Eltern „Löcher in den Bauch" frage, es wolle nur „den Vater abschütteln", ihn auf einen Punkt hintreiben, wo er sein Nichtwissen einbekennen und die Grenzen seiner Macht preisgeben muß. Zu diesem Zweck werden einige Fragespiele zwischen Vater und Kind vorgeführt, die alle mit einem Zornesausbruch des Vaters enden: „Laß mich jetzt in Ruh!", oder die einen Vater zeigen, der mit einem heimtückischen Gegenangriff kommt: „Warum sollte der Himmel denn *nicht* blau sein?"

Pankraz überzeugt das überhaupt nicht. Die meisten Väter wissen doch, daß man die Fragerei des Kindes relativ leicht und *völlig* gewaltlos beenden kann, indem man irgend etwas Putziges, Märchenhaftes oder umwerfend Naives sagt. Wenn der Kleine fragt: „Papi, warum geht denn der Berg hier hoch?", dann genügt es zu antworten: „Weil er dort drüben wieder runter geht." Oder wenn der Kleine fragt: „*Papi*, warum frißt denn der Seehund Fische?", dann genügt die Antwort: „Weil Semmeln im Wasser zu weich werden würden." Das sind bestimt keine Herrschaftsdialoge. Das Kind ist mit der Märchenantwort zufrieden, weil sie den formalen Kriterien des Fragespiels entspricht und somit durchaus Wissensgewinn erbringt, eine strukturelle Bestätigung des fragenden In-der-Welt-Seins nämlich, die Urvertrauen schafft und Lust auf weitere Erkundungen macht.

A. R. Bodenheimer wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, daß Fragen irgend etwas mit Erkenntnisgewinn zu tun habe. Er geht so weit zu behaupten, Fragespiele seien das typische Handwerk der Demagogen und Diktatoren. So etwas werden ihm nicht einmal sei*ne Bewunderer abnehmen. Immer*hin ist allgemein bekannt, daß Diktatoren viel eher Fragen verbieten, als daß sie welche zuließen oder gar ermunterten. Fragen ist an seinem Grund menschenfreundlich und menschengemäß, es ist – genau wie Sokrates es gesagt hat – eng verwandt mit dem Staunen, das am Anfang jeden Erkennens steht und das durch das Fragen rationalisiert und in Form gebracht wird. Ein Mensch, der nicht mehr *zu* staunen und zu fragen vermag, bringt sich mit Sicherheit um sein bestes Teil.

Daran ändern auch jene pervertierten Arten des Fragens nichts, die heute bedauerlicherweise so heftig ins Kraut schießen und die Bodenheimer wohl zu seiner Philippika getrieben haben. Sicherlich gibt es Fragespiele, die in ihrer Primitivität und Zudringlichkeit nur noch obszön und abstoßend sind; man denke etwa an die Figur des televisionären Showmasters, der sich harmlose Zeitgenossen aufs Podium holt und sie durch plumpfreche Fragen vor einem gröhlenden Publikum gewissermaßen geistig auszieht. *Doch man sollte* daraus nicht auf eine Obszönität des Fragens überhaupt schließen. Es läßt sich auch behutsam, demütig und bittend fragen, und es läßt sich eine Schule des Fragens denken, in der das rechte Fragen gelehrt wird, um diesen urmenschlichen Antrieb zu disziplinieren und zu veredeln.

In einer solchen Schule des Fragens ließe sich vielleicht auch klären, was es mit den stets strikt eingegrenzten Frageverboten auf sich hat, die beispielsweise in vielen Märchen oder im Lohengrin-Mythos vorkommen und die bei Bodenheimer leider gänzlich unerörtert bleiben. Jedenfalls zeigt sich der Mythos klüger als Bodenheimer: Indem er spezielle Frageverbote erläßt, macht er klar, daß das Fragen im allgemeinen erlaubt und willkommen ist.

Pankraz

Eines Genies glücklich-unglückliche Zeit: „Van Gogh in Arles" im New Yorker Metropolitan Museum

Die Katastrophe im „Gelben Haus"

Die Dramatisierung bestimmter fruchtbarer Epochen in der Kunstgeschichte, ihre Darstellung als gefälliges, publikumswirksames Paket im Hollywood-Licht hat im Extremfall dazu geführt, daß viele von uns für immer damit geschlagen sind, Toulouse-Lautrec als José Ferrer zu sehen, und Kirk Douglas, mit abgeschnittenem Ohr, als van Gogh.

Wenn das New Yorker Metropolitan Museum nun mit einer Ausstellung „Van Gogh in Arles" aufwartet, machen sich sofort solche Befürchtungen bemerkbar. Wozu diese gefällige Dramatisierung einer zweifellos *wichtigen Epoche im Leben* eines großen Künstlers? Die Antwort liegt auf der Hand: um mit einem solchen „Blockbuster" noch mehr Menschen ins Museum zu locken – denn Museen sind hierzulande ein „Business", das Gewinn auszuschütten hat.

Hier, wie so oft, beschwichtigt jedoch die Kunst die schnöde-kritischen Gedanken. Vor dem Besucher breitet sich eine der fruchtbarsten Epochen im Schaffen eines Künstlers aus. 200 Gemälde, mehr als hundert Zeichnungen und Aquarelle und 200 Briefe entstanden in den 15 Monaten zwischen Februar 1888 und Mai 1889. Davon zeigt das Metropolitan Museum 76 Ölbilder, 68 Zeichnungen und zahlreiche Briefe. Van Goghs Werk, das in seiner Arles-Zeit sichtbar täglich wächst und reift, vermag hier jeden Gedanken an Museumspolitik zu verdrängen.



Gemeinsam mit Gauguin gemalt: Van Goghs „L'Arlésienne: Madame *Ginoux*", *aus der Ausstellung in New York* *FOTO: METROPOLITAN MUSEUM*

Geschüttelt von Raucherhusten, kränklich und schwach von Absinth und „schlechtem Wein" nach Jahren langer Pariser Nächte suchte van Gogh in Arles einen neuen Anfang. Die südfranzösische Stadt mit ihrem bunten Menschengemisch, ihrer mediterranen Heiterkeit und Architektur, erschien ihm „wie eine andere Welt". Hier, so meinte er, könnte eine Künstler-Kolonie entstehen, eine Art südliches Gegenstück zu Pont-Aven in der Bretagne, wo sich Gauguin mit mehreren Zeitgenossen bereits niedergelassen hatte. Das Südliche war *van Gogh von Wichtigkeit – nur im* Süden, so meinte er, gab es das reine Licht, das er suchte.

Doch das Arles, das er sich südlich-schimmernd und gastfreundlich vorstellte, lag bei seiner Ankunft am 19. Februar 1888 unter einer tiefen Schneedecke. Van Gogh machte sich, unbeirrt, jedoch gleich an die Arbeit: die „Schneelandschaft mit Arles im Hintergrund" entsteht noch im selben Monat. Im März wird das Wetter besser, und van Gogh beginnt eine Serie von blühenden Obstgärten. Ende April, so berichtet er brieflich seinem Bruder Theo, hat er zehn dieser Bilder nebst einigen Skizzen fertig.

Was sich hier zeigt, gilt für die gesamte Zeit, die van Gogh in Arles verbrachte, und macht die Bilder für den Betrachter eindrucksvoll und spannend zugleich: Es ist die graduelle Entfaltung eines ungeheuren künstlerischen Talents, das, zuerst noch schüchtern und beinahe zuge*knöpft („Blühender Garten/Pflau*menbäume") zu immer größerer Freiheit des Ausdrucks und Intensität des Lichts strebt. Darin liegt eine Rechtfertigung für die Ausstellung, deren Kurator, Ronald Pickvance, durch eine Neudatierung von van Goghs Briefen zu einer neuen Chronologie seiner Werke kommt.

Über die Obstgartenserie schreibt van Gogh an Emile Bernard: „Momentan bin ich in blühenden Obstbäumen absorbiert ... mein Pinselstrich hat überhaupt kein System. Ich treffe die Leinwand mit unregelmäßigen Pinsel-Stößen, die ich unverändert lasse. Flecken dick aufgetragener Farbe, Teile der Leinwand ganz unbedeckt, hie und da total Unvollendetes, Wiederholungen, Barbareien ..." Als „Barbarei" können wir heute van Goghs Malerei kaum empfinden, wohl aber – und das wird in den Zeichnungen besonders deutlich – als eine höchst eigenwillige, überaus *dynamisch-bewegte*, künstlerische Handschrift, die durch sparsam gesetzte Punkte und Striche – und oft auch durch deren Abwesenheit – Licht und Hitze, flirrende Luft und Distanz heraufzubeschwören vermochte.

Die Ölgemälde dieses Jahres zeigen ein gewagtes Nebeneinander von Farben: lila Felder, goldene oder smaragdfarbene Himmel („Mäher zur Mittagszeit, Sommer"), fast kindlich im Strahlenglanz *gemalte* Sonnen, brandrote Erde („Drei Häuser in Saintes-Maries-de-la-Mer"), rot und grün in einer Kombination, wie sie vor ihm kaum ein Maler gewagt hätte („La Berceuse") und, verbunden damit, eben jene lockere, fast ausschweifende und „barbarische" Pinselführung.

Der Sommer liefert Hunderte von Motiven: die Bergwelt von Montmajour, wo van Gogh herrliche Zeichnungen der mediterranen Mittagsstille gelingen, die pittoresken Fischerhütten von Saintes-Maries, knorrige Olivenbäume, hitzeglühende Felsen, dann wieder die gezähmte, liebliche Landschaft des öffentlichen Parks in Arles. Auch zahlreiche Porträts stammen aus dieser Zeit: zwei Selbstporträts und einige Lokalgrößen – darunter, immer wiederkehrend, der Postbeamte Joseph Roulin.

Der letzte Teil der Ausstellung ist dem Besuch Gauguins und dem neunwöchigen Zusammenleben in van Goghs winzigem „Gelbem Haus" gewidmet. Zunächst herrscht Harmonie. Van Gogh kauft ein, Gauguin kocht, sie malen dasselbe Modell, sie besuchen zusammen ein Bordell. Die beiden *Porträts* der *Madame Ginoux* sind ein wunderbares Beispiel für die radikale Verschiedenheit, mit der van Gogh und Gauguin ihre Umwelt sehen. Bald stellen sich jedoch die ersten Disharmonien ein, die Maler entzweien sich, ihre künstlerischen Wege gehen auseinander, Gauguin droht mit der Rückkehr nach Paris.

Das Ende der Tragödie ist bekannt: Am Morgen des 24. Dezember 1888 findet die Polizei van Gogh im Bett vor, mit abgeschnittenem Ohr, „fast ohne Lebenszeichen". Doch van Gogh erholt sich, und die zwei Selbstporträts – „mit verbundenem Ohr" und „mit verbundenem Ohr und Pfeife" zeugen von neuem Lebens- und Malwillen.

Der hält nicht lange an. Kaum ein Jahr später schießt sich van Gogh in die Brust und stirbt zwei Tage später, *am 29. Juli 1890* in der *Nervenheilan*stalt von St. Remy. Bis kurz vor seinem Tode arbeitet er noch – der Wahnsinn, der sein Leben verwüstete, kann seiner Kunst nichts anhaben. Bis zum Ende sind seine Werke – einige Obstgärten und Hospitalszenen – luzide und sicher, seine malerischen Mittel bewußt und unter Kontrolle, sein künstlerisches Auge ungetrübt (bis 30. Dezember, Katalog: 18,75 Dollar).

VERA GRAAF

Schillers Tell als Held des Ruhrgebietskampfs – Hansgünther Heymes Stuttgarter Neuinszenierung

Der Einzeltäter bleibt immer der Gelackmeierte

Wer Hansgünther Heymes „Wilhelm Tell" 1965 in Wiesbaden vor dem jubelnden und wütenden, in Handgemenge tobenden Publikum gesehen hat, fuhr jetzt mit gespannten Erwartungen nach Stuttgart. Hat sich Heymes lebenslange Fixierung auf Schiller gewandelt, entwickelt?

Damals waren die Schweizer Rebellen für Heyme einfach Nazis. Attinghausen war ein vertrottelter Hindenburg, *der Einzeltäter Tell trat* links und rechts den Honoratioren in den Hintern, Berta von Bruneck fummelte dem Rudenz am Hosenlatz und brachte ihn hurenhaft auf ihre Seite. Die idyllischen Anfangsverse rasselte Tell in zwei Minuten von der Höhe eines Amphitheaters herunter, Tell und Parricida spuckten einander an, der Chor zeigte das Schweizer Volk als eine Horde von Brüllaffen, auch auf dem Rütli, und das Ganze war eine Karikatur des angeblich präfaschistisch inspirierten, für künftige politische Implikationen ahnungslosen Schiller. Eine grausige Denunziation, freilich aus einem Guß, faszinierend, der damaligen deutschen politischen Verwirrung mitten ins Herz.

Seitdem aber hat nicht nur Heyme dazugelernt, auch wir selbst sind 20 Jahre älter geworden. Wir haben neuen Terror kennengelernt, neue echte und zweifelhafte Freiheitskriege fluten über den Globus, und Heyme spiegelt das in seiner Inszenierung wider.

Gewiß, Stauffacher (Wolfgang Robert) verkörpert auch hier die Honoratioren, die ihren Besitzstand ohne weiteres mit dem Freiheitsdrang identifizieren. Baumgarten (Volker K. Bauer) hat den sexuellen Angriff auf seine Frau zu rächen und Melchtal die Blendung seines Vaters. Rudenz *(Volker Lippmann) wird nur zur* Freiheit bekehrt, weil die Argumente von Berta von Bruneck (Brigitte Horn) kommen. Das letztere geht allerdings zu Lasten Schillers; diese Szene ist nie wirklich glaubhaft zu machen.

Aber auf Heymes Konto geht: Die Schweizer sind keine Brüllaffen und Totschläger mehr, sondern allenfalls Hunderte von drohend schweigenden Statisten; der Rütli-Schwur ist eine ernste Versammlung. Die Schweizer Problematik ist im übrigen jeder Folklore entkleidet (außer auf dem naturalistischen Rütli) und in deutsche Momente der Freiheitskriege und der Ruhrbesetzung transponiert. Die Habsburger Soldateska besteht aus Poilus in französischer Uniform, Gessler (Hans Weicker) ist ein französischer General, der ärmlich proletarische Tell (Walter Kreye) agiert in Thälmann-Lederjacke. Die Bühne (Wolf Münzner) ist im wesentlichen leer. Gessler stirbt im Soziussitz eines Motorrades. Gesprochen wird deutlich. Attinghaus als Altschweizer adliger General geht sterbend in der Bürgerschaft auf, Tell ist gegenüber Parricida (Peter Kaghanovitzh) ein wenig verlegen, genau wie bei Schiller.

Gags oder überladene Bilder kommen nicht vor, lediglich Margit Carstensen, zuerst Stauffachers Gattin, sitzt unentwegt in der linken hinteren Ecke vor einem Flügel und spielt und singt von Zeit zu Zeit Passagen aus einem Schillerschen Gedichtentwurf „Deutsche Größe"; das soll wohl mit etwas Zweideutigkeit die Gefahr der deutschen Euphorie verhindern.

Im Ganzen handelt es sich um eine kompakte *Aufführung des echten* „Wilhelm Tell". Die von der Regie suggerierten Andeutungen (weg von der Schweizer Folklore, hin zu deutschen legitimen Freiheitsproblemen) kann man wahrnehmen, kann sie aber ebenso gut übersehen, da ja der genaue Schillersche Text mit seiner ganzen Schweizer Bezüglichkeit gesprochen wird.

Daß jeder Feiheitskampf durchtränkt ist von Besitzverteidigung wohlhabender Drahtzieher, ist ja auch von Schiller nicht übersehen worden, da er öfter im Text vor egoistischen Motiven warnt. Und daß der auslösende Einzeltäter Tell, der ein armer Hund bleiben wird, zur bloßen Gallionsfigur benutzt wird, ist nichts Neues in der Weltgeschichte und von Schiller nicht negiert. Tell ist *und* bleibt ein armer Jägersmann.

Die Szenerie entspricht also durchaus dem Geiste Schillers, mit Ausnahme der Schilderung der versuchten Vergewaltigung von Baumgartens Frau, die marionettenartig auf der Bühne vergegenwärtigt wird und – fast unvermeidliche – heutige sexuelle Exhibition einbringt. Hier könnte man den Vorwurf einer eklektischen Mittelverwendung erheben, aber das wäre Krümelsuche. Die Aufführung ist ein großer Wurf, vom Publikum mit stürmischem Applaus gefeiert, *auch mit Szenenapplaus. Daß eine* kompakte Buh-Gruppe gegen den Applaus eine Weile ankämpfte, gab der Größe der maßvoll aktualisierten, zeitgenössisch gerechtfertigen Inszenierung den Beweis der Gelungenheit. Heyme ist und bleibt ein intellektuell hervorragender Regisseur des deutschen Theaters.

Und hier darf man das Bedauern darüber anfügen, daß OB Rommel aus persönlicher Verärgerung den bedeutenden Künstler nicht für Stuttgart zu erhalten versucht hat. Schade.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

„Ariadne" in München

Eher eine Zerbinetta auf Naxos

Am Münchner Nationaltheater baute man eigens eine Neuinszenierung der Straussschen „Ariadne auf Naxos" um Margaret Price *herum – nachdem* Pläne gescheitert waren, die Salzburger Dorn/Rose-Produktion zu übernehmen oder ersatzweise Feruccio Soleri in den alten Dekorationen inszenieren zu lassen. Günther Roth, der Routinier in Sachen Regie, stellte in knapp drei Wochen eine neue „Ariadne auf Naxos" auf die Beine, die die alte Rennert-Inszenierung ablöst. Ulrich Franz malte ihm im Handumdrehen dazu neue Dekorationen, Silvia Strahammer schneiderte altbackene Kostüme.



Eigens für sie inszeniert: Margaret Price in der Münchner „Ariadne" FOTO: WINFRIED RABANUS

Roths Blitzinszenierung ist unauffällig kunstfertig. Die Bühne ein Januskopf: Das Vorspiel gibt den Blick frei hinter die Kulissen, in den fiktiven, gemalten Zuschauerraum hinein; die Oper selbst betrachtet man um 180 Grad gedreht aus der gewohnten Zuschauerperspektive. Roth folgt Hugo von Hofmannsthal, der gegen Ende in der „Ariadne" keinen Theater-auf-dem-Theater-Effekt mehr haben wollte. Die Personenregie bleibt konventionell.

Man gibt sich ganz der Musik hin und fragt sich, ob die Oper nicht vielleicht doch „Zerbinetta auf Naxos" heißen müßte. Denn Edita Gruberova als *Zerbinetta* hat das ganze Haus im Nu auf ihrer Seite. Sie flattert wie ein Kolibri von Ton zu Ton. Schwindelfrei auch in größten Höhen, setzt sie die Akzente wie Farbtupfer.

Wolfgang Sawallisch indessen, der erfahrene Strauss-Dirigent, fühlt mehr mit Ariadne. Das Vorspiel gerät etwas zu beiläufig, während die nachdenklich anhebende Oper wie aus einem soliden musikalischen Guß erscheint. Beglückwünschen kann man Sawallisch zum Münchner Debüt von Delores Ziegler, die einen jungen feschen Komponisten darstellt, der darüber hinaus noch über eine geschmeidige Stimme verfügt. Das läßt sich von Peter Lindroos, dem Bacchus, kaum sagen.

Das Debüt von Margaret Price als Ariadne war überzeugend, *aber die* Partie ist bei ihr noch nicht bis zur Vollkommenheit ausgereift. Sie wird sicher einmal eine der großen Interpretinnen dieser Rolle werden, wenn sie mit der Zeit die Nuancen ausfeilt, die der Ariadne ihren musikalischen Charakter geben. Dies ist um so mehr vonnöten, als diese neue Münchner Ariadne zum größten Teil von der musikalischen Qualität getragen wird.

FERRY KEMPER

Eine Atmosphäre wie bei Hitchcock – Der Zeichner Pierre Le-Tan in München

Auf Jagd nach merkwürdigen Namen

Ob so Mode zu verkaufen ist? Die Mädchen gucken den Betrachter jedenfalls recht giftig an. Sie fühlen sich offenbar in dem knallroten oder kräftig-grünen Kleid nicht wohl. Und wie sie die Schleppe halten, verleitet zu der Annahme, daß der Stoff kratzt. Aber Sonia Rykiel, Karl Lagerfeld oder Kenzo scheint diese Mischung aus Art deco und amerikanischer Tristesse à la Hopper zu gefallen. Sonst hätten sie diese Zeichnungen kaum bei Pierre Le-Tan in Auftrag gegeben, um für ihre Modelle zu werben.

Der französische Zeichner, den die Münchner Galerie Bartsch & Chariau vorstellt, kultiviert einen graphischen Snobismus, der nicht nur die Pariser Couturiers fasziniert. 1968, als er gerade 18 Jahre alt war, imponierte er auch den Herren vom „New Yorker". Sie druckten damals ein Titelblatt von Le-Tan, und seitdem sind es eine *ganze Menge mehr geworden. Auch* für „Harper's Bazar", für das „New York Times Magazin" oder das „Atlantic Monthly" hat er gezeichnet. Er entwarf Postkarten für das Museum of Modern Art und illustrierte mehr als ein Dutzend Bücher. Und das alles, obwohl er die Pariser Akademie schon nach drei Wochen wieder verließ, weil es ihm dort allzu akademisch zuging.

Was Pierre Le-Tan zeichnet, scheint von Hitchcock inspiriert zu sein. Auf seinen Bildern ist eigentlich nichts los. Die Räume sind fast leer. Aber sie strahlen Unruhe aus. Die Dinge, die herumliegen, wirken wie die Indizien eines ungeklärten Falles. Und bei Le-Tans „Literarischen Porträts" hat man den Eindruck, die Dichter seien vom Blitzlicht einer Kamera überrascht worden, so daß sie keine Zeit mehr hatten, die gewohnte Pose einzunehmen. Das alles ist keineswegs bösartig, eher mit ironischer Distanz notiert.

Denn an Humor mangelt es dem *Zeichner nicht. Da hat er z. B. sehr* amüsant ein Haus mit den gängigen Symbolen französischer Werbung – von der Kuh, die (für Käse) lacht, über den halbvollen Dubonnet-Mann und den finsteren Cognac-Napoleon bis zur Equipage von Hermes, den Hund, der der „Stimme seines Herrn" lauscht und vielem anderen mehr – bevölkert. Und mit scheinbar naiver Feder kostet er die „Remarkable Names" aus, die John Train in zwei Büchern aus Telefonbüchern, Adressenverzeichnissen, Zeitungsnotizen und anderen seriösen Quellen zusammengelesen hat. Jene Immaculate Conception Finkelstein, jenen Constant Agony oder J. Minor Wisdom (von Beruf Richter) gibt es wirklich. Pierre Le-Tan zeigt uns, wie Mr. Kuhl Brieze aus Florida, die Bankiers „Cheatham & Steele" oder der Basketball-Star Oscar Asparagus ausschauen könnte, und er kann sich auch das Haus und den namengebenden Gründer von „The Boring School" vorstellen.

Sehenswertes geht eben nicht nur „*von hier aus*". *Es lohnt, auch mal* einen Blick über die Grenzen und in fremdländische Magazine zu werfen. (Bis 31. Dez.)

PETER DITTMAR



Wie im Leben?: Der Basketball-Star Oscar Asparagus, gezeichnet von Pierre Le-Tan FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Regisseure verlassen den Filmverlag der Autoren

DW. **Hamburg**

Die Filmregisseure Wim Wenders, Uwe Brandner und Hans W. Geisendörfer wollen den Filmverlag der Autoren verlassen. Sie stellen ihre Gesellschaftsanteile zur Verfügung. Der Grund ist der Streit von Wenders mit dem Filmverlag um die Verleihrechte seines Films „Paris, Texas". Das gaben sie auf einer Pressekonferenz bekannt, bei der Wenders zugleich ankündigte, daß er eine Beschlagnahme der Kopie erwirken wolle, weil sie vom Filmverlag „verstümmelt" worden sei. Der Film sollte am 11. Januar gleichzeitig in 110 Kinos in Deutschland und Österreich gestartet werden, erklärte dazu die Tobis. Das aber sei wegen einer Einstweiligen Verfügung jetzt nicht mehr möglich.

„Jüdischer Almanach" über Untergrund-Theater

DW. **Bonn**

Der erste Band des „Leningrader Jüdischen Almanachs", der bereits 1982 im Untergrund (Samisdat) erschienen ist, gelangte jetzt in den Westen. Die Sammlung umfaßt 69 Seiten und behandelt zehn Themen, wobei die Geschichte und die Bedeutung der Juden in Petrograd/Leningrad (heute sollen es noch 140 000 sein) im Mittelpunkt stehen. Auch auf die Situation der Juden in St. Petersburg – das nicht zum „Ansiedlungsrayon" gehörte und deshalb in der Zarenzeit für Juden, soweit sie nicht eine Ausnahmegenehmigung besaßen, gesperrt war – wird eingegangen. Besonders bemerkenswert ist der Bericht über die Aufführung des Stückes „Massada" durch ein jüdisches Untergrund-Zimmertheater, dessen Existenz bislang nicht bekannt war. Der Almanach ist ein Zeugnis für die Unterdrückung des Judentums in der Sowjetunion und für dessen wiedererstarktes Selstbewußtsein.

Intendant Beelitz will nicht nach Hamburg

dpa, **Hamburg**

Günther Beelitz, der Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses, will nicht Intendant am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg werden. Beelitz hat Hamburgs Kultursenatorin Helga Schuchardt in einem Brief mitgeteilt, er habe „nach sorgfältiger Prüfung der Voraussetzungen zu einer möglichen Übernahme der Leitung des Deutschen Schauspielhauses" sein Interesse nicht mehr aufrecht*erhalten können*, wegen der „seit Jahren schwierigen Situation" des Schauspielhauses und eines „nicht eben beförderlichen kulturpolitischen Klimas in Hamburg".

Ost-Berlins Heine-Preis an Bernt Engelmann

dpa, **Berlin**

Bernt Engelmann hat am Freitag in Ost-Berlin den Heinrich-Heine-Preis von „DDR"-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann erhalten. „Mit seiner Haltung und seinem schriftstellerischen Werk engagiert sich Bernt Engelmann voll und ganz für die Verteidigung der demokratischen Rechte der BRD und für den Kampf gegen Monopolismus, Militarismus und Revanchismus", heißt es in der Begründung zur Preisverleihung. Au*ßerordentliche Verdienste habe* sich der Autor auch „im Ringen um politische und realistische Haltungen im Friedenskampf" erworben. Engelmann hat den ADN-Angaben zufolge bewegt für die Auszeichnung gedankt und bekräftigt, mit seinem literarichen Schaffen „für Frieden und Abrüstung zu wirken, ursächliche Zusammenhänge von Monopolinteressen und Kriegsgefahr aufzudecken".

132 000 Dollar für ein Manuskript von Gauguin

dpa, **New York**

Ein Manuskript, das der Maler Paul Gauguin kurz nach seiner Ankunft auf Tahiti schrieb, wurde in New York bei Christie's für 132 000 Dollar versteigert. Den Zuschlag erhielt ein Buchhändler, der im Auftrag des Gelly-Forschungszentrums in Santa Monica/Kalifornien bot. Es soll dies der höchste Preis sein, der für das Manuskript eines modernen Künstlers bezahlt wurde.

Max Schönherr †

AP, **Wien**

Im Alter von 81 Jahren starb der österreichische Komponist und Dirigent Max Schönherr. Er wurde vor allem durch seine Operette „Deutschmeisterkapelle" (1958) bekannt. Von 1931 bis zu seiner Pensionierung 1968 leitete er das große Rundfunkorchester des Wiener Rundfunks. Mit einer Arbeit über Carl Michael Ziehrer promovierte Schönherr noch 1973 an der Wiener Universität. Zu seinen Arbeiten als Schriftsteller zählen unter anderen „Das Jahrhundert des Walzers", „C. M. Ziehrer, sein Werk, sein Leben, seine Zeit" sowie eine Bibliographie über Lehars Leben und Werk.

Römisches Inferno zum dritten Advent

KLAUS RÜHLE, Rom

Was seit Monaten vorauszusehen war, trat ein. In vorweihnachtlicher Kauffreude und aus Ärger über einen Streik der öffentlichen Verkehrsmittel setzten sich die Römer in ihre Privatwagen. Eine Legion von Pkw – die Schätzungen liegen zwischen 700 000 und einer Million – stieß aus den Außenbezirken sternförmig ins Zentrum vor. In den frühen Nachmittagsstunden, als der Streik der Bus- und Trambahnfahrer bereits beendet war, hatte sich die Ewige Stadt in ein Inferno verwandelt. Alle Räder standen still, es ging keinen Meter mehr vor oder zurück. Hunderte von städtischen Autobussen und Straßenbahnen waren eingeschlossen von Hunderttausenden von Privatwagen, die mit qualmenden Motoren die Umwelt verpesteten.

Fluchende und wild hupende Autofahrer versuchten vergeblich, eine Bresche zu finden. Am schlimmsten, geradezu „dantesk" ging es in der „Unterwelt" zu, den Straßentunnels und Unterführungen, wo die Luft in Kürze vergiftet war. Die Leute fielen reihenweise um, erste Hilfe gab es nur in Form von Nachbarschaftshilfe. Die organisierte erste Hilfe kam nicht durch. Die Krankenwagen und Polizeiautos standen irgendwo genauso eingeklemmt wie die übrigen Fahrzeuge; hilflos blinkten die eingeschalteten Blaulichter, während ihr entnervendes Sirenengeheul nur das allgemeine Tohuwabohu vergrößerte.

Dieses Inferno dauerte mehr als sechs Stunden. Wer nicht Gefangener bleiben wollte, machte sich zu Fuß auf. So setzte sich eine wahre Völkerwanderung in Bewegung. Halb Rom wurde zu Marathonläufern. Kommentar zum „schwarzen Freitag": Ist's Wahnsinn, hat es doch Methode.

Im Capitol hörte man förmlich die Gänse schnattern, und tags darauf schlug dem Privatverkehr in Roms City zunächst probeweise die Stunde: Die gesamte Innenstadt wurde von sieben bis zehn Uhr vormittags für den Privatverkehr gesperrt. An den dreißig Einfallstraßen kam es zu turbulenten Szenen. Viele Autofahrer wollten mit List oder Gewalt die Verriegelung durchbrechen.

In den drei Stunden der Sperrfrist herrschte endlich Ruhe im sonst mißbrauchten Zentrum der Ewigen Stadt; dafür tobte ringsherum die Verkehrsschlacht mit verdoppelter Heftigkeit. Am 12. Januar soll das Experiment wiederholt und erweitert werden. Roms Behörden schwebt die endgültige Schließung der Innenstadt vor. Freilich erscheint ihnen die Entscheidung zu brisant, um sie eigenverantwortlich durchzusetzen. Daher haben sie das Thema zum Volksentscheid hochstilisiert. Mit gar nicht so schlechten Aussichten übrigens. In Bologna beispielsweise hat sich vor einigen Monaten eine klare Mehrheit für die Verriegelung der Innenstadt ausgesprochen.

Schlacht um deutschen Spendenkuchen voll entbrannt

Von EBERHARD NITSCHKE

Um 3,5 Milliarden Mark Spendenaufkommen, mit dem man in der Bundesrepublik Deutschland alljährlich rechnen kann, ist angesichts der sinkenden Tendenz dieser Summe ein Kampf entbrannt, bei dem „die Sitten verrohen".

Das hat jedenfalls das „Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen" in Berlin festgestellt, das offiziell die weit über 40 000 Vereine in Deutschland unter Beobachtung hält, die neben den anerkannten caritativen Institutionen als „gemeinnützig" zugelassen sind und Spenden sammeln. Geschäftsführer Lutz E. Worch zur WELT: „Täglich kommen Dutzende neuer Spendensammel-Organisationen hinzu. Und wir haben jetzt vor Weihnachten Tausende von Anfragen des Publikums, das wissen will, wem man da eigentlich seine Scheine für Wohltaten irgendwo in der weiten Welt anvertraut."

Das Mißtrauen ist berechtigt. Das, was Worch bei Spendensammlern von 1984 „unnachsichtige Methoden" nennt, hat dazu geführt, daß viele Hilfsorganisationen Werbe-Etats wie Parfumhersteller haben. Während das Deutsche Rote Kreuz zum Beispiel mit Verwaltungskosten „unter fünf Prozent" auskommt und dies auch nachweist, sind umgekehrt bei „Kinderpatenschaften", die das Unternehmen „Pro Humanitate" des Baron Jobst von Korff-Erkellentz vermittelte, nach Erkundigungen eines ARD-Südamerika-Korrespondenten acht Prozent der gespendeten Gelder überhaupt nur bei den Begünstigten angekommen. Gegen den Baron ermittelt seit Jahren die Staatsanwaltschaft Hamburg. Die Praxis von „Pro Humanitate" war es – inzwischen ist schon unter anderem Namen eine Nachfolgeorganisation gegründet worden –, „für nur 98 Pfennig pro Tag" das Überleben eines hungernden Kindes zu garantieren. Die Methode, Leute auf der Straße anzusprechen, ihnen schlimme Fotos ausgemergelter Kinder der Dritten Welt zu zeigen und die Frage zu stellen: „Wollen Sie dieses Kind etwa sterben lassen?" wird vom Deutschen Zentralinstitut als „Nötigung" bezeichnet, die alle mit gutem Erfolg und sauberen Methoden arbeitenden Wohlfahrtsorganisationen in Mißkredit bringe.

Die wichtigste Information, mit der die Berliner Beobachter der Spendenszene Anfrager versorgen, ist der Hinweis darauf, daß anerkannte „Gemeinnützigkeit" überhaupt kein Gütesiegel bedeutet, sondern lediglich ein terminus technicus des Finanzamtes dafür ist, daß die betreffende Organisation Steuererleichterungen genießt. Um Bürger auf Barmherzigkeit einzustimmen, ist es allerdings ein Zauberwort. Anders ist der Andrang auf Erteilung dieser „Auszeichnung" nicht zu verstehen: Das Berliner Finanzamt als die für Körperschaften zuständige Behörde hat 5000 Berliner „eingetragene Vereine" und 2000 ohne dieses Prädikat erfaßt. 2200 von der Gesamtzahl sind als „gemeinnützige Einrichtungen" anerkannt, was freilich nicht ohne weiteres bedeutet, daß gesammelt werden darf.

Wegen der ausgeprägten Hilfsbereitschaft der Deutschen – nur die Schweiz soll noch freigiebiger sein – ist der deutsche „Spendenmarkt" mehr und mehr vor allem von religiös angefärbten amerikanischen Geldsammel-Konzernen heimgesucht. Zentrale Person ist dabei der US-Staatsbürger Reverend Joseph Bass aus Ventura in Kalifornien, der über ein ganzes Bündel Hilfsorganisationen gebietet. Als Chef des „Evangelism Centre International" (ECI) in Los Angeles sitzt er außerdem noch in der Zentrale von elf Missionsfilialen in aller Welt.

Von den 50 Millionen Mark, die 1980 hier weltweit gesammelt wurden, kamen 21 Millionen Mark aus Deutschland. Hier existieren die Bass-Firmen „Internationaler Hilfsfonds" oder „Christliche Ostmission". In der Sendung des Hessischen Rundfunks „Markt der offenen Herzen" sagte dazu der Autor Gerhard Müller-Werthmann: „Der Internationale Hilfsfonds hat 1982 mehr als elf Millionen Mark Spenden für Projekte in Entwicklungsländern eingenommen. Ausgegeben wurden aber nur 5,8 Millionen." Und: „Gegen Bass wurden in den USA und auch durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt jahrelang ermittelt – vergeblich. Die deutsche Justiz hat das Verfahren eingestellt, hält aber den Vorwurf der persönlichen Bereicherung aufrecht."

Ans Tageslicht gekommen waren die Merkwürdigkeiten dieser Gruppe durch einen Abtrünnigen, der früher hier an leitender Stelle mitgearbeitet hatte – inzwischen aber auch schon seine eigene „Mission" gründete ...

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen muß seine Recherchen in dem Augenblick aufgeben, sobald internationale Kontakte und Finanzverschiebungen zwischen den Spendensammlern stattfinden. Geschäftsführer Worch: „Wir können die Anwendung des Geldes nicht nachverfolgen über Grenzen hinaus. Da gibt es Sammelfonds einzelner Organisationen in Singapur – wie will man da durchblicken?"

Angesichts solcher Verhältnisse werden die Adressen von Deutschen, die fleißig und gern Barmherzigkeit üben und spenden, zu immer höheren Preisen weiterverhökert. Worch: „Drei Mark für eine gute Adresse ist der übliche Preis."

Wenn man davon ausgeht, daß schon die Anschrift soviel kostet, dazu noch das Honorar für die meist eingeschaltete Werbeagentur kommt, eine Mark für jeden verschickten Bettelbrief einschließlich Porto gerechnet wird – dann wird offenbar, daß viele Hilfsorganisationen in der Grauzone sich vor allem selber über die Runden helfen.

Vor kurzem hat das renommierte Kinderhilfswerk „Terre des Hommes" bekannt gemacht, daß fast alle Hilfsorganistionen in der Bundesrepublik sogenannte „vertrauliche Briefe" erhalten hätten, in denen ihnen Tausende von Adressen „Hilfswilliger", aber auch Negativlisten von „Nichtspendern" angeboten worden seien. Absender war ein „Internationaler Missions-Hilfsdienst", der später betonte, ein „finanzieller Aspekt" sei aus dem Angebot zunächst „bewußt herausgehalten worden".

Fazit: Es gibt viele seriöse Unternehmen, aber noch mehr schwarze Schafe. Vorsicht ist also beim Spenden geboten.

Fuhrunternehmer aus München doch entführt

dpa, München/Neapel

Der 52jährige Erwin Wagner, den Polizei und Staatsanwaltschaft verdächtigt hatten, in der vergangenen Woche seine Entführung nach Italien selbst inszeniert zu haben, ist tatsächlich Opfer eines Verbreches gewesen. Die Aussagen von zwei Südtirolern, die am Donnerstag bei der versuchten Lösegeldübergabe in München festgenommen wurden, ergaben eindeutig die Haltlosigkeit des Vorwurfs der Behörden. Demnach hat der 28jährige Boris Tertan aus Würzburg die Entführung geplant und seinen Landsmann Thomas Bacher (22) hinzugezogen. Tertan gab an, von seiner Firma finanziell betrogen worden zu sein. Als Lösegeld hatte er 500 000 Mark verlangt. Der Münchner Fuhrunternehmer war am vergangenen Freitag bei Neapel an ein Bett gefesselt aufgefunden und verhaftet worden. Die Aussagen der festgenommenen Italiener waren zunächst auf Unglauben der Münchner Justiz gestoßen, und Berichte über die Selbstinszinierung des Verbrechens standen in zahlreichen deutschen Zeitungen. Eine endgültige Aufklärung des Falles erwartet die Polizei nach der Rückkehr Wagners in einigen Tagen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

LEUTE HEUTE

Teure Tante

Hollywoods Herzensbrecher **Omar Sharif** (52) hat für 2,6 Millionen Mark seine Tante verkauft. Allerdings war die kostbare Dame keine Verwandte, sondern sein Tante („Aunty") genanntes Rennpferd, das er vor drei Jahren für ein Viertel des Erlöses erstanden hatte. Sharif, dunkelhäutiger, grauhaariger Ägypter, wurde in England eine Traumrolle als „Othello" angeboten. Dafür verläßt er Paris.

Lache, Bajazzo

Tränen in vielen Augen gab es bei einer Pariser „Napoleon"-Vorstellung. Hauptdarsteller **Serge Lama** hatte Stunden zuvor seinen Vater bei einem Autounfall verloren. Nach der Devise „The show must go on" – Die Show muß weiterlaufen – stand der Sänger unter Ovationen auf den Brettern.

Bildstörung

Österreichs Bundeskanzler **Fred Sinowatz** hielt Sonnabend in Bremen bei **Frank Elstners** Sendung „Wetten daß ..." eine Wette, als es am Eingang zu Stimmenlärm und Gedränge kam. Eine Gruppe Demonstranten, Gegner des geplanten Donaukraftwerkes bei Hainburg nahe Wien, brach in die Sendung ein. Die kräftigen Saalordner ließen auf Elstners Intervention von den Störern ab. Ihr Spruchband indes blieb eingerollt. Trotzdem gab es einen Teilerfolg für die Störer: Sinowatz diskutierte nach Sendeschluß mit ihnen.

Schritt für Schritt zum Hyperschall

T. W. KRAUEL, Washington

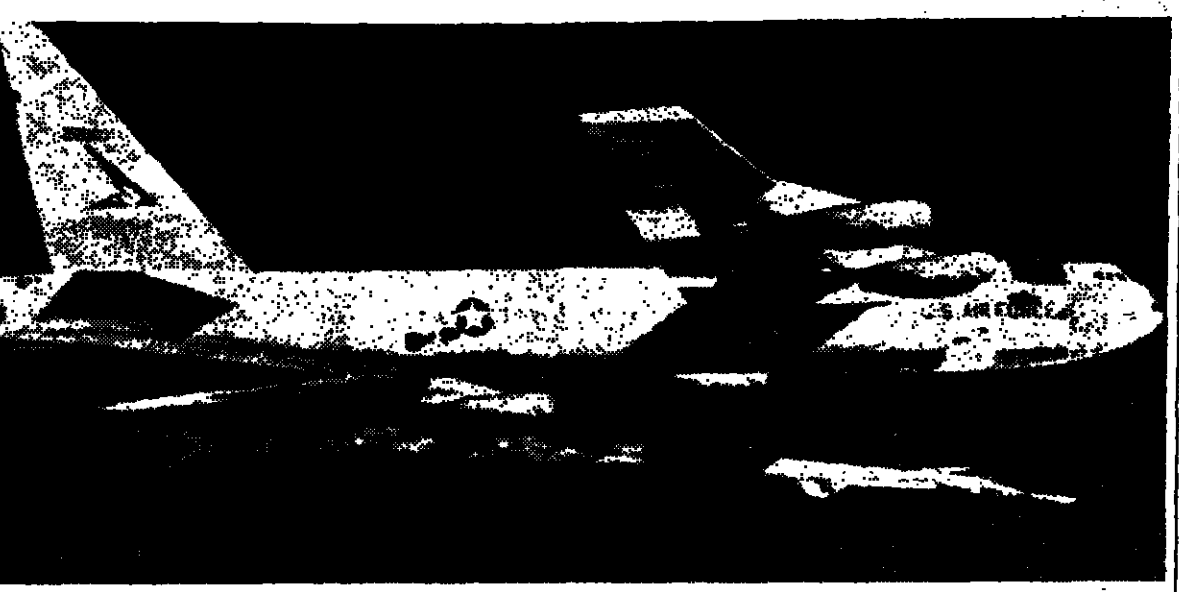
In dieser Woche wird der Ausschuß für Wissenschaft und Technologie des Repräsentantenhauses in Washington einen Bericht des ehemaligen X-15-Piloten Scott Crossfield über den Stand der Erprobung von Hyperschall-Flugtechnologie in den USA entgegennehmen. Der Flug mit Hyperschall (Mach drei bis sieben; s. Kasten) in wiederverwendbaren Flugzeugen ist noch Zukunftsmusik (Der Landeanflug des Space Shuttle mit Mach 20 währt nur wenige Minuten und ist nur bedingt übertragbar).

Mit dem Titan-Fernaufklärer Lockheed SR-71 drang die US-Luftwaffe 1976 zwar mit 3529 Stundenkilometern für zehn Minuten in den Hyperschallbereich des atmosphärischen Fluges vor, danach waren die Rekord-Maschinen aber wochenlang nicht einsatzfähig.

Die Reibungshitze und eine Leistungsgrenze für herkömmliche Düsentriebwerke veranlaßten die Forschung zum dornenvollen Weg auf der Suche nach neuen Antriebsarten und Werkstoffen.

Auf dem Triebwerksektor haben die USA ein mit tiefgekühltem Flüssig-Wasserstoff gespeistes Staustrahltriebwerk (engl. „Scramjet") unter Laborbedingungen zwischen Mach 3 und Mach 7 erfolgreich getestet. Gegenüber der WELT bestätigte der Leiter des Hyperschallbereichs in der Nasa, Jack Suddreth, allerdings, daß der Scramjet bei der wichtigen Kühlung der Flugzeugzelle noch nicht gebrauchsfähig sei (aus aerodynamischen Gründen müssen bei Hyperschallflugzeugen die Triebwerke voll in den Rumpf integriert werden). Wie bei einer Fußbodenheizung wird der kalte Treibstoff in Leitungen als Kühlungsmittel durch das ganze Flugzeug geführt. Der gesuchte Stoff muß daher über Tiefstkühlfähigkeit verfügen und gleichzeitig eine möglichst hohe Energie-Ausschüttung gewährleisten. Außerdem sollte er aus Gründen der Transportkapazität eine hohe spezifische Dichte besitzen und extrem leicht sein. Vom Space Shuttle ist für Treibstoffe aus Flüssigwasserstoff ein günstiger Energiewert bei großer Kühlkapazität bekannt. Das Gewichts-/ Dichteverhältnis von Flüssigmethan ist sehr viel höher, es sei jedoch, so Suddreth, zur Kühlung ungeeignet.

Für die Nasa geht es um Ausdauergeschwindigkeiten etwa bei Mach 3,5, nicht aber um kurzfristig haltbare Spitzenwerte. Dafür werden jährlich vier Millionen Dollar aufgewandt.



Der „Flugzeugträger" vom Typ B-52 (oben) hat gerade die X-15 in 7000 Meter Höhe ausgeklinkt. FOTO: A.T.P

Der lange Weg zum dumpfen Knall

HEINZ KLUGE-Lübke, Bonn

Wieder ist der kleine, athletisch wirkende Mann der schnellste Mensch der Welt: Charles „Chuck" E. Yeager, noch keine 31 Jahre alt, hochdekorierter Major und Testpilot der US-Air Force, fliegt über Kalifornien 2 755 Stundenkilometer schnell. Das ist zweieinhalbfache Schallgeschwindigkeit, eine bis zu diesem Tage – 12. Dezember 1953 – noch nie erreichte Geschwindigkeit. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind mit diesem Leistungsrekord auf dem von deutschen Forschern, Technikern und Medizinern markierten Weg zur Entdeckung des Weltalls.

Das „Fluggerät": Eine Bell X-1 A; sie wird unter dem Rumpf eines Großbombers auf siebentausend Meter Höhe geschleppt, ausgeklinkt und von den im freien Flug gezündeten vier hochexplosiven Raketen-Triebwerken zu Tempo und Höhe (27 500 Meter) gejagt.

Am 17. Dezember 1903, also heute vor 81 Jahren, begann die Geschichte der Luftfahrt mit einem Hopser über 36,5 Meter in zwölf Sekunden – ein Durchschnitt von noch nicht einmal elf Stundenkilometer. Der Ort: Die USA, diesmal nicht die Sandwüsten in Kalifornien, sondern die Sanddünen von Kitty Hawk im Bundesland North Carolina. Der „von der Idee des Fliegens mit einem Gerät schwerer als Luft"-Besessene heißt Orville Wright, sein Fluggerät „Flyer I", angetrieben von einem wassergekühlten Vierzylinder-Motor mit zwölf Pferdestärken, eine Eigenkonstruktion von ihm und seinem Bruder Wilbur.

Die zunächst aus Holz, Draht und Tuch zusammengebastelten „Apparate" wurden mit der Zeit durch bessere Motore leistungsstärker und die als „fliegende Kisten" bespöttelten Ungetüme nahmen mit zunehmender Entwicklung auch immer mehr das Aussehen von „Flugzeugen" an. Das leichte Aluminium sorgte für die ersten Ganzmetall-Konstruktionen. Bald wurden von allen Kontinenten Höchstleistungen gemeldet, Fluggesellschaften wurden gegründet und schon in den zwanziger Jahren – die Luftfahrt feierte gerade ihre 25jährige Existenz – liessen transkontinentale Verbindungen die Welt zusammenschrumpfen. „Immer schneller, immer höher, immer weiter" lautete auch in der Luftfahrtbranche die Devise, bis eines Tages Konstrukteure, Techniker und Testpiloten auf eine imaginäre Mauer stießen – die Schallgrenze.

Der Zweite Weltkrieg forcierte besonders Konstruktion und Bau neuer Flugzeugtypen. Es kam zum internationalen Kampf gegen die Schallmauer, der vor allem in Europa zahlreichen Testpiloten das Leben kostete. Turbinen jagten die Maschine leicht zur Höchstgeschwindigkeit, aber plötzlich, wenn die Tachonadel so um 1000 km/h anzeigte, wurde der Flugapparat instabil, bockte, reagierte nicht mehr auf die Steuerung. Ein neueratiger „colaflaschen"-ähnlicher Rumpf wurde entwickelt und erprobt – der Wettkampf um Mach 1 begann.

Charles „Chuck" E. Yeager gewann ihn als Erster: Mitte Oktober 1947 durchbrach der damalige Hauptmann mit der Bell X-1 („Glamorous Glennis", benannt nach Yeagers Frau) erstmals die unsichtbare Barriere. Zum ersten Mal war auch der explosionsartige Knall zu hören, der heute fast zum Alltagsgeräusch zählt und immer noch nicht beseitigt werden kann. Ein einziger ziviler Flugzeug-Typ wird heute als Überschall-Passagierjet angeboten: die „Concorde".

Testpilot Yeager konnte seinen Mach 1-Rekord sechs Jahre lang halten; Mach 2 schaffte Testpilot A. Scott Crossfield am 29. November 1953 mit der ebenfalls rakentengetriebenen Douglas D-558-II Skyrocket. Nach der Schallmauer wurde mit noch mehr materialaufwendigeren Raketenmaschinen auch die Hitzebarriere überwunden: Mit dem flügellosen NASA-Forschungsflugzeug X-24B endete im August 1974 die Ära der Raketenflugzeuge, die 1943 in Deutschland mit der serienmäßig produzierten Messerschmitt Me 163 B (Kraftei) eingeleitet worden war.

Der zweimalige „schnellste Mensch der Welt", Charles „Chuck" E. Yeager, nahm 1975 als Fliegergeneral seinen Abschied.

Was ist ein Mach?

Die Schallgeschwindigkeit beträgt bei 0 Grad Celsius etwa 333 Meter pro Sekunde und nimmt bei steigender Temperatur je Grad etwa 33 Zentimeter pro Sekunde zu. Beispiel: Bei 20 Grad Celsius beträgt die Schallgeschwindigkeit etwa 344 Meter pro Sekunde oder 1230 km/h. Ein Flugzeug verdrängt im Flug die Luft und löst Schallwellen aus; erreicht die Maschine die gleiche Geschwindigkeit wie der Schall, so stauen sich diese Wellen vor Rumpf und Tragflächen, bilden die unsichtbare Schallmauer. Beim Durchbruch wird ein donnerähnlicher Knall ausgelöst. Je höher die Geschwindigkeit, desto größer die Distanz zwischen Flugzeug und Knall. Geschwindigkeiten jenseits der Schallmauer werden in Mach (M) gemessen. Mach 2 bedeutet also doppelte Schallgeschwindigkeit. Den Namen gab der österreichischen Physiker Ernst Mach (1838–1916). Er entdeckte, daß die Ausbreitung der Schallwellen von der Bewegung der Schallquelle abhängig ist, und machte die Druckwellen sichtbar.

Bhopal entvölkert

dpa, Bhopal

Nahezu die Hälfte der Bevölkerung von Bhopal hat 24 Stunden vor Beginn der „Operation Vertrauen", der Neutralisierungsaktion in der Pestizidfabrik der Union Carbide, die Stadt verlassen. Inzwischen hat sich nach Meinung der Mediziner das ausgetretene Gift in seinen Folgeschäden gefährlicher als das im Ersten Weltkrieg verwandte Kampfgas Phosgen erwiesen.

Kometensonde gestartet

dpa, Moskau

Die Sowjetunion hat am Sonnabend die Sonde „Vega 1" gestartet, die den Halleyschen Kometen aus 10 000 Kilometern Entfernung erforschen soll. Der Start ist der Auftakt zu einem umfassenden internationalen Projekt, in dessen Verlauf Wissenschaftler aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und mehreren Ostblock-Ländern Daten über den Kometen sammeln.

Falsche Autoaufkleber

dpa, Zug

Die ab 1. Januar in der Schweiz für Fahrten auf Autobahnen vorgeschriebenen, 30 Franken teuren Aufkleber sind im Schweizer Kanton Zug bereits für fünf Franken das Stück als Fälschungen aufgetaucht. Über das Ausmaß des Fälschergeschäfts bestehen noch keine klaren Vorstellungen.

Gefaßt nach fünf Monaten

dpa, Bozeman

Die zwei Entführer einer im Juli befreiten Biathlon-Nationalsportlerin der USA sind nach einer fünf Monate dauernden Jagd der Polizei in einer unwirtlichen Gegend des Bundesstaates Montana ins Netz gegangen. Sie hatten einen Befreier erschossen.

Zwergen-Mangel

rtr, London

Die Fülle von Aufführungen des Weihnachtsmärchens von Schneewitchen und den sieben Zwergen hat in Großbritannien zu einem Mangel an gewerkschaftlich organisierten kleingewachsenen Schauspielern geführt. Angesichts des Bedarfs sah sich die Schauspieler-Gewerkschaft gezwungen, ihre Besetzungsbestimmungen für Nichtmitglieder zu lockern.

Grüne Weihnacht

dpa, Hamburg

Der in Norddeutschland eingezogene Winter wird zu Weihnachten ein frühes Ende gefunden haben. Erste Vorhersagen deuten eine Erwärmung für das kommende Wochenende auch im norddeutschen Flachland an.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs bei Island greift bis zum Abend auf den Westen Deutschlands über. Der Nordosten verbleibt im Zustrom kalter Festlandsluft.

14. Dezember 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Montag:

Im Norden und Osten wolkig mit Aufheiterungen. Temperaturen tagsüber nahe null, nachts Frost bis minus 5 Grad. Höchsttemperaturen bei 3, nachts minus 2 Grad. Schwachwindig. Im Westen zunehmende Bewölkung und nachfolgend einsetzender Regen, oberhalb 500 m als Schnee. Temperaturen um 4, nachts bei 1 Grad.

Weitere Aussichten:

Unbeständig, oberhalb 400 m Niederschlag meist als Schnee, Temperaturen bei 3, nachts leichter Frost.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	-4°	Kairo	20°
Bonn	5°	Kopenh.	1°
Dresden	0°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	6°
Frankfurt	2°	Madrid	5°
Hamburg	-2°	Mailand	5°
List/Sylt	0°	Mallorca	15°
München	4°	Moskau	-11°
Stuttgart	2°	Nizza	13°
Algier	18°	Oslo	-2°
Amsterdam	4°	Paris	5°
Athen	14°	Prag	-1°
Barcelona	13°	Rom	11°
Brüssel	4°	Stockholm	-2°
Budapest	-3°	Tel Aviv	19°
Bukarest	0°	Tunis	16°
Helsinki	-5°	Wien	-3°
Istanbul	8°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 8.23 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr; Mondaufgang: 3.09 Uhr, Untergang: 13.47 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„SPD-Abgeordnete gegen Polyglyzerinpolyrizinoleatnikolaus-Verordnung". Überschrift einer dpa-Meldung über den Versuch, im Europaparlament ein Reinheitsgebot für Schokoladenfiguren durchzusetzen.

